

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 35 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einziger in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1895 unter Nr. 7125.

# Vorwärts

Infektions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf., für Breiten- und Verfammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.  
Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1505.  
Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 22. Januar 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Auf den Kopf gespuckt.

Die Kulturgeschichte hält ziemlich streng darauf, daß ihr Verlauf, er sei hienweise so traurig und rückwärtsgerichtet wie nur denkbar, niemals sein Quantum Humor entbehrt. So ist die Charakteristik unserer heutigen Lage einer vollkommenen Leidensgeschichte gleich, nur daß die frohe und sichere Hoffnung der Arbeiterpartei immer näher ihrer Erfüllung gerückt wird, besonders seitdem die Krankheiten der herrschenden Weltordnung sich um eine unheilbare Epidemie vermehrt haben. Es ist das einseitige Lähmendes, theils zuckend auftretendes Chirografa (Handzittern) welche durch gewohnheitsmäßig unsaubere Hände entstand. In Frankreich wiegt das lähmende Symptom vor, dort muß Casimir Perat, wie er zum äußersten Unterschiede von seinem geschickteren Herrn Grosspapa künstig zu heißen verdient, mit der Feigheit des wackelnden Millionärs sein Amt aus den flebrigen Fingern sinken lassen, und auf dem schnellsten Südbahnzuge ins ehrlöse Nichts verdampfen. Im Grunde genommen liegt darin allein schon ein tüchtiges Stück geschichtlichen Humors, und doch handelt es sich nur um einen jäh gelähmten Narren unter vielen. Denn die Pose Philipps des Kühnen von Orleans, der da mutig von London nach Dover reist, vorsichtig hinüberschaut, und wie Peter in der Fremde, dann lehrt macht, ist fast noch erbärmlicher. In anderen Gegenden, z. B. Deutschland und Italien, herrscht das zuckende und greifende Chirografa vor, vorhanden aber ist überall, und überall zeigt sich jenes entkräftete, fruchtlos noch eingebilddeten Mäusen oder Ungeziefer hauchende Takt, an dem man die Todesnoth zu erkennen pflegt. Fürwahr, die Zukunft gehört den reisen Händen und keinen andern.

Als das vorige Jahrhundert anfang, seine sozialen Klassen-abstufungen erst zu fällen, dann zu verheilichen, bis später die große Revolution den Schwindel nachdrücklich kurirte, ereigneten sich merkwürdige Zwischenfälle. Die Welt, welche ihre Pflichten sämtlich veräußerte, hatte eine krampfhaft Sucht empfunden, sich betrogen zu lassen. Philadelphia, Cagliostro, Schreyer und eine bedeutende Anzahl geringerer Kometen, mit allerkleinster Waffe den allergrößten Raum usurpierend, leeteten den bevorrechteten Stimpeln die Taschen und trugen noch Ruhm und Ehre davon. Erst seit den letzten Jahrzehnten hat man diese Phänomene zu würdigen begonnen und bewiesen, welches durchaus wesentliche Anzeichen der damaligen Herabsetzung in jenen Epochen zu Tage kam. Daß es hinter dem leiblichen Rücken dieser klugen Nachentdecker schon wieder losgegangen ist und bereits weit tollere Blüten treibt als vor hundert und etlichen Jahren, ahnt vielleicht nur ein Halbduzend, und sieht höchstens einer von ihnen. Allerdings wissen wir recht wohl, daß mancher Eingeweihte sein schönes Material liegen hat, aber um der Massentränne willen nicht damit hervorzutreten oder gar das Fazit zu ziehen wagt. Nun, — es ist in der That schade um jeden unnötigen, womöglich hemmenden Warnungsruf an die heutige Bourgeoisie. Ihre Geschichte mit allen Chirafanen zu schreiben, wird Zeit genug sein, wenn ihre Bahn vollendet ist.

Widweilen kann jedoch der erstreute Beobachter nicht umbin, ein besonders glanzvolles Beispiel unserer modernen Cagliostro's sofort gegen das Licht zu lehren. Gewiß, in Frankreich oder sonstwo sich eine derartige Sammlung anlegen, ist sehr viel leichter als bei uns, wo man den Schwindler, Gauner oder Strauchdieb niemals eher einen solchen nennen darf, als die hierin humane Polizei es erlauben muß. Und sie kann in diesem zarten Punkte himmlisch human sein, von der deutschen Behördennatur unterstützt. Da wird der prächtige Fall des künstlich hergestellten Oldenburger

Pastors Partisch\*) zum Festschmause für denjenigen Kulturhistoriker, welcher es mit der Freiheit ehrlich meint.

Cagliostro hat sein unterhaltendes Geschäft in größerer Ausdehnung betrieben, aber schwerlich wag er je den herrschenden

\* Ueber die bereits gemeldeten Betrügereien des Pastors Partisch in Oldenburg wird der „Kreuz-Zeitung“ von dort noch berichtet: Partisch war ursprünglich katholisch und ist weder akademisch gebildet, noch hat er ein Gymnasium absolviert. Er ist zuerst als Hauslehrer aufgetreten und hat sich als evangelisch ausgegeben, obgleich er es nicht war. Als solcher war er u. a. bei dem Grafen Stolberg-Wernigerode thätig, wurde dann evangelischer Pastor in Bremerwörde und zuletzt in Oldenburg an der Lombergkirche. Seine „Zeugnisse“ über bestandenes Abiturienten- und theologisches Examen, Doktorpromotion u. s. w. hat er selbst angefertigt. Da er eine große persönliche Gewandtheit besitzt, verstand er alle Welt über seinen Mangel an Kenntnissen zu täuschen. Sowohl die Oberleitung über das evangelische Krankenhaus als der Vorsth in den Vereinen u. waren ihm übertragen. Ob er eigentlich Elementarlehrer ist, oder, wie einige wissen wollen, nur die unteren Klassen eines Gymnasiums besuchte und dann Kaufmann wurde, ist noch nicht klargestellt. Jedenfalls hat er sehr flott gelebt und von den ihm anvertrauten Geldern über 20 000 M. unterschlagen. Die persönliche Gewandtheit des Partisch wird jedenfalls dadurch am besten klargestellt, daß niemand je geglaubt hat, er sei kein gründlich ausgebildeter Theologe und kein Doktor der Philosophie. Hätte er die Unterschlagungen nicht begangen, so wäre ihm vielleicht noch eine glänzende Zukunft beschieden gewesen. Auch in dem Prozeß des Hypnotiseurs Caynati in München spielte er eine Rolle, da dessen Genosse in dem Antikathe des Partisch die falsche Trauung vollzogen hatte. Ueber seine Persönlichkeit hat Partisch bisher alle Angaben verweigert. Daß er wirklich Partisch heißt, erscheint sehr wahrscheinlich; dazu steht fest, daß er ein Oesterreicher ist. Wahrscheinlich ist er der Sohn eines Universitätsbedienen. Früher hat er behauptet, sein Vater sei Universitätsprofessor und Geheimrat Hofrath in Wien gewesen, während seine Mutter einem alten deutsch-österreichischen Adelsgeschlechte entstamme. Ja, er hat vor drei Jahren in Oldenburger Blättern große schwarz geänderte Angaben über den Tod seines Vaters, des Geh. Hofraths Professor Dr. Partisch, Ritter hoher Orden in Wien“ veröffentlicht. Man forscht jetzt nach, ob damals vielleicht ein Bedell Partisch in Wien verstorben sei. Seine Mutter, die „Dame von hohem Adel“, soll nach als Waisfrau für Studenten dort leben. Aus Kreisen des Oberkirchenrathes verlautet, daß Partisch in Oldenburg vor 11 Jahren auf glänzende Empfehlungen des Landeskonsistoriums in Hannover angeheilt sei. Dieses hat sich auf seine ausgezeichneten Zeugnisse berufen. Partisch hat noch mehr Zeugnisse gefälscht, so eines vom Fürsten Sayn-Wittgenstein für seine Leistungen als Hauslehrer; doch soll er nie dort gewesen sein. Von Wien hat er sich nach Leipzig begeben, dort wollte er Theologie studirt haben; in Wirklichkeit scheint er dort „gebummelt“ zu haben, aber dort hat er die Zeugnisse gefälscht. Wunderbar ist, daß er recht gute erbauliche Schriften veröffentlicht hat, z. B. „Eylorster-Medenklänge“, „Vor Jerusalem's Thoren“ u. s. w. Er soll sie aber meist aus unbekanntem österreichischen katholischen Autoren abgeschrieben haben. Nicht in Abrede zu stellen ist, daß er in Oldenburg verschiedene anerkannterwerthe kirchliche und gemeinnützige Institutionen geschaffen hat, so die Idiotenanstalt; überhaupt zeigte er einen regen Wohlthätigkeitssinn. Ein Anhalt für seinen förmlichen Uebertritt zur evangelischen Kirche liegt nicht vor. Ordiniert ist er in der hannoverschen Landeskirche.

Klassen seiner Zeit halb so intelligent auf den Kopf gespuckt haben, als der ehrwürdige Herr Partisch es verstanden hat. Während der Italiener den brutalen Charlatan nie abstreift, steckt in dem Oesterreicher ein taktisches Genie, und man könnte ihn ohne Ueberreibung einen industriellen Bonaparte nennen. Sympathische Züge fehlen seinem zu früh verrathenen Lebenslaufe nicht. Er, der vom Scheitel bis zur Zehe Unrechte, dessen ordnungsmäßige Papiere und Zeugnisse Blendwerk gewesen sind, schuf mehr nützliche öffentliche Einrichtungen im Lande seines Brotes, als die „gerechten“ Kollegen insgesamt, und hat dafür doch nur lumpige 20 000 M. unterschlagen. Wie bescheiden unter den modernen Verhältnissen der Mann sich da benahm, lehrt doch jede Wochenchronik, und wir brauchen kaum an gewisse Prozesse zu erinnern, die von solchen Bagatellen sich absolut nicht aufhalten ließen. Untun war freilich, daß Partisch satirischerweise bis zur Stiftung einer Idiotenanstalt sich verließ. Gegen John ist unsere Welt-Ordnung aus gewissen höchst bemeglichen Ursachen von quacksüßerner Empfindlichkeit; offenbar wird diese schwarze That, von der die Urtheilsbegründung nachher zwar schweigen dürfte, dem schändlichen Betrüger den Hals brechen. Ist es doch seltsam genug, daß die schmerzliche Geschichte überhaupt kundgethan, zum Skandal gemacht wurde, statt nach berühmten Mustern leise zudeckelt zu verschwinden. Ein rothes Tuch spielt ohne Zweifel hinein.

Die persönliche Gewandtheit des Partisch wird jedenfalls dadurch am besten klargestellt, daß niemand je geglaubt hat, er sei kein gründlich ausgebildeter Theologe und kein Doktor der Philosophie. Hätte er die Unterschlagungen nicht begangen, so wäre ihm vielleicht noch eine glänzende Zukunft beschieden gewesen,“ meint die „Kreuz-Zeitung“. Wir haben schon dargelegt, daß der Schlußsatz irrig sein kann. Ferner: wenn der Katholik ohne Gymnasialbildung und akademisches Studium mit beachtendem Erfolge ein halbes Menschenalter hindurch den evangelischen „Diener am Wort“ mimen kann, — wer er blamirt sich damit? Nicht Partisch, und selbst die protestantischen Taufbeamten noch lange nicht so schwer und vernichtend als ihre geistigen Schöpfer, eigentlich Verfälscher. Ist es doch bekannt, wie die berufenen Wächter der Finsternis an den Universitäten ihr „Material“ sondern, wie viel Liebe sie dem blegamen Schwachmuthus, wie viel Mißtrauen aber dem hellen, also dereinst womöglich gefährlichen Kopfe entgegenbringen, namentlich wenn er gar zu viel „anblühende“ Wissenszweige kultivirt hat. Die launten weißen Schafe nachzunehmen war für einen Partisch nicht schwer, bloß daß er zu weit ging und die berechtigten Eigenthümlichkeiten noch anderer ehrenwerther Berufe damit verband, nachdem er sogar Erbauungsschriften veröffentlicht hatte. Jetzt tritt es, er habe letztere aus österreichischen katholischen Autoren zusammengewurst. Diese Idee verdient schon einen Wanderpol, ihre Ausführung aber einen Bischof. Sie hat bewiesen, wie wenig Unterschied dergleichen kritiklosem Limonadengemisch innewohnt, und daß die Ansprache der katholischen Propaganda nicht so verkehrt stud, wie die Päpste in der „gereinigten Lehre“ aufschreiben. Schlagen die Wendungen eines Traktäts, wenn sie nur Luther links und die Mutter Gottes rechts liegen lassen, den Regeln der Vernunft genugsam ins Gesicht, so erbaut sich die fromme Welt ohne Unterschied daran. Reinecke Partisch war in dessen durch den Erfolg übermäßig und vor der Zeit vernünftig ein Menschenverächter im engeren Sinne geworden; er ging einer für die Gewohnheit seiner Antikathe demüthigenden Wohlthätigkeit nach, trieb seine Erkenntniß bis zur gegückten Agitation zu gunsten einer Idiotenanstalt und ahmte endlich den

### Feuilleton.

#### Am Exil.

(Nachdruck verb.oten.)

57

Roman von George Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Runerl.

René schwieg bedrückt. Hatte er das Recht, seine Mutter in eine mühselige harte Existenz eines Gewissensstrupels wegen hineinzuwingen, den viele Leute für übertrieben gehalten hätten? Von Mitleid erschüttert sah er sie an. Er stand auf, um die alte Frau zu umarmen. Weinend stammelte sie:

„Vergiß, mein liebes Kind, daß ich Dir dies alles, was Dir Schmerz verursacht haben, gesagt habe. Aber ich mußte es, damit Du weißt, wie es mit uns steht.“

Ein peinliches Schweigen herrschte in dem kleinen Gemach. Lucien wollte nicht zwischen Mutter und Sohn vermitteln. René sann nach. Plötzlich murmelte er mit dumpfer Stimme:

„Ach, warum ist mein Vater nicht mehr? Er hätte mir gesagt, was ich thun muß. Glaubst Du, Mutter, daß er ein Nachgeben meinerseits gebilligt hätte, bei dem, was man auch darüber sagen möge, das öffentliche Interesse stets meinem privaten Interesse geopfert würde?“

Frau Messant erbeute bei dem Namen des theuren Todten, der jenseits des Grabes angerufen wurde, um den Familienrath zu vervollständigen. Erregt rief sie:

„Dein Vater! Du fragst mich, welchen Rath Dir Dein Vater gegeben hätte!“

Einen Augenblick saß sie da, wie wenn sie einer entfernten Stimme lauschte, dann sagte sie leise bebend:

„Er würde Dir gewiß gesagt haben, Du müchtest vor allem Dein Gewissen zu Rathe ziehen.“

„Und wenn mein Gewissen mir sagt, daß das Schweigen, aus Furcht seine Stellung zu verlieren, feige und schimpflich ist?“

Frau Messant antwortete nicht sogleich. Sie schien mit sich zu kämpfen. Endlich rang sie sich gewaltsam die Worte ab:

„Du sollst Dir nichts vorzumerkfen haben, mein Sohn, weder Dir noch mir. . . . Vergiß, was ich Dir vorhin gesagt habe. . . . Ich werde wieder Muth fassen, wenn es nöthig sein sollte. Entscheide Dich in voller Freiheit. Thun was Du glaubst thun zu müssen.“

Und sie nahm Lucien mit sich fort in das Nebenzimmer. Als René allein geblieben war, ging er aufgeregt auf und ab. Er war von der Selbstverleugnung seiner Mutter mehr noch gerührt als von den Klagen, die ihr entzinkt waren. War es nicht seine erste Pflicht, die für die er alles war, glücklich zu machen? War er nicht etwa ein Egoist, der sich etwas daraus zu gute thut, im Punkte der Ehre besonders empfindlich zu sein? Ja, man würde ihn anlachen, verspotten, man würde ihn beschuldigen, sich verkauft zu haben. Sein Stolz würde darunter bluten, aber er litt dann freudigen Herzens, weil er so seine Mutter glücklich machte. Und dann, wer würde nach vierzehn Tagen noch an sein Abenteuer denken? Paris ist so vergänglich! Es war nur ein bitterer Trank, der schnell getrunken werden mußte.

Als René dies bei sich dachte, setzte er sich an seinen Arbeitstisch und zog seinen Artikel aus der Rocktasche. Ach, je weiter er las, desto unmöglichkeitlicher schien es ihm, den Sinn desselben abzuändern. Die Thatfachen waren klar, die Beweise erdrückend, die Schlüsse unanfechtbar. Durch welches

Taschenspieler-Kunststück sollte er hier strafbare Handlungen als unschuldige hinstellen? Wie sollte er die öffentliche Meinung auf andere Bahnen lenken? Er suchte nach unbestimmten Wendungen, er bemühte sich, für mildernde Umstände zu plädiren. Er warf auf ein Stückchen Papier einige Zeilen hin, die er wieder ausstrich, um sie durch andere zu ersetzen, die er von neuem auslöschte. Es war ihm, als stände jemand hinter ihm, der ihm zurief: „Du lägst. Die Röhre der Scham schoß ihm ins Gesicht, bei dem Gedanken, daß er seine Gesinnung und dreißig Jahre der Unbestechlichkeit verrieth. Schließlich rief er verzweifelt: „Ich kann nicht! Ich kann nicht! Und wüthend wie ein Mann, der die Spur einer That, deren er sich schämt, verwischt, zerriß er das weiße Blatt, das er vergebens zu schwärzen versucht hatte, in kleine Stücke. Danach griff er wieder zur Feder und diesmal schrieb er ohne ein Wort auszustreichen, wie nach dem Diktat eines anderen, den folgenden Brief:

An den Herrn Direktor des „Unparteiischen“.

Mein Herr!  
Sie haben mich ermächtigt, ja sogar verpflichtet, in Ihrem Blatte das auszusprechen, was ich über die Diskontobank wußte. Heute verbieten Sie mir, die Beweise für die von mir behaupteten Thatfachen beizubringen. Infolge dieses Entschlusses, der meine Ehre verletzt und dessen Motive ich nicht kenne, bitte ich Sie, mich als nicht mehr zur Redaktion des „Unparteiischen“ gehörig betrachten zu wollen.

Genehmigen Sie, mein Herr, die Versicherung meines Bedauerns und meine Grüße.

Nachdem René diesen Brief abgeschrieben hatte, stieß er einen tiefen Seufzer aus, der theils dem Gefühl der Erleichterung, theils dem der Sorge entsprang, und ging

Einbrecher aus den fünfziger Jahren nach. Man erzählt nämlich, daß damals ein Stadterhaupt, auf mehrlägigem Jagdausflug begriffen, in seiner Herberge nachts jäh erwacht sei und einen Dieb vor dem Bette stehen sah, der die Geldtasche schon weg hatte und ihm nun den Revolver entgegenhielt. „Sie — Sie wollen mich berauben?“ — „Benahre,“ sagte der Mann höflich und entschieden, „ich nehme das Geld einfach in Selbstverwaltung.“

Partisch wird sein Attribut sein gerechtermaßen zwischen Gefängnismauern dürfen, denn das ehrene Schicksal bedient sich zuweilen auch der unwürdigsten Werkzeuge. Trotz alledem wird sein Experiment kläglich bleiben. Er hat es fertig gebracht, einer verrotten Weltverfassung in selten dagewesener Art auf den Kopf zu spucken.

## Politische Ueberlicht.

Berlin, den 21. Januar.

Die Umsturzvorlage zu verschärfen schien über das Maß menschlicher Fähigkeiten hinauszugehen und doch scheint es zu gelingen, wenigstens sind Verschärfungen dieses monströsen Gesehentwurfs in der Kommission formuliert worden. Konservative, Freikonservative haben in Gemeinschaft mit Herrn Liebermann v. Sonnenberg zu § 112 (Militärparagraf) beantragt, daß bei Verurteilungen auch auf Aberkennung der Ehrenrechte erkannt werden darf.

Und die Zentrumspartei hat die Lex Heinze wieder aufwärmt, indem sie zu dem Gesehentwurf folgenden Zusatzantrag einbrachte:

Der § 184 des Straf-Gesehbuchs (welcher gegenwärtig lautet: „Wer unzüchtige Schriften, Abbildungen oder Darstellungen verkauft, vertheilt oder sonst verbreitet, oder an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, anstellt oder anschlägt, wird mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft“) wird durch folgende Bestimmungen ersetzt: § 184. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft: 1) wer unzüchtige Schriften, Abbildungen oder Darstellungen feilhält, verkauft, vertheilt an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt oder anschlägt, oder sonst verbreitet, wer sie zur Verbreitung herbeiführt oder zum Zweck der Verbreitung vorräthig hält, ankündigt oder anpreist; wer Gegenstände, die zu unzüchtigem Gebrauche bestimmt sind, an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt, oder solche Gegenstände dem Publikum ankündigt oder anpreist; 2) wer durch Ankündigung in Druckschriften unzüchtige Verbindungen einleitet sucht. In die Handlung gewerbmäßig begangen, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat ein, während welcher auf Geldstrafe bis zu 1500 M., auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Zulassung zum Polizeiausschuß erkannt werden kann. § 184a. Mit Gefängnis bis zu drei Monaten und mit Geldstrafe bis zu 300 M. oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer an öffentlichen Straßen oder Plätzen Schriften, Abbildungen oder Darstellungen ausstellt oder anschlägt, welche, auch ohne unzüchtig zu sein, durch grobe Unanständigkeit geeignet sind, das Scham- oder Sittlichkeitsgefühl erheblich zu verletzen. In die Handlung gewerbmäßig begangen, so treten die Strafen des § 184 Absatz 2 ein. Den im vorhergehenden Absatz 1 bestimmten Strafen unterliegt, wer aus Gerichtsverhandlungen, für die wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, oder aus den diesen Gerichtsverhandlungen zu Grunde liegenden amtlichen Schriftstücken öffentlich Mittheilungen macht, welche geeignet sind, Aergerniß zu erregen. § 184b. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu tausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer öffentlich theatralische Vorstellungen, Singspiele, Gesänge oder declamatorische Vorträge, Schaufstellungen von Personen oder ähnliche Aufführungen veranstaltet, welche durch gröbliche Verletzung des Scham- oder Sittlichkeitsgefühls Aergerniß zu erregen geeignet sind.

Herr Neuf, dessen Ehre und Unschuld wir verfehlt haben sollen, als wir an seine Spitzeltätigkeit im Londoner Anarchistenklub Autonomie und an seine andere, gleichwertige Thätigkeit erinnerten, er wurde heute offen und in aller Form als gut unterrichteter Polizeispion und Spitzel von dem königlich preussischen Polizeiminister von Köller anerkannt. Der Herr Minister meinte, Herr Neuf sei wohl informiert, da er lange genug im „warmen Nest“ gefessen habe. Soweit das Treiben der Londoner Anarchisten vom Autonomieklub in Frage kommt, treffen die Angaben des Herrn v. Köller über die Informationen des Neuf gewiß zu. War doch letzterer nicht nur königlich preussischer Spitzel, sondern auch Führer des Klubs

zu seiner Mutter, die Lucien verlassen hatte, nachdem er das Versprechen gegeben, wiederzukommen.

Vorwärts, Mutter, Muth! sagte er und umarmte sie. Ich bin nicht mehr Redakteur beim „Unparteiischen“. Meine Schuld ist es nicht. Ich kann nicht anders.

Frau Neufant erbleichte, doch sagte sie schlicht: Dein Wille möge geschehen, mein Sohn. Ich bin sicher, daß Du so am besten zu handeln glaubst.

Bald war René im Bureau der Zeitung. Herr Bernheim erwartete ihn.

Nun? Haben Sie es sich überlegt? Sie sind doch hoffentlich vernünftig?

Statt jeder Antwort reichte René ihm den mitgebrachten Brief. Der Bankier durchsah ihn erstaunt und zerstückte ihn zornig.

Ah so! sagte er. Sie wollen mir drohen. Es wird Sie gereuen.

Es wäre mir lieb, wenn Sie diesen Brief veröffentlichten, sagte René trocken.

Gewiß. Aber gleichviel, Sie können sich rühmen, eine schöne Gelegenheit zu schweigen veräumt zu haben.

Und Herr Bernheim verabschiedete seinen Exredakteur mit einem ironischen Grusse.

### XVII.

René wollte die Sache nicht auf sich beruhen lassen. Er war außer sich darüber, daß er wie ein unbequemes Werkzeug behandelt wurde, das man zerbricht, wenn man es nicht mehr brauchen kann. Ah, man nahm ihm sein Brot, weil er kein folgames Chamäleon sein wollte. Man warf ihn auf die Straße, weil er sich weigerte, sich zu verkaufen! Und man drohte ihm noch! Nun, wofür, er wollte es Herrn Bernheim gehörig heimzahlen, daß er sich als Sklavenvogel aufspielte. Er würde die Leute zwingen, die geheimnißvollen Motive dieses Frontwechfels zu ergründen. Er wollte es laut von allen Töchtern rufen: Der Direktor des „Unparteiischen“ ist nichts weiter als ein gefinnungsloser Mensch. Und wer weiß? Vielleicht gelang es ihm, noch Nutzen aus dem Varn, der das Vorkommniß erregen mußte, zu ziehen. Vielleicht fand sich eine gute Seele, die sagte: Dieser Redakteur ist trotzdem ein braver Bursche. Man kann ihn doch nicht verungern lassen. — Er lächelte — es war freilich ein skeptisches Lächeln — bei dieser idyllischen Zu-

Autonomie und als solcher Veranstalter mancher „anarchistischen Schandthat“, welche jetzt zur Begründung für die Umsturzvorlage herhalten muß. Was das „warme Nest“ betrifft, so vergah der Herr Minister freilich zu erwähnen, daß die Kosten für dasselbe die preussische Polizei trug, indem sie den saubren Patron mit einem monatlichen Gehalt von 450 M. honorirte. Unsere Genossen veräumten nicht diese Thatsache zu konstatiren. Daß Herr Neuf, als er von uns gebührend gebrauchmarkt worden war, auch den Schutz des Herrn v. Stumm nachsuchte, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Von größerem Interesse ist für uns die Frage, ob die Journalisten des Reichstags jetzt, wo der Spitzelcharakter des Neuf offiziell zugestanden, noch weiter die Anwesenheit dieses Patrons auf der Journalistentribüne dulden werden. In Paris und London wäre eine solche Möglichkeit ausgeschlossen; vorläufig wollen wir hoffen, daß dies auch bei uns der Fall ist. Leute vom Schlage eines Neuf mögen bei offiziellen Gelegenheiten, wie die Reichstags-Einweihung, ihre Zutrittskarte erhalten, uns läßt es auch gleichgiltig, daß dieser Bursche auf dem Gruppenbilde der Deputation der Badenser und Hesses bei Bismarck in Kissingen in vorderster Reihe, neben Tiras und dem Grafen Herbert steht. Es hat eben jeder die Gesellschaft, die er sich sucht oder doch um sich duldet, — daß aber für Herrn Neuf jetzt nach den Mittheilungen in der Umsturzkommission noch ein Platz auf der Journalistentribüne des Reichstags sein sollte, das sollte man doch für ausgeschlossen halten.

Das Sigen als Majestätsbeleidigung. Für den 19. d. M. hatte der Kaufmann Engelle in Hannover eine Versammlung nach dem Odeon mit der Tagesordnung: „Antisemitismus und konservative Quertreiberien“ einberufen.

Die Versammlung, die zum größten Theil von Sozialdemokraten und Antisemiten besucht war, nahm stellenweise einen sehr härmischen Verlauf. Zwei junge Leute, die bei dem vom Vortragenden bei Eröffnung der Versammlung ausgebrachten Hoch auf den Kaiser sitzen geblieben waren, wurden vom überwachenden Polizeikommissar sofort verhaftet.

Unsere Parteigenossen thäten wahrlich besser, ihre Zeit vernünftiger als zum Besuch derartiger Versammlungen zu verwenden. Ueber das Thema der Tagesordnung sollen Antisemiten und Konservative sich die Köpfe einschlagen. Je tüchtiger sie es thun, desto besser ist es, wir haben dabei gar nichts zu suchen und wir haben auch gar keine Veranlassung, den Polizeibeamten Material zu liefern. Mögen unsere Genossen bedenken, daß mit einem hohen Grade von Gewisheit behauptet werden kann, daß die Polizeibeamten beauftragt sind gegen das Sigenbleiben bei Kaiserhoch einzuschreiten. Diejenigen, denen in Kaiserhoch einzustimmen nicht ganz besondere Freude macht, haben einfach von Versammlungen wegzubleiben, wo diese Demonstration mit zum Arrangement gehört.

Nicht nur Graf Raut, auch Graf Mirbach, also beide 1/2 Mark-Haupt-Patrioten, sollen als Mitglieder des preussischen Staatsrathes berufen werden. So wird die vor wenigen Monaten für loyale Staatsbürger einzig maßgebend gewesene Politik von oben konsequent — umgestürzt.

Sofort sollen nach dem Wahlgesetze zum Deutschen Reichstage, einem integrierenden Theile der Verfassung, die Nachwahlen zum Reichstage ausgeschrieben werden. Herr v. Köller scheint das Wort sofort wie sein großer Meister Puttkamer anzulegen zu wollen. Er hat die für den 6. Februar anberaumte Nachwahl im Reichstags-Wahlkreise Schwesche-Schmalalben telegraphisch verschoben lassen. Wir danken dafür. Uns kann es nur angenehm sein, wenn die für die Wahl-agitation gelassene Spanne Zeit etwas länger wird. Herr v. Köller arbeitet wie sein Vorbild wider Willen stets für uns.

Ein interessanter Wahlkampf wird sich im Wahlkreise Dlegto-Lgd-Johannisburg abspielen. Dort laudirt von Konservativen und Agrariern unterstützt Oberpräsident Graf Stolberg. Merkwürdigerweise ist der Herr Oberpräsident den Hauptkämpfern des Bundes der Landwirthe noch immer zu wenig agrarisch und sie haben deshalb die

knusperhaltung auf belohnte Ehrlichkeit. Doch der Zufall ist so mächtig.

Das Dringendste war inzwischen die Veröffentlichung seines Artikels und seines Briefes in einer andern Zeitung. Er suchte Verdier auf und fand ihn auch bald. Ihm erzählte er, was sich zugezogen hatte.

Du hast recht geihan, sagte Verdier und drückte ihm kräftig die Hand. Ah, es ist nicht immer leicht, ehrlich zu bleiben. Arme Teufel wie wir erfahren es oft, wie theuer es uns zu stehen kommt. Aber man wird es nicht dulden, daß Du hier lautlos abgewürgt wirst.

Gieb mir den Artikel und den Brief. Morgen werden sie im „Klassenkampf“ erscheinen. Das ist aber nicht alles. Komm mit mir in das Bierlokal der Journalisten. Ganz Paris muß erfahren, wie schmutzig Dein Patron Dich behandelt hat. Dort wimmelt es von Journalisten und ihnen kannst Du die Geschichte erzählen, damit sie von ihnen ausgespaunt wird. Die Indiskretion ist für sie die heiligste Pflicht.

Bald waren die beiden Freunde im Mittelpunkt einer Gruppe, wo Herr Bernheim gut zugerichtet wurde. In der drückenden Hitze der Gasflammen, unter dem Feuer der Kreuz- und Querfragen, die von allen Seiten an ihn gerichtet wurden, wurde René erregt, das Blut stieg ihm zu Kopfe, er berauschte sich an seinen Worten. Die einen beglückwünschten, die andern bebauerten ihn. Febrade, der dort war, äußerte seine Entrüstung mit dem ganzen Wortschwall seiner sündlichen Beredsamkeit. Auch der große Valentin und der kleine Darcy, zwei Redakteure beim „Unparteiischen“, waren da. Sie hielten sich vorsichtig zurück und beschränkten sich darauf, ihr Bedauern über den Austritt eines guten Kameraden anzusprechen. Im tiefsten Grunde ihres Herzens hätte man gewiß eine geheime Verödigung über das Verschwinden eines Rivalen entdecken können, dessen Erfolge in letzter Zeit unbequem geworden waren. Diese posthume \*) Eifersucht trat in einem halbblau gefärbten Zwiesgespräch zu tage:

Einer von denen, die alles besser wissen, dieser Messant! sagte Valentin. Er will der Löwe des Augenblicks, ein Held an Rechtfchaffenheit, der Reinsie unter den Reinen sein. (Fortsetzung folgt.)

\*) Verspätete, eigentlich über das Grab hinausgehende.

Gegenkandidatur des Landraths v. d. Gröben aufgestellt. Also zwei agrarische Kandidaturen! Oberpräsident und Landrath als Gegner! Wem wird da der gouvernementale Einfluß „voll und ganz“ zu gute kommen.

Zur Frage der Reichslotterie. In Blättern wurde jüngst gemeldet, daß die Einrichtung einer Reichslotterie, und zwar die Ausdehnung der preussischen Staatslotterie auf das Reich unter Entschädigung der Einzelstaaten für Aufgabe ihrer Staatslotterien, geplant werde. Diese Nachricht ist, wie man bei „Vossischen Zeitung“ schreibt, unbegründet und wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß vor einiger Zeit Beratungen von Vertretern derjenigen Bundesstaaten, die Staatslotterien haben, über die Festlegung einheitlicher Grundsätze für das Staatslotteriewesen stattgefunden haben. Die Regelung des Lotteriewesens gebührt nicht zu denjenigen Gegenständen, die durch die Reichsverfassung und der Aufsicht des Reiches unterstellt sind, und es würde demnach zur Einrichtung einer Reichslotterie einer Erweiterung der Kompetenz des Reiches im Wege einer Verfassungsänderung bedürfen. Die Anregung zu einer solchen zu geben, liegt aber für Preußen gegenwärtig ein ansehnlicher Anlaß ebensowenig vor wie im Jahre 1884, nachdem das Abgeordnetenhaus am 3. März 1884 auf Antrag des Abgeordneten v. Münnigerode beschloffen hatte, „die Staatsregierung aufzufordern, ihre Bemühungen für den Erlaß eines Reichsgesetzes eintreten zu lassen, durch welches eine einheitliche Regelung des Lotteriewesens innerhalb der Einzelstaaten angebahnt wird.“ Anßerdem kommt in Betracht, daß mit denjenigen Bundesstaaten, z. B. Bayern, die das Lotteriespiel abgekauft und damit zugleich jedem staatlichen Lotteriespiel eine Schranke gesetzt haben, über eine reichsgesetzliche Regelung des Lotteriewesens nicht verhandelt werden könnte. Die erste bayerische Volksvertretung hat schon wenige Wochen nach ihrer Einberufung (1819) einen Antrag auf Abschaffung der Lotterie angenommen und diesen wiederholt, bis er 1861 verwirkt wurde.

Der Führer der elsässischen Agrarier, Baron Jörn von Bulaß, ist nun, wie der „Reichs-Anzeiger“ meldet, zum kaiserlichen Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen ernannt worden. Eine Nachwahl für den Reichstag wird hierdurch erforderlich. Die Ernennung hat nicht bloß als neue Bevorzugung der Agrarier Bedeutung, sondern auch deshalb, weil nun zum ersten Male seit Manteuffel's Rücktritt eine entschiedene Heranziehung des einheimischen Elements versucht wird. Einen so hohen Posten hatte im Reichslande seit 1871 überhaupt noch kein Elsässer.

Bodenbesitz-Reform in den Kolonien. Dem Reichskanzler ist eine Denkschrift des Bundes für Bodenbesitz-Reform zugegangen, in der das Ersuchen gestellt wird, den Grund und Boden in den deutschen Kolonien und Schutzgebieten nicht in großen Strecken an Private zu veräußern oder zu verpfänden, sondern ihn nur zu verpachten. Gehe der Boden der Kolonien zu billigen Preisen für immer an Private über, so hätten diese allein den Nutzen, das Deutsche Reich aber die Kosten der Kolonialpolitik. Die deutschen Kolonien enthielten zum Theil wertvolle und ansiedlungsfähige Gebiete und die einheimischen Erfahrungen mit dem gegenwärtigen Eigenthums- und Pfandrechte sprächen nicht zu dessen Gunsten.

Die Erfahrungen mit der bisherigen Eigenthumsordnung sprechen allerdings durchaus nicht zu Gunsten eben dieser Eigenthumsordnung. Trotzdem wird der Bund für Bodenbesitz-Reform seinen Wunsch nicht erfüllt sehen. Der Staat, an den dies Verlangen gestellt wird, mühte nicht das ausführende Organ der gegenwärtigen, lediglich auf dem Privat-Eigenthum aufgebauten Gesellschaft sein, um solche Dinge, wie sie da von ihm verlangt werden, in sein Programm aufzunehmen zu können.

Ein großer Pfiffikus ist der Mann, der die auswärtige Politik der „Freisinnigen Zeitung“ macht. Für die unangenehme Thatsache, daß der neue französische Präsident den „radikalen“ Bürger Bourgeois mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt hat, tröstet er sich und seine Leser also: „Jedenfalls hat die Hinzusetzung der Radikalen zur Regierung den Vorteil, daß die Sozialisten, nun allein gelassen, den Einfluß auf die Kammer vollständig verlieren.“

Stimmt — bis auf die Kleinigkeit, daß das radikale Ministerium, wenn es sich halten will, zu den „allein gelassenen“ Sozialisten gehen und sie bitten muß, sich dann und wann aus ihrer Einsamkeit zurückzuziehen und mit den Ministern zu stimmen.

Wenn der Pfiffikus der „Freisinnigen“ jemals in seinem Leben eines Wiges schuldig oder verdächtig gewesen wäre, würde man annehmen müssen, er habe hier einen Witz riskirt.

Zur österreichischen Wahlrechts-Bewegung wird aus Teplitz telegraphirt:

Nach einer gestern stattgehabten Versammlung des politischen Arbeitervereins „Fortschritt“, an welcher 2000 Personen theilnahmen, durchzogen die Arbeiter unter Hohenlohe auf das allgemeine Wahlrecht die Straßen der Stadt. Aus dem Marktplatz wurden sie durch das wohlwollende und feste Auftreten des Bezirkshauptmanns Prinzen Hohenlohe zum Auseinandergehen bewogen, das sich ohne Zwischenfall vollzog.

Für Rußland wird in den slavischen Kreisen Oesterreichs und vor allem von den Jungeseken aus eifrig gearbeitet, so hat der Heißporz des böhmischen Landtags, der Abg. Kasan, die Einführung des russischen Sprachunterrichts an den Mittelschulen beantragt.

Die Verantwortlichkeit der österreichischen Statthalter. Aus Prag wird gemeldet: Im Landtage beantragte der Jungesekre Kramarz die Verantwortlichkeit des Statthalters und die Einsetzung eines Gerichtshofes zur Entscheidung der Anklagen gegen den Statthalter.

Anarchistenkongress in Zürich. Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

Die Wäternachricht, daß nächstens in Zürich ein Anarchistenkongress stattfinden werde, scheint völlig unbegründet zu sein. „Es habe eine solche Absicht zwar bestanden“, lautet die neueste Meldung, aber die bei den „Unabhängigen“ in Zürich herrschende Uneinigkeit mache die Einberufung des Kongresses für dieses Jahr unmöglich. Wahrscheinlich wünschte man an gewissen Stellen einen solchen Kongress und hat vielleicht seinen „Beauftragten“ entsprechende Weisungen ertheilt, um womöglich das alte verbrauchte und deshalb nicht mehr wirksame Material durch einige neueste Anarchistenreden, Beschlüsse und Pläne zu ergänzen und dann die Umsturzvorlage planlos zu machen.

Renés Börsengesetz im Kanton Basel-Stadt. Der neue von einer Spezialkommission des Großen Rathes angeordnete Entwurf eines Börsengesetzes unterstellt alle Börsengeschäfte der Aufsicht der staatlichen Organe. Ein von dem Regierungsrath zu erlassendes Reglement wird die Bestimmungen über den Abschluß und die Realisirung von Börsengeschäften festsetzen.

Ueber „schwere disziplinäre Anschuldigungen“ — von Schweizer Militärs — kommt die deutsche Kaiserzeitung und schließt daraus auf die Schlechtigkeit des Militärsystems. Sie sollte lieber über die schweren disziplinären Anschuldigungen in der deutschen Armee jammern, und daraus auf die Schlechtigkeit des deutschen Militärsystems schließen. „Dis-

gymnastische Aufstellungen\* wie bei dem deutschen Elitekorps der Feuerwerker sind in der Schweiz niemals vorgekommen — gerade so wenig, wie dort gleich schwere Soldatenmißhandlungen vorkommen, wie in Deutschland. Und zwar aus demselben Grund: weil der demokratische Geist es verhindert, daß Vorgesetzte sich in dauernden Gegensatz zu ihrer Mannschaft bringen oder gar dieselbe fortgesetzt mißhandeln können. Unsere Herren Kasernen-Präsidenten sollten sich doch des Sprichworts erinnern: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. —

Die Errichtung einer Staatsdruckerei ist im Kanton Bern geplant und hofft man, wenn diese einmal vorhanden ist, daß dann auch der Bund sich entschließen wird, eine eidgenössische Staatsdruckerei einzurichten. Die Bundeskasse würde dabei zirka 200 000 Fr. alljährlich gewinnen, welche Summe jetzt einige wenige Buchdruckereibesitzer als schönen Gewinn in ihre Taschen stecken. —

Frankreich. Das Ministerium Bourgeois ist noch nicht endgültig konstituiert; als feststehend kann aber angenommen werden, daß der erste Akt des neuen Präsidenten eine allgemeine politische Amnestie sein wird, von der nur Dreyfus ausgenommen sein soll, und die also auch Rochefort die Rückkehr nach Frankreich ermöglichen wird. Die zweite Maßregel, mit der das neue Ministerium vor das Land treten wird, ist ein Gesetz zur Einführung der progressiven Einkommensteuer. — Wahrscheinlich wird aus der Kammer heraus die Aufhebung des Anarchistengesetzes beantragt werden. Es ist das nur die logische Konsequenz des Falles Cassimir Perier's. — Zwei sozialistische Abgeordnete, Desfontaine und Bussy, sind aus der Kammerfraktion ausgetreten, weil diese beschlossen hat, daß unter gemeinsame schriftliche Kundgebungen — Aufrufe, Manifeste etc., — die Namen aller Mitglieder der Fraktion gesetzt werden sollen, auch wenn dieselben nicht anwesend sind. Das scheint den zwei Genannten ein Eingriff in die Rechte ihrer Wähler. Der Schritt ist rein formaler Natur und ohne jegliche politische Bedeutung. —

Zur Wahl des neuen Präsidenten der französischen Republik wird uns aus Paris unterm 18. Januar geschrieben: Einen Moment konnte es scheinen, als ob die jüngsten, so blutig aufeinanderfolgenden Ereignisse der Freiheit und dem Fortschritt zu gute kommen\*) und so eine ruhige und friedliche Entwicklung der sozialpolitischen Verhältnisse Frankreichs gestatten würden. Jedermann wählte, daß mit dem Sturz des Kabinetts Dupuy, der Einsetzung einer Untersuchungskommission gegen Royal, dem Urtheil jener schändlichen, mit der Südbahn und Orleansbahn abgeschlossenen Verträge, die dem Volke über eine Milliarde aus den Taschen ziehen, und — at last not least — dem Rücktritt Perier's die von den Panamisten erzeugte Krise ihr Ende erreicht, der Kampf zwischen der neuen aufstrebenden und der alten absterbenden Gesellschaft einen vorläufigen Abschluß gefunden, und nun eine neue Ära, eine Ära des Friedens und der Freiheit, anbrechen werde. Das von dem Kapitalismus im Bunde mit der Reaktion gezeugte wirtschaftliche und politische Gomerium hat es anders gewollt. Anstatt sich die jüngsten Vorgänge als Warnung dienen zu lassen, hat es sein Haupt frecher denn je erhoben und, indem es seinem Kandidaten, den es wie zum Dohne aller rechtlich denkenden und freiheitsliebenden Männer dem eben weggepeitschten Ministerium entnommen, zum Siege über Brisson, den Kandidaten der vereinigten Demokratie verbollens, den einen Moment unterbrochenen Kampf aufs neue entzündet. Die Herren wollen den Kampf, sie werden ihn haben. Die sozialistische Gruppe hat denn auch auf die in der Wahl des neuen Präsidenten liegende Herausforderung, eine Wahl, die von der äußersten Linken mit den Rufen: Nieder mit dem Erwählten der Rechten! Nieder mit den Dieben! Nieder mit den Verkauften! Es lebe die soziale Republik! aufgenommen wurde, gleich nach Schluß des Kongresses folgendes Manifest erlassen:

„Bürger! Herr Felix Faure, der Kandidat der Reaktion und Reaktionsären, ist soeben gegen den Kandidaten aller Republikaner zum Präsidenten der Republik gewählt worden. Damit er gewählt werde, hat es der offenkundigen Mitwirkung der ganzen Nation bedurft. Die mit Herrn Cassimir Perier gemachte Erfahrung, der im Verlauf von sechs Monaten von der Demokratie zerschmettert wurde, hat den Fahnenflüchtigen der Republik nicht genügt. Sie haben es nicht gewagt, Herrn Waldeck-Rousseau zu wählen; sie haben es nicht gewagt, das Land noch einmal mit einem zu gekannten Namen herauszufordern. Die an der Republik zu Verräthern gewordenen Republikaner haben gehofft, daß Herr Felix Faure seine Unterwürfigkeit selbst gegen den gerechten Born der republikanischen Demokratie schätzen werde. Die Monarchisten haben auf seine Unbedeutendheit spekuliert, um, ohne beunruhigt zu werden, bis einen Moment aufgegebene royalistische Intrigue wieder aufzunehmen. Aber es genügt dem Volke zu wissen, daß Herr Felix Faure gewählt wurde, um die liberale und kapitalistische Reaktion mit einem unbekanntem Namen zu decken. Es genügt ihm zu wissen, daß es den Mann der Reaktion und der Kirche vor sich hat. Wir hatten einen Moment gehofft, daß unsere Gegner, durch die Flucht Perier's gewarnt, endlich wollen würden, daß die Republikaner nicht mehr um die Republik besorgt seien. Sie ziehen, auf die Gefahr hin, das vom Lande ungeduldig erwartete Werk der sozialen Reform durch ihre sträfliche Hartnäckigkeit von neuem zu verzögern, den bis aufs äußerste getriebenen Kampf gegen die Demokratie vor. Da sie den Kampf wollen, sollen sie ihn haben. Es lebe die soziale Republik!“ —

Der Lütticher Anarchistenprozeß, über den wir nach Möglichkeit ausführlich berichten, ist von allen Anarchistenprozeßen, die sich bisher abgespielt haben, weitaus der belehrteste, weil er das Wesen der sogenannten „anarchistischen Bewegung“, die zum Anker- und Stützpunkt der kapitalistischen Reaktionspolitik geworden ist, so vollständig klarlegt, wie es amtlich bisher niemals der Fall gewesen. Das Gros der Angeklagten: beschränkte Menschen, die nicht wissen was sie wollen, und blinde Werkzeuge in den Händen eines gewissenlosen Schurks sind, ein paar Bourgeoisidioten, die sich an Freiheitsphrasen berauscht haben und ebenfalls nicht wissen, was sie wollen — und schließlich ein einziger, der weiß, was er will, und dieser Max Stirner'sche „Einzige“ ein Schuft, der im Solde der Polizei steht, und, von einigen Helfershelfern unterstützt, „sein Eigentum“, d. h. die Pimper, welche ihm ins Garn gelaufen sind, den europäischen Regierungen für die verschiedenen Ansturzvorlagen als „Material“ liefert.

\*) Das werden sie jedenfalls. Und die neueste Nummer der „Petite République“ nimmt Felix Faure gegenüber genau dieselbe Haltung ein, wie wir. Red. v. B.

Die Beziehungen des „Ungarn-Sternberg“ nicht bloß zur russischen Polizei, sondern auch zur Polizei anderer Länder, sind über jeden Zweifel hinaus nachgewiesen. Die Anklage des Studenten Arnold, welcher erzählt, wie die belgische Polizei den „Russen“ — laufen ließ, ist geradezu klassisch. Die Verteidiger werden hoffentlich dafür sorgen, daß noch mehr Fäden bloßgelegt werden. Vielleicht ließe es sich einrichten, daß Herr Theodor Reuß von Berlin mit Erlaubnis der preussischen Regierung als Sachverständiger vorgeladen würde. Indes auch wenn der Eifer des Herrn v. Kölller, die anarchistische Hydra zu erschüttern, nicht so weit gehen sollte, finden sich wohl Mittel und Wege, die deutschen Angeklagten zu Enthüllungen der „Mistrolche“ zu veranlassen, die, zusammen mit dem „Russen“, sie ans Wasser geliefert haben.

Indes auch jetzt schon haben wir in Lüttich ein vorzügliches Bild des „Anarchismus“, wie er ist. —

Crispi hat Furcht vor dem Parlamente. Aus Rom wird nämlich telegraphirt: Das amtliche Blatt veröffentlicht heute Abend das vom 13. d. Mts. datirte Dekret, durch welches die Session des Parlamentes geschlossen wird. Die Auflösung der Kammer soll auch von Crispi gewünscht werden, stößt aber auf starken Widerpruch bei seinen Kollegen, weil diese meinen, daß die Neuwahlen den Sturz des Ministeriums zur Folge haben würden. Diese Auffassung scheint nicht unbegründet zu sein, sind doch alle Nachwahlen zu Ungunsten Crispi's ausgefallen, wurden doch die ehrlichsten und entschiedensten Gegner des Renegaten der Revolution, nämlich Sozialisten, gewählt, so vor kurzem Genosse Garibaldi Bosco, und am letzten Sonntag der allbewährte Vorkämpfer unserer Partei, unser Genosse Costa. —

Arbeiterschmug in dänischen Staatsbetrieben. Die „Frank. Zig.“ läßt sich aus Kopenhagen schreiben: Die Sozialdemokraten im Jollerhing haben eine Vorlage eingebracht, die darauf ausgeht, die Arbeitszeit und den Arbeitslohn zu regeln. Danach soll bei Submissionen für Arbeiten, die für den Staat ausgeführt werden, eine Gewähr dafür geleistet werden, daß der Arbeitslohn zur rechten Zeit bezahlt und daß ein Minimallohn festgesetzt werde. Ferner soll eine Maximal-Arbeitszeit, die zehn Stunden (Ehheit und Ruhestunden abgerechnet) nicht überschreiten darf, festgesetzt werden. Die Vorlage wurde vom Arbeitsminister sehr scharf angegriffen und fand auch bei den übrigen Mitgliedern des Hauses keine günstige Aufnahme. Diefelbe wurde schließlich einem Ausschusse überwiesen. —

Die Murnen in Athen wegen der Steuerreform dauern fort. Aus Athen wird gemeldet: Heute Nachmittag wurden hier auf dem Marsfeld zwei Meetings veranstaltet, von denen das eine von der ministeriellen Partei sich zu Gunsten der Aushebung des Oltros, das andere von der Opposition veranstaltete gegen die das Oltros erscheidenden neuen Steuern aussprach. Es kam zu Schlägereien. —

Die Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa leiden sehr unter der Unklarheit und Unsicherheit der nordamerikanischen Zollgesetzgebung. Dies merkte man aus den Verhandlungen des deutschen Reichstages über die Zudertariffation und nun wird aus Washington telegraphirt: Es verlautet, der österreichisch-ungarische Gesandte verständigte den Staatssekretär Gresham dahin, Oesterreich-Ungarn werde, wenn der Zudertariff nicht bald herabgesetzt werde, sich zu weitgehenden Repressalien gezwungen sehen. Einige Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses wurden von dieser Mittheilung in Kenntniß gesetzt. —

Der monarchistische Umsturz auf Hawaii. Ueber den Zustand auf Hawaii wird weiter berichtet: In den Kämpfen am 7. Januar wurden gegen 500 Rebellen gefangen genommen. Der Verlust der Rebellen an Todten und Verwundeten ist erheblich. Die Residenz der Erlösnigin ist unter polizeiliche Bewachung gestellt. Am 7. Januar fand in ihrer Washingtoner Residenz eine Hausdurchsuchung statt. Es ist noch nicht bekannt, was betrefis der Erlösnigin geschehen wird.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Cleveland, äußerte bei Besprechung der Krise auf Hawaii, daß keine Meldungen eingegangen seien, die darauf deuteten, daß die Anwesenheit eines Kriegsschiffes der Union erforderlich würde. Falls die Union nicht gewillt sei, eine Politik zu betreiben, welche Regel und Völkerecht verleihe, müsse man im Auge behalten, daß Hawaii ganz unabhängig sei. Ein Kriegsschiff würde von den Unionstaaten nur zum Schutze von Unterthanen der Union nach Honolulu geschickt werden. Amerikaner, welche die bestehende Regierung zu halten oder zu stürzen suchten, hätten keinen Anspruch auf Schutz. —

Vom chinesisch-japanischen Kriegsschauplatz liegen heute eine Reihe von Meldungen vor. Wir geben die wichtigsten wieder:

Shanghai, 20. Januar. (Meldung des „Neuer'schen Bureau's“.) Die japanische Flotte, welche gestern auf Tengkou-shou geschossen hatte, soll nach hier eingegangenen Nachrichten gegenwärtig das Bombardement auf diese Stadt fortsetzen. Der englische Kreuzer „Daphne“ und der amerikanische Kreuzer „Hortown“ befinden sich in der Nähe.

Siroshima, 20. Januar. (Meldung des „Neuer'schen Bureau's“.) Ein Telegramm des Generals Kobayashi meldet Einzelheiten über die Niederlage der Chinesen bei Haischang am 14. d. Mts. Der Feind begann um 8 Uhr morgens aus drei Wegen von Tsangyan, von Pulangton und von Nenschwang aus vorzurücken. Mittags erweiterten die Chinesen ihre Front bis auf eine Ausdehnung von 3 Meilen, in der Absicht, über den Flügel der Japaner zu debordieren, und rüdten in dieser Formation bis auf eine Meile Entfernung von der ersten japanischen Linie vor. Die dritte Division der Armee an der Nordseite von Haischang hielt den Feind bis 4 Uhr nachmittags in Schach; um diese Zeit wurde ein Angriff aus dem rechten Flügel der Chinesen unternommen. Letztere wurden in Flucht geschlagen; um 6 Uhr zog sich der größte Theil derselben in nordwestlicher Richtung, der Rest in der Richtung auf Nenschwang zurück. Die Japaner eroberten sieben Kanonen, eine Anzahl Waffen und Ausrüstungsgegenstände.

London, 21. Januar. Das „Neuer'sche Bureau“ meldet aus Tschiu: 35 Transportschiffe und 15 Kriegsschiffe der Japaner trafen am 19. Januar abends in der Bucht von Jungtsching ein. Am Morgen darauf griffen drei japanische Schiffe die chinesischen Strandbatterien an und brachten dieselben zum Schwelgen. Die Chinesen gaben den Widerstand auf. Dierauf wurden 25 000 Japaner in Jungtsching, 35 englische Meilen von Weihaiwei entfernt, gelandet. Während der Kämpfe fiel reichlich Schnee.

Kopenhagen, 21. Januar. Eine dem „Rigshaus Bureau“ vorliegende Nachricht aus Shanghai vom 21. d. M. bestätigt, daß das 3. japanische Armeekorps gestern bei North-Cast-Promontory, 35 englische Meilen von Weihaiwei entfernt, 25 000 Mann gelandet habe. Wegen der in der Regierung in Peking hervorgerufenen Meinungsverschiedenheit warten die chinesischen Friedensunterhändler nähere Befehle in Shanghai ab, ehe sie die Reise nach Japan fortsetzen.

## Parlamentarisches.

Die Kommission zur Berathung der Ansturzvorlage trat gestern vormittags um 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Staatssekretär Niederding erklärte beim Eingang der Sitzung, daß das Material über die bestehende Gesetzgebung bis zur nächsten Sitzung vorliegen solle. Dagegen könne der zweite Theil des Antrages Spahn, das Material für die vorgeschlagenen Aenderungen zum Ausdruck zu bringen, nicht erfüllt werden, da das Material erst im Rahmen der Begründung Werth erhalte. Die Debatte beginnt mit der vorgeschlagenen Verschärfung des § 111, wonach die erfolglose Aufforderung zu einem Verbrechen mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden soll. Geh. Rath v. Sedendorff (Vortr. Rath im Reichs-Justizamt) motivirt die beantragte Verschärfung ohne erhebliches vorzubringen. Hauptsächlich waren es Artikel und Gedichte aus der „Freiheit“, welche als Beweismittel dienen mußten. Der Abg. Spahn (Zentrum) beantragt in den § 111a die Bestimmung aufzunehmen, „oder mit Geldstrafe bis zu 2000 M.“ Langmann (freif. Volksp.) will diese Geldstrafe auf event. 600 M. festsetzen.

In der Diskussion wies der Abg. Barth (fr. Bgg.) darauf hin, daß alle vorgebrachten Beweismittel bereits unter die Hochverrathparagrafen fallen. Die Abgg. Gneuecker (natl.), Hüpeden (v.l.) und Frhr. v. Stumm (Sp.) sprachen für den § 111, Hüpeden jedoch auch für den Antrag Spahn. Abg. Stumm giebt weiter die Erklärung ab, daß er zwar die Vorlage nicht für weitgehend genug erachte, aber mit Rücksicht auf die Zusammensetzung des Reichstages darauf verzichte Verschärfungen zu beantragen. — Geh. Rath Sedendorff giebt zu, daß die Bestrafungen auf Grund der §§ 110a und 111 im Durchschnitt pro Jahr 80 Fälle nicht übersteigen. Im Jahre 1893 kamen 25 Fälle auf Grund des § 111 vor die Gerichte.

Abg. Bebel (Soz.) hält daran fest, daß alles vorgelegene Material unter die Hochverrathparagrafen falle. Zum Beweise, was diese Paragrafen alles decken, weist Redner auf die Art hin, wie seinerzeit der Leipziger Hochverrathprozeß zu stande gekommen ist. Redner konstatiert, daß die scharfe Bestimmung (fünf Jahre Zuchthaus) des schweizerischen Strafgesetzbuches eine Abwehrmaßregel gegen das Spittelreiben sei. Die Schweiz kenne übrigens keine politischen Verbrechen. Das aus dem Jahre 1882 stammende Anarchistenmaterial sei zum großen Theile mit deutschen Polizeigeldern hergestellt worden. Bebel verliest zum Beweise dafür das vom Polizeihauptmann Fischer (Zürich) unterzeichnete Protokoll, worin die Thaten der Schröder, Haupt und Konforten geschildert werden. Auch heute noch ist der berüchtigte Reuß einer der bevorzugtesten Journalisten einzelner Reichsämter und war offiziell zur Eröffnung des Reichstagsgebäudes zugelassen, obwohl von ihm notorisch ist, daß er seinerzeit Mitglied des Klubs Autonomie in London gewesen sei. Die Anarchisten, meist beschränkte Leute, werden erst gefänglich, wenn sie Spittel in die Finger fallen. Wo aber drei Anarchisten beisammen sind, befindet sich in der Regel ein Polizeispittel darunter.

Minister von Kölller erklärt, daß er die Anstiftung zu Verbrechen durch Spittel auf das entschiedenste verurtheilt und dafür sorgen wird, daß solche Handlungen bestraft werden. Vermeiden ließe sich das Spittelthum aber nicht. Herr v. Kölller kennt Herrn Reuß sehr gut, weiß, was er von ihm zu halten hat, da derselbe ja lange genug im Lager der Anarchisten sich bewegt hat, sozusagen lange im warmen Nest gefessen habe. Der Minister will von Reuß vieles schätzbare Material erhalten haben. Abg. v. Buchla (nl.) ist durch das vorgetragene Material von der Nothwendigkeit der Straverschärfung im § 111 vollständig überzeugt.

Abg. Muncel (fr. Bp.) will nur vernünftige Befehle geben, dann wird es den Richtern auch möglich sein, vernünftig Recht zu sprechen.

Es tritt eine Pause ein. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen spricht sich Abg. v. Salisch (nl.) gegen die Festsetzung von Geldstrafen aus, da diese aus der Parteiliste gedeckt werden könnten. Abg. Spahn (Z.) begründet seinen Antrag, indem er ausführt, daß die Straferhöhung für Aufforderungen zu Verbrechen gerechtfertigt sei, besonders auch durch die Entwicklung der Erfindungen auf dem Gebiete der Chemie. Es gäbe allerdings auch solche Aufforderungen, die milder zu beurtheilen sind, z. B. unbedachte Aeußerungen wie: „Schlagt den Kerl tod!“ Es würde sich empfehlen, eine Bestimmung in den § 111 aufzunehmen, durch welche Aufforderungen zu Verbrechen, welche das Leben gefährden, besonders streng bestraft würden. Abg. Auer (Soz.) weist die Behauptung des Ministers v. Kölller zurück, daß Freunde der Sozialdemokraten dem Herrn Minister Mittheilungen über Parteigeheimnisse machen. Erhält der Herr Minister solche Mittheilungen aus dem Kreise der Sozialdemokratie, so stammen dieselben von Lumpen her, mit denen Herr v. Kölller verkehren mag. Wir Sozialdemokraten lehnen die Freundschaft mit solchen Elementen ab. Weiter stellt Redner eine Angabe des Ministers v. Kölller richtig, wonach der „Vorwärts“ davon gesprochen haben soll, eventuell Gegner wie tolle Hunde niederzuschleichen. Der „Vorwärts“ habe im Anschluß an Aeußerungen des Kriegsministers nur davon gesprochen, daß, wenn gliblichen Beleidigungen von Seiten der Minister gegenüber der parlamentarische Schutz verjage, dann wohl kein anderes Mittel mehr übrig bleibe, als wie sich mit der Pistole in der Hand zu vertheidigen. Redner zitiert die bekannten Urtheile gegen die Bergarbeiter im Ruhrrevier, welche auf Grund der §§ 110 und 111 zu mehrmonatlichen Gefängnisstrafen verurtheilt worden sind wegen Aufforderung zum Kontraktbruch, während der Kontraktbruch selbst nicht strafbar sei. Das vorgebrachte Material, ausschließlich Schriften von Anarchisten, charakterisirt Redner dahin, daß es die Folge des Sozialistengesetzes sei und daß ähnliche Schriften im selben Maße wieder zunehmen werden, wenn diese Vorlage Gesetz wird; wie umgekehrt deren Verbreitung abgenommen hat nach dem Fall des Sozialistengesetzes.

Minister von Kölller will in seinen Aeußerungen über Reuß mißverstanden worden sein. Er unterhalte keine Beziehung zu demselben, habe ihn nur einmal gesehen. Abg. Bebel (Soziald.) konstatiert, daß der Minister das erste Mal sich viel positiver über seine Beziehungen zu Reuß geäußert habe. Der Minister habe auch vom Treubruch gesprochen, den er begehen würde, wenn er Mittheilungen, die er von Anarchisten erhalte, veröffentlichen würde. Das lasse doch darauf schließen, daß nähere Beziehungen zu Reuß beständen. Die Aufforderung des Ministers, der Regierung im Kampfe gegen die Anarchisten beizustehen, müssen wir ablehnen. Wir haben den Anarchismus von jeher selbständig bekämpft, gehätselt ist derselbe nur durch die offizielle Presse worden und von jenen Parteien, welche die Sozialdemokratie um jeden Preis vernichten wollen.

Abg. v. Stumm theilt mit, daß Reuß auch bei ihm war und seinen Schutz gegen die Angriffe und Verfolgungen der Sozialdemokratie nachsuchte.

Die weitere Diskussion bringt nichts Wesentliches. Erwähnenswerth ist nur die Erklärung des Geh. Raths v. Sedendorff, daß kein Material darüber gesammelt sei, ob und wie oft das Strafmaximum des § 111 angewendet worden ist. Festgenagt verdient auch die Aeußerung des konservativen Abg. v. Buchla zu werden, der in bezug auf den bekannten Todtschlagsversuch meinte, General v. Kirchhoff habe nur das gethan, was jeder anständige Mann im gleichen Fall gethan hätte.

Die Abstimmung über den § 111 wird bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt, die Mittwoch, den 23. d. M., vormittags 10 Uhr, stattfindet.  
Schluß 1/4 Uhr.

## Parteinachrichten.

**Von der Agitation.** Ueber die Umsturzvorlage sprach Genosse Kühn in Haynau (Schlesien). Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall und führten zur einstimmigen Annahme einer Protestresolution, die dem Reichstag übermittelt werden soll. — In Bremen (Westend Vorstadt) fand eine Protestversammlung gegen die geplante Tabaksteuer statt. Das Referat hielt Gen. Dr. Diederich. — Ueber die Umsturzvorlage sprach der Gen. Sätler in Rempten (Wapern) vor einer zahlreich besuchten Versammlung. — In einer sehr stark besuchten Volksversammlung in Orosenhain (Sachsen) referierte Gen. Geiger in zwei stündigem Vortrag über: „Die Umsturz- und Steuervorlagen und der Reichstag“ und erntete lebhaften Beifall. In einer Resolution, worin der Regierung tiefstes Mißtrauen ausgesprochen wird, da sie durch die Umsturzvorlage die schon kümmerlichen Rechte noch mehr einschränken will, um dadurch die Möglichkeit zu erhalten, noch mehr schwere Steuern dem Volke aufzuerlegen, protestirt die Versammlung gegen diese Vorlage und gegen die Einführung neuer indirekter Steuern, besonders gegen die geplante Tabakfabrikat-Steuer, dieselbe fand einstimmige Annahme.

**Eine kombinierte Versammlung der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburgs** beschloß, von der Aufnahme einer Arbeitslosen-Statistik in diesem Jahre Abstand zu nehmen, da über den erschreckenden Umfang der Arbeitslosigkeit bei keinem Einsichtigen Zweifel herrschen könne. Die Verschmelzung der drei Vereine ist bekanntlich durch Urabstimmung abgelehnt worden. Im ersten Wahlkreis hatten 25 mit Ja, 757 mit Nein gestimmt, im zweiten hatten sich 156 für, 559 dagegen ausgesprochen, während im dritten 586 für die Verschmelzung und 692 dagegen gestimmt hatten. — In derselben Versammlung geschah auch die Abrechnung über die Cholera Gelder. Als im August 1892 die Cholera über Hamburg hereinbrach und insbesondere unter der Arbeiterklasse einen großen Nothstand zeitigte, beeilten sich unsere Parteigenossen und Parteifreunde in den verschiedensten Gegenden Deutschlands, den Nothleidenden in Hamburg, ohne Ansehen der Person, nach Kräften Hilfe zu leisten. Aus den verschiedensten Gauen Deutschlands, zum Theil auch aus dem Auslande, gingen an die hiesigen Parteigenossen Gelder u. s. w. zur Unterstützung der Nothleidenden ein, die in gerechter Weise zur Verteilung gelangt sind. Aus der gestern erstatteten Abrechnung ergibt sich eine Einnahme von 17 975,71 M. und eine Ausgabe von 18 102,54 M. Das Defizit von 126,83 M. ist vorerst von privater Seite gedeckt worden und wird durch Rückzahlung bewilligter kleiner Darlehen ausgeglichen werden. Die Spezialabrechnung wird demnächst im „Hamburger Echo“ veröffentlicht.

**Unsere Parteigenossen von Wandlbeck** nehmen eine Arbeitslosenstatistik auf.

**Parteipresse.** Die Redaktion der Breslauer „Volkswacht“ hat mit dem 19. d. M. der Genosse Bruhn's, früher Bremen, übernommen.

**Sozialdemokratische Rechte in den bürgerlichen Körperschaften** sind stets der Schrecken aller Ungesinnten. In Würzen (Sachsen) sind bei den letzten Wahlen bekanntlich eine Anzahl unserer Parteigenossen in das Stadtvorordneten-Kollegium gewählt worden. Jetzt macht eine Korrespondenz aus Würzen die Kunde durch die sächsische Ordnungspresse, in der, wie folgt, gemurmelt wird: „Die Zustände im hiesigen Stadtvorordneten-Kollegium sind unhaltbar. Die Wahl des Vorstehers, die von den konservativen Abgeordneten allein vorgenommen worden war, nachdem sich die Sozialisten entfernt hatten, ist nicht gültig. Es muß nun das Voos entscheiden. Fällt dieses für die Opposition günstig aus, dann haben sie, da die Vorsteherstimme bei Stimmengleichheit die entscheidende ist, auf zwei Jahre noch die Gewalt in der Hand. Andernfalls sind sie aber im Stande, jeder Zeit durch Verlassen der Sitzung Beschlußunfähigkeit herbeizuführen und so die Abwicklung der Geschäfte zu hemmen. Dies sind Zustände, welche eine regelrechte Fortführung der Verwaltung der Stadt auf das höchste gefährden (!) müssen. Vielleicht ist die Anwendung des letzten, der Behörde zustehenden Mittels gleich das Beste: die Auflösung des ganzen Stadtvorordneten-Kollegiums und die Anordnung neuer Wahlen.“ — Wird man die Winke verstehen? Bismarck deutlich sind sie.

**Bojkott durch die Staatsgewalt.** Die Frankfurter „Volkstimme“ hatte vor kurzem die Namen derjenigen Wirthe veröffentlicht, welche die „Volkstimme“ halten. Einige Tage später wurde von einer ganzen Anzahl Wirthe das Blatt abbestellt. Die Betreffenden erklärten, sie seien vor die Polizeibehörde geladen worden und es sei ihnen dort die Polizeistunde, sowie das Militärverbot in Aussicht gestellt worden. — Wer also bojkottirt?

**Polizeiliches, Gerichtliches u. c.**  
— Die in Lüben beschlagnahmten 79 Exemplare der Broschüre „Anekdote und Freiheit“ sind auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft von der Lübener Polizei — kostenfrei selbstverständlich — wieder an den Genossen Winkler gesandt worden. — Die Genossen, welche in dem Verdacht standen, obige Broschüre öffentlich verbreitet zu haben, erhielten von der Staatsanwaltschaft die Mittheilung, daß das Verfahren eingestellt sei.

**Turnwart in ein Gewerbe.** Das Landgericht Bzikau hat das schöffengerichtliche Urtheil von Crimmitschau, wonach der Turnwart des dortigen Arbeiter-Bildungsvereins, Genosse Lanus zu 10 M. Strafe verurtheilt war, weil er sein „Gewerbe“ als Turnwart nicht angemeldet hatte, bestätigt. Er erhielt f. z., wo ihn die Geldstrafe traf, nicht 1 Pfennig Entschädigung für seine Beforgung, Gänge u. s. w., wohl aber stand ihm, gleich früheren Vorgängern, eine Gratifikation von 10 bis 15 M. seitens einer Generalversammlung der Turnabtheilung des Arbeiter-Bildungsvereins Crimmitschau in Aussicht. Trotz aller Vorbereitungen der Verteidigung, daß es sich bei solchen kleinen Beträgen um Verläge, Zeitbezahlung u. s. w. handeln könne, sprach das bestätigende Urtheil aus, daß die zu erwartende Gratifikation habe Veranlassung zur Anmeldung des Gewerbes geben müssen. Turnwart ist und bleibt hiernach ein anmeldspflichtiges Gewerbe. — Gegen diese Rechtsauffassung wird Revision eingewendet werden.

**Ausgeld** wurde der Arbeiterverein von Bzikau. Es sollen in der letzten Zeit von einzelnen Mitgliedern aufreizende Reden gehalten worden sein, so hieß es in der näheren Begründung.

## Lütticher Anarchistenprozess.

**Sitzung vom Sonnabend Morgen.**  
Dumoulin, Untersuchungsrichter von Verdiers, macht genaue Angaben über die Untersuchung, die er in Chevon vorgenommen hat.

Pirard, Ingenieur in Chevon, konstatirt, daß am 8. April 8 1/2 Kilo Dynamit und 134 Zünder geraubt worden sind, daß der Diebstahl aber erst am 27. April festgestellt worden ist. Der Zeuge erklärt, warum diese Feststellung so spät stattgefunden habe.

Der Präsident macht ihm energische Vorstellungen wegen der schlechten Ueberwachung des Dynamitmagazins.

Man zeigt die Dynamitzünder Mäcker, welcher sie wieder erkennt, und Broich, der aufs neue behauptet, niemals in Chevon gewesen zu sein.

Die Aussagen der Zeugen stimmen nicht überein mit denen Mäcker's bezüglich der Zahl der gestohlenen Pakete.

Verdin, Magazinverwalter in Chevon giebt zu, während eines ganzen Monats, entgegen seiner Pflicht, die ihm unterstellten Magazine nicht kontrollirt zu haben.

Marthou, zweiter Stationsvorsteher auf dem Bahnhof zu Starmont, hat am 8. April 5 Eisenbahnpassivets nach Remouchamps verkauft. Er kennt die Angeklagten nicht. Derjenige, der die Billets kaufte, machte ihm den Eindruck eines Ausländers.

Die Angeklagten leugnen aufs neue, mit Ausnahme Mäcker's. Marie Petit, Wirthin, erkennt Broich wieder, der mit noch zwei anderen bei ihr angelehrt ist. Broich hat bezahlt.

Decoch, Schwager der Petit, bestätigt deren Aussage. Auch er erkennt Broich.

Wittwe Decat aus Chevon hat fünf Männer auf der Eisenbahn gesehen, die von der Station nach den Magazinen gegangen sind.

Wagner, Chauffeur, erkennt bestimmt Mäcker, Bosten und Westkamp wieder. Er hat diese an dem Tage des Diebstahls auf dem Wege nach Chevon gesehen.

Man verhört einen Gendarmen von D'Orges, zu dem Westkamp gesagt hat: „Wir gehen jetzt zum Magazin.“ und zwar an dem Tage, an dem die Gerichtskommission in Chevon war. Eine Anzahl Zeugen fehlen. Man wird sie aufs neue zum Montag laden.

Das Gericht tritt in die Verhandlung des Attentats im Theater.

Von Mäcker hat die Bombe des Theaters im Wasserlauf des Pissoirs entdeckt, in das er nach der Explosion getreten war. Die Bombe wird dem Zeugen vorgelegt, welcher sie wiedererkennt; es ist eine Eisenblechschachtel, die durch die Explosion zerstört ist.

Kennette hat jemand fliehen sehen, den sie in den ihr vorgelegten Bildern den Russen nicht erkennt.

Brunin, Artilleriekapitän, wurde beauftragt, die Bomben des Theater-Attentats und des Attentats beim Bürgermeister zu untersuchen. Er giebt eine genaue Beschreibung derselben. Die Zünder sind dieselben, die man in der Grube von La Haye gefunden hat, wie sie in dieser Grube aber nicht angewandt werden. Die Bombe beim Bürgermeister ist aus 22 Patronen und 2 1/2 Kilo Metallpulver. Um den Zünder herum waren schwedische Streichhölzer angebracht.

Ein Zeuge erklärt, in dem Zimmer Westkamp's Metallstücke gefunden zu haben, die denjenigen des Attentats bei Léo-Gérard entsprechen.

### Nachmittags-Sitzung.

**Vernehmung von Léo-Gérard.** Im Augenblicke der Explosion sei er ans Fenster gekürrt, habe aber niemand auf der Straße gesehen. — Von Schleichbach sprechend, erklärt er, daß der gegen diesen erlassene Ausweisungsbefehl aus Anlaß seiner Verurtheilung zurückgezogen worden sei.

Hierauf wird das Verhör in Sachen des Raubes bei Chevon fortgesetzt.

Die Frau Gaute erklärt, daß Wille regelmäßig die Sonntage bei ihr zubrachte. Er habe nur ganz ausnahmsweise am Sonntag, den 13. Mai, gefehlt. Der Raub bei Chevon ist aber am 1. April ausgeführt worden.

Herr Gaute erklärt, daß, als Bosten weggegangen war, man bei ihm Revolverpatronen gefunden habe. Der Staatsanwalt glaubt, daß es Zünder gewesen seien.

Johann Wagner erklärt bestimmt, daß Wille am 1. Mai bei Gaute gewesen ist.

Mäcker erklärt, den Russen nicht vor dem 28. April kennen gelernt zu haben, während Emile Desloupes erklärt, daß diese Bekanntschaft schon von längerer Zeit datire.

Es werden hierauf verschiedene Sachverständige vernommen, darunter auch ein Tischler, der die Thüre untersucht hatte, in welcher Westkamp die Kapseln versteckt haben sollte.

Der Sachverständige kann sich mit den Angeklagten nicht einigen, sodas der Präsident den Austrag giebt, daß die Thüre als Beweisstück zum Montag vor Gericht gebracht wird.

Der Direktor des Kohlenbergwerks von La Haye erklärt, daß die Zünder, welche gefunden wurden, nicht aus dem Etablissement stammen konnten, wo Bosten und Wille gearbeitet haben. Aus dem Kohlenbergwerk von La Haye werden derartige Zünder nicht verwendet.

Ein Mann aus Gent, welcher sich bei Tits an dem Abend befand, an dem der Russe eine vom ihm hergestellte Kapsel probirt hatte, erklärt, daß Leblanc und Arnold diesem Experiment nicht beigewohnt haben.

Der Vertheidiger Leblanc's konstatirt, daß dies der dritte Fall ist, in dem der Anklage Irthümer nachgewiesen sind. Der Cafetier Tits, bei dem der Russe gewohnt hat, giebt noch eine Reihe von Auskünften über die Persönlichkeit des Russen, die ohne weiteres Interesse sind.

Schluß 7 1/2 Uhr abends.

## Soziale Uebersicht.

**Der evangelisch-soziale Kursus** fand vom 13.—15. d. M. in Ebersfeld statt. Anwesend waren 210 Theilnehmer, worunter nur 17 Arbeiter. Dagegen waren vertreten: 74 Pfarrrer, Hilfsprediger, Vikare, Kandidaten, 12 Gymnasial-Direktoren und Lehrer, 9 Beamte, 21 Fabrikbesitzer, Kaufleute, Ingenieure, 45 Handwerker, außerdem Männer der inneren Mission, Buchhändler, Apotheker, Rentner, Redakteure. — Auf die gepflogenen Verhandlungen werden wir noch zurückkommen.

**Die Einnahmen der Krankenkassen**, die erst bis zum Jahre 1892 bekannt sind, betragen bis dahin insgesamt 558 847 686 M. Legt man nur die mäßige Steigerung zwischen 1891 und 1892 den Schätzungen zu Grunde, so wird man wohl annehmen dürfen, daß die Einnahmen der Krankenkassen in 1893 mindestens 128 Mill. Mark und in 1894 mindestens 133 Mill. Mark umfassen, so daß also 822 Millionen Mark für die sieben Jahre 1888—1894 in Ansatz zu bringen wären. Davon entfällt etwa ein Drittel auf die Arbeitgeber, also 274 Millionen Mark oder durchschnittlich 44 250 000 M. das Jahr.

**Die Invaliditäts- und Alters-Versicherung** ist seit 1891 in Kraft. Ihre Einnahme umfachte in den Jahren 1891—1893 254 Mill. Mark, in 1893 allein rund 89,9 Mill. Mark; man wird also die für 1894 wohl auf 90 Millionen Mark veranschlagen dürfen, so daß in den vier Jahren 1891—94 etwa 345 Millionen Mark vereinnahmt worden sein dürften. Davon zahlen die Arbeiter die Hälfte, so daß 172 500 000 M. den Arbeitgebern zur Last fallen.

Die bisherige gelbliche Wirkung der drei Arbeiter-Versicherungsgesetze stellt sich also etwa wie folgt dar:

Anfall-Versicherung	828 Millionen Mark.
Kranken-	822 „ „
Invaliditäts-	345 „ „

Zusammen 1495 Millionen Mark.

**Vom Weberelend.** Wir theilten kürzlich mit, daß, um der Arbeitslosigkeit, die in den Webergebenden von Waldenburg und Landskron i. Schl. herrscht, etwas entgegen zu arbeiten, die Militärverwaltung große Bestellungen von Handröhren und Bettlaken im Gesamtwerte von 120 000 M. angeordnet hat. Erstückerweise hat man auch einige arbeiterwürdige Bedingungen an die Vergabung der Arbeiten geknüpft, z. B. Auswahl derjenigen Fabrikanten, deren Preisforderung dem Durchschnitt entspricht, und welche die höchsten

Weberlöhne zahlen; Kontrolle darüber, daß bei den Lieferungs-aufträgen auch thätig und ungeschult Handwerker in dem der Lieferung entsprechenden Umfange beschäftigt werden; Erleichterung bei der Abnahme der Fabrikate, indem über Schönheitsfehler im Gewebe hinweggesehen wird. Weiter wird mitgetheilt: Um den in kleinen häuslichen Betrieben sich mit P l ü s c h w e b e r e i beschäftigenden Einwohnern des Gleudens Zinna, welche infolge Ausbleibens von Aufträgen schon seit längerer Zeit ohne Verdienst und deshalb in Noth gerathen sind, Gelegenheit zu lohnender Beschäftigung zu verschaffen, hat der Landwirtschafts-Minister die Veranstaltung umfangreicher Belege zc. Arbeiten in der Oberförsterei Zinna angeordnet. Der kgl. Regierung zu Potsdam ist zur diesem Zwecke erhebliche Geldmittel zur Verfügung gestellt worden.

Ueber die Lage der Blüschweber wird uns mit bezug auf obige Noth noch folgendes geschrieben: Die Lage dieser Zinna'er wie auch der Weber von Berlin, Nowawes, Lüdowalde, Katticher, überhaupt ganz Schlesiens, ist wahrlich eine bejammernswerthe. Die Blüschweber, Krimmer und auch Stoffe werden in den meisten Fällen mit der Hand gearbeitet; da nun diese Waaren nicht so leicht zu weben sind und die Arbeitszeit im Sommer von 6—8 Uhr, so lange es hell ist, und im Winter von 8—9 oder 10 Uhr ist, so spottet es aller Menschlichkeit, wenn diese Leute 10—12 M. im Sommer und 8—10 M. im Winter in Berlin pro Woche verdienen. Für Katticher sind diese Verdienste noch zu hoch, daselbst variiren die Löhne zwischen 5—8 M. pro Woche. Nun kommt hinzu, daß die Frau voll und ganz mit Spulen u. s. w. beschäftigt ist. Diesen Hungerlohn verdienen also zwei Leute bei angestrengtester Thätigkeit. Ferner benötigen sie für ihre Stühle einen größeren Raum und müssen daher eine dementsprechend größere und theuerere Wohnung nehmen. Nun dauert die eigentliche volle Beschäftigung nur von frischem Mai bis September, während der anderen Monate ist die Beschäftigung eine, bisweilen monatelang, unterbrochene. Wie diese tausende von Webern von diesen Löhnen immer noch leben können, ist räthselhaft, und ist nur zu erklären, daß sie es weiter gebracht haben, wie mancher bekannte bedeutende Hungerkünstler. Man sehe aber auch die ausgezehrt, hochwagigen, bleichen Gestalten und deren verkrüppelte Kinder an, um die Folgen dieser Hungerlöhne zu verstehen. Da ist es auch begreiflich, daß sämtliche Geschäfte darniederliegen, da diese Arbeiter im Verein mit den 100 000 von Arbeitslosen absolut keine Kaufkraft besitzen, sondern sich nur mit Mühe und Noth das Leben fristen können. Infolge des schlechten Lebens sind sie geistig darnieder gedrückt, stumpfsinnig geworden und unfähig sich zu organisiren, so, daß sie fortgesetzt von den Fabrikanten (Millionären) sich weiter und weiter drücken und ausbeuten lassen, bis eines Tages der Hungertopfus ausbricht, oder aber sie, ihr Leben nicht achtend, zu anderen Mitteln greifen.

**Immer nobel!** Die Gardinenfabrik Blauen, Aktiengesellschaft, erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von 251 497 M. Davon entfallen auf Zantienen und Gratifikationen 35 188 M., in die Taschen der Herren Aktionäre fließen 195 600 M. in Gestalt einer Dividende von 14 pCt. gegen 12 pCt. im Vorjahre. Dem Arbeiterfonds wurden — tausend Mark überwiesen!

**Auch ein Zeichen der Zeit.** Im vergangenen Jahre sind in Magdeburg an rückständigen Steuernzahlern nicht weniger als 46 194 zu verzeichnen, die mit einem Mahnzettel bedrückt wurden. Im Durchschnitt pro Quartal sind das 11 549 ausgegebene Mahnzettel. Von den Exekutionen sind 289 mit und 5097 ohne Erfolg gewesen.

Ein „vaterländischer Arbeiterverein“ ist in Altenburg gegründet worden. Die Gründer waren eine Erzelenz, ein Bauunternehmer, höhere Beamte zc. In den Vorstand wurden auch Arbeitgeber gewählt. Es traten im ganzen 120 Personen bei. Der Verein soll den sozialen Frieden wieder herstellen, die Vaterlandsliebe, die Treue zu Kaiser und Reich, Herzog und Land pflegen, und was der schönen Dinge mehr sind. — Nun, wohl bekomm's!

## Depeschen.

### Wolff's Telegraphen-Bureau.

**Hamburg, 21. Januar.** Der verhaftete Prokurist der „Dynamit-Aktiengesellschaft“ vorm. Alfred Nobel u. Co., Karl Jander, welcher 24 Jahre bei der Gesellschaft angestellt war, unterlag nach Mittheilung der „Hamburgischen Börse“ 750 000 M. Ob die Gesellschaft den Verlust zu tragen hat oder ob derselbe wegen Fälschung der Unterschrift von Mitprokuristen, die vorzuliegen scheint, auch auf Dritte entfällt, wird die angestellte Untersuchung ergeben müssen. Der Vorstand und der Aufsichtsrath haben beschloffen, bei der Generalversammlung zu beantragen, den Betrag aus der vorhandenen reichen besonderen Reserve zu entnehmen, so daß eine Schmälerung der Dividende für das verfloffene Geschäftsjahr vermieden wird.

**Breslau, 21. Januar.** Der Landtags-Abgeordnete Brauner, Gutsbesitzer in Wilkau, Kreis Namslau, ist heute plötzlich gestorben.

**Wentzen, 21. Januar.** In Tworog, Amtgericht Tarnowich, erschoss ein Kadetbrieffeld verfolgter Wildbied bei seiner Verhaftung einen Gendarmen und einen Jäger. Der Mörder entflo.

**Thorn, 21. Januar.** Die Weichsel steigt seit einigen Tagen. Aus Polen wird rasches Steigen und starker Eisgang gemeldet.

**Wien, 21. Januar.** Heute Nachmittag fand eine von etwa 1200 Arbeitslosen besuchte Versammlung statt, welche durch das Eingreifen von sogenannten unabhängigen Sozialisten einen sehr stürmischen Verlauf nahm. Nach Schluß der Versammlung zerstreuten sich die Theilnehmer, ohne Anordnungen zu verurtheilen.

**Paris, 21. Januar.** Bourgeois begab sich nachmittags 5 1/2 Uhr wieder in das Elisee und legte den Auftrag, das neue Kabinett zu bilden, in die Hände des Präsidenten zurück.

**London, 21. Januar.** Die „Daily News“ melden aus Konstantinopel: Der Direktor der hiesigen britischen Postverwaltung, Cobb, ist gestern durch die türkischen Behörden verhaftet worden. Der Grund dieser Maßnahme ist nicht bekannt.

**New-York, 20. Januar.** Gestern Abend erhielt die Miliz Befehl, die bei den Bagendepots der Tramways in Brooklyn angesammelte Menge zu vertreiben. Diese war mit Steinen und anderen Gegenständen, so daß die Miliz mehrere Male zum scharfen Angriff vorgehen mußte. Es regnete Geschosse von den Dächern und von den Bögen der Hochbahn. Mehrere Mann von der Miliz und eine Anzahl Reuterer wurden verwundet. Die Cafés sind geschlossen. Die Depots werden militärisch bewacht. Telegraphen- und Telephondrähte sind abgeschnitten und bilden eine Gefahr für die Fußgänger. Heute verkehren nur wenige Omnibusse.

Heute Nachmittag fand eine Zusammenkunft zwischen den Vertretern der Omnibus- und Tramway-Gesellschaften in Brooklyn und ihrer Angestellten statt. Eine Einigung kam nicht zu Stande. Die Unruhen dauern fort.

**New-York, 21. Januar.** Die Lage im Tramway-Ausland wird enfter. Ein Kuruf des Mayors von Brooklyn verbietet unnöthige Straßensammlungen. Es sind nunmehr 7000 Mann Miliztruppen zu den Waffen einberufen.

### (Telegraphen-Bureau Herold.)

**Wien, 21. Januar.** Der Pensioner Hauptmann Leopold Schmid ist aus seinem Garnisonort Przemysl nach Unter-schlagung eines bedeutenden Betrages aus der Militärkasse geflüchtet.

**Rom, 21. Januar.** Das Annoncenboot „Curtatone“ hat Befehl erhalten, sofort nach dem rothen Meere abzugehen.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom 21. Januar 1895, 11 Uhr.

Am Ministertische: Miquel, v. Hammerstein, Thielen, Hoffe, v. Verlepsh, Schönstedt.

Eingegangen sind die Uebersicht der von der Staatsregierung gefassten Entschliessungen auf Anträge und Resolutionen des Hauses der Abgeordneten aus der Session 1894, die Verhandlungen des Landes-Eisenbahnraths und ein Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung einer Generalkommission für die Provinz Ostpreußen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Staats-Haushaltsetats für 1895/96. Vom Minister Thielen ist ein Schreiben an den Präsidenten gelangt, in welchem dieser ersucht wird, mit Rücksicht auf die am 1. April innerhalb der Eisenbahnverwaltung zur Durchführung gelangende Neuorganisation, deren ins Leben treten auf keinen Fall hinausgeschoben werden dürfte, darauf hinzuwirken, daß der Etat, insbesondere der Eisenbahn-Etat mit möglichster Beschleunigung durchberathen werde. Eine gleiche Bitte sei auch an den Vorsitzenden der Budgetkommission gerichtet worden.

Minister Thielen: Ich danke dem Herrn Präsidenten verbindlichst, daß er meine Bitte zur Kenntnissnahme des Hauses gebracht hat. Für diese etwas ungewöhnliche Bitte hoffe ich bei Ihnen Entschuldigung und auch Verständnis mit Rücksicht auf die Nothlage zu finden, in der sich die Eisenbahnverwaltung befindet. Alle Vorbereitungen sind getroffen, haben getroffen werden müssen für die Inbetriebsetzung der neuen Organisation am 1. April. Sollte dieser Termin nicht eingehalten werden können, so werden sich unabsehbare Verwirrungen, eine große fruchtlose Mehrarbeit und sehr erhebliche Kosten daraus ergeben, abgesehen von den Eingriffen der nachtheiligen Art auf die Persönlichkeiten derjenigen Beamten, die von der neuen Organisation berührt werden. Ich gestatte mir, zu den Ausführungen des Ministers Miquel bezüglich des formalen Theils des Etats noch einige Erläuterungen hinzuzufügen. Die Veränderungen des Eisenbahnetats umfassen drei Gruppen. Die erste Gruppe umfaßt die Änderungen, welche eine notwendige, mechanische Folge der anderweitigen Organisation der Eisenbahnverwaltung sind, als die Änderungen, die sich durch die äußere Gestaltung der Eisenbahnverwaltung ergeben. Der zweite Theil der Veränderungen betrifft die innere Umgestaltung des Rechnungs-, Kassen- und Etatswesens der Eisenbahnverwaltung. Ich hoffe, daß uns das Werk gelungen ist, ohne große Nachteile nach anderer Richtung zu ergeben. Die dritte Gruppe von Veränderungen ist durch Anregung aus dem Hause und aus der Budgetkommission hervorgerufen, deren Berechtigung wir vollständig anerkennen müssen. Dabei ist erstens das Bruttoprinzip für die Durchführung gekommen, zweitens sind die Nebenrechnungen beseitigt. Endlich sind eine Reihe Anregungen berücksichtigt, um die Verwaltung einfacher zu gestalten. Lediglich aus statistischen Rücksichten ist die Hauptverwaltung und Betriebsverwaltung in drei Theile zerlegt worden: A, allgemeine Verwaltung, B, Bauverwaltung, C, Betriebsverwaltung. Ich bin fest davon überzeugt, daß eine ersprießliche Verwaltung der Eisenbahn nur dann geschaffen werden kann, wenn die Verwaltung eine volle Uebersichtlichkeit über alles, was sie thut und läßt, giebt. Nach dieser Richtung hin prägt sich die Neuorganisation der inneren Verwaltungsorgane aus; nach dieser Richtung hin ist auch das neue Etatschema aufgestellt.

Hg. Richter (Dr. Sp.): Der Finanzminister hat es für zweckmäßig gehalten, sich besonders dagegen zu verwahren, daß bei der Steuerreform der Fiskus ein gutes Geschäft gemacht hat. Der Fiskus soll eine Million mehr ausgeben als er empfängt. Dabei hat der Finanzminister außer Betracht gelassen, daß der Fiskus schon vor Beginn der Steuerreform für die Gemeinden 3 X 40 Millionen Mark, also 120 Millionen Mark aus der Einkommensteuer im voraus bekommen hat. Ferner hat er außer acht gelassen, daß die Rückerstattung der Grundsteuer-Entschädigung ein Kapital von 20 Millionen Mark dem Fiskus zuwendet. Er hat auch den Gewinn des Staates aus der Aufhebung der lex Huene nur mit 34 Millionen Mark bemisst, während dieses Mal ein Betrag von 40 Millionen Mark daraus fließen wird und auch künftig ein höherer Betrag als 34 Millionen sich ergeben wird. Die Hauptfrage ist die: Die Gemeinden haben die Grundsteuer überwiegen erhalten, eine stagnierende Steuer, und die Grundsteuer, welche nur in größeren Perioden eine Erhöhung erfährt; auf der anderen Seite hat der Staat in der neuen Einkommen- und Vermögenssteuer direkte Steuerformen erhalten, welche im Laufe der Zeit sich von selbst erhöhen, sobald normale Verhältnisse erreicht sind.

Der Finanzminister hat einen besonderen Blick geworfen auf die am 1. April 1895 in Kraft tretende Kommunalsteuer-Reform. Ich theile die Besorgnis des Finanzministers, daß der Hauptgedanke, die kommunalen Finanzen auf die Realsteuern zu blicken, nicht in Erfüllung gehen wird. Da die Grund- und Hausbesitzer die Mehrheit in den Gemeindevertretungen haben, dort man sich nicht wundern, wenn die Mehrheiten darauf aus sind, mehr den Realbesitz zu entlasten, als den Grundgedanken der Steuerreform zur Durchführung zu bringen. Diese Erscheinung tritt nicht bloß bei den Städten, sondern auch bei den Landgemeinden hervor. Auch die nächsten Aussichtspunkte, die Bezirks- und Kreisanschüsse sind so zusammengesetzt, daß darin das Besizerinteresse stark vertreten ist. Das sucht man zu neutralisieren durch gehäufte Ministerretritte. Tögen habe ich nichts einzuwenden; aber man wird damit nicht mehr viel erreichen. Der Minister tröstet sich damit, daß man später etwas wird erreichen können. Aber wenn eine Steuerreform einmal eingetreten ist, dann ist es schwer, späterhin Korrekturen eintreten zu lassen. Die Staatssteuern sind den Gemeinden nicht in einer Form überwiegen, welche sie besonders zweckmäßig als Kommunalsteuern erscheinen läßt. Soviel Steuerweisheit findet sich in den Kommunalverwaltungen nicht, um besondere Steuerformen zu finden. In den Gemeinden scheint man angenommen zu haben, daß es sich hauptsächlich um die Ausbildung der indirekten Steuern handle. Die ganze Phantastie der Bürgermeister hat sich auf die Auffindung neuer Steuern geworfen. Die Gemeindesteuer-Reform hätte verbunden sein müssen mit anderen Reformen; man hätte die ungerechte Vertheilung der Armen- und Schullasten zwischen Landgemeinden und Gutsbezirken verbessern müssen (Widerspruch rechts); man hätte die Gehälter der Lehrerstellen regulieren müssen. Für ein Lehrerbefoldungs-Gesetz braucht man nicht erst auch neue Reichssteuern zu verwenden. Man hat die Lehrerbefoldung schon einmal als Vorwand benutzt. Seitdem sind im Reich über 400 Millionen Mark bewilligt, aber die Lehrer haben nichts davon bekommen. Daß die Gemeinden weniger Ansprüche an den Staat stellen müßten, ist auch meine Meinung. Aber ich finde, daß damit im Widerspruch steht die Unterstützung von Kleinbahnen aus Anleihegeldern. Das ist um so wunderbarer, als der Minister vor großen Anleihegeldern einen solchen Absehen bekundet hat. Die Unterstützung von Kleinbahnen ist die Aufgabe der nächsten Kommunalverbände. Die Kreise, welche so überfüllt sind (Heiterkeit rechts) mit Zuwendungen, die für die Schulen nicht

gethan haben, könnten für die Kleinbahnen sorgen, zumal sie im nächsten Jahre noch die Zuwendungen aus der lex Huene erhalten. Das Privatkapital leidet heutzutage nach solchen Unternehmungen, wenn dieselben nur leichter zu stande kommen könnten. Die Vergleichen, welche der Minister aufgestellt hat bezüglich der früheren und der jetzigen Einkommensteuer, durch welche eine Entlastung der unteren und mittleren Stufen nachgewiesen werden sollte, trifft nicht zu; denn wegen der schärferen Einschätzung befinden sich die Leute, die früher in den unteren und mittleren Stufen waren, in den mittleren und höheren Stufen, sonst hätten nicht 40 Millionen Mark mehr erzielt werden können.

Wir befinden uns nach dem Finanzminister im fünften Defizitjahre. Aber kann man deshalb von einer Erschütterung der Finanzen sprechen? 120 Millionen Mark sind in den letzten Jahren mehr auf gekommen, die Kapitalist sind und den ganzen Betrag des Defizits der letzten 4 Jahre decken. In den 4 Jahren sind ferner 160 Millionen Schulden getilgt und 120-140 Millionen sind zu gunsten des werdenden Staatsvermögens, für Eisenbahnbauten u. s. w. verwendet worden. Ein Privatmann, dessen Kassenverhältnisse sich so gestalten, würde auf dem besten Wege sein, wohlhabend zu werden und würde bei der Einkommensteuer sehr scharf herangezogen werden. Das laufende Jahr hat der Minister auch als Defizitjahr bezeichnet, obgleich es noch nicht feststeht, daß ein Defizit übrig bleiben wird. Die Defizits schmelzen ja jetzt zusammen wie Butter vor der Sonne. Das Defizit des laufenden Jahres ist ja schon von 40 auf 19 Millionen zusammen geschmolzen. Der Einbruch hat das Defizit um 8 Millionen Mark vermindert; aber das muß ich bestreiten, daß die Getreide-Einfuhr diesmal eine besonders große gewesen ist. Es liegen also keine besonderen Verhältnisse vor, die nicht später auch vorhanden sein werden. Preußens Verhältnis zum Reich soll sich um 44 Millionen verschlechtern haben; der Finanzminister hat dabei 1892/93 und 1893/94 verglichen; für 1894/95 ergibt sich nach dem Etat nur ein Unterschied von 24 Millionen Mark; aber dieser Unterschied ist durch die Ets-Gestaltung im Reichstage und durch die wirklichen Verhältnisse vollständig verschwunden. Die Änderungen, die der Reichstag in den Etatsanschlägen vorgenommen hat, haben dem Finanzminister allerdings nicht gefallen; aber sie haben sich als vollständig berechtigt erwiesen. Für 1895/96 ist in den Entwürfen des Etats allerdings ein Plus an Matrivalbeiträgen von 20 Millionen Mark vorhanden. Aber es wird dem Reichstag wohl gelingen, eine Bilanzierung herzustellen, denn der jetzige Etatsentwurf im Reichstag ist nämlich aufgebaut, weil man die einmaligen Ausgaben, welche aus laufenden Mitteln gedeckt werden sollen, plötzlich um 20 Millionen erhöht hat. Das Defizit würde ganz verschwinden, wenn der Minister nicht den neuen Grundsatz durchgeführt hätte, daß die Betriebsmittel der Eisenbahn nicht durch Anleihen, sondern aus den laufenden Mitteln beschafft werden. Die Eisenbahnverwaltung soll allerdings ihre Erneuerung aus laufenden Mitteln bestreiten, aber sie soll nicht auf Kosten der Steuerzahler das in den Eisenbahnen angelegte Vermögen steigern.

Der Finanzminister hat allerdings eine schwere Stellung gegenüber den Sonderinteressen. Ich sehe, daß die Dreistigkeit, Rücksichtslosigkeit und Begehrlichkeit, mit der sich die Sonderinteressen geltend machen, immer gefährlicher wird; der Sinn für das Gemeinwohl tritt immer mehr zurück; darin liegt die Gefahr der Zukunft. Die Regierung hat aber dazu mitgewirkt; es gehört seit Ende der 70er Jahre zur Regierungspolitik, solche Sonderinteressen nachzuspüren, zu begen und zu pflegen. Man glaubte mit Interessenvertretung leichter fertig werden zu können als mit politischen Parteien. Die Schutzöllerei, die Jünsterei, die Sozialdemokratie mit ihrer Vertretung einseitiger Arbeiterinteressen, die Agrarier, der Bund der Landwirthe u. s. w. (Heiterkeit.) Jeder sucht die Staatsgewalt und die Mittel des Staates für sich dienstbar zu machen und die Agrarier sind gegenwärtig die schlimmsten. (Große Heiterkeit rechts.) Wenn es nach Ihnen ginge, würde die Presse staatlich sequestert, die Produktion kontingentirt, es würde der sozialdemokratische Zukunftsstaat im Interesse der Besitzenden durchgeführt werden. (Lachen rechts.) Diese breite Begehrlichkeit ist der Nährboden, auf dem die Sozialdemokratie gedeiht. Ehe diesen Bestrebungen der Boden nicht abgegraben wird, helfen keine gesetzlichen Maßregeln zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Die Ausgaben für die Gemeindepolizei sind um 50 pCt. erhöht worden. Das ist die erste Maßnahme des neuen Ministers des Innern; oder hat er diese Maßregel übernommen?

Richter befragt hierauf die Veränderungen im Ministerium und die eigentümliche Art der Ministerwechsel in Preußen. Unsere gegenwärtigen Zustände, so fährt Redner fort, erinnern zu sehr an die Zeit unter König Friedrich Wilhelm IV. Es ist in den oberen Regionen von der Bekämpfung des Umsturzes die Rede; man hat damit begonnen, die Minister selbst umzustürzen und die neuen Herren haben den Kampf äußerst ungeschickt fortgesetzt, so daß die Sozialdemokraten, welche sich in besserer Zwitterart (!!) Red. d. „Vorw.“) befanden, sich schleunigst wieder vereinigen. Man sollte die Ordnung in oberen Regionen sichern, ohne die ein modernes Staatswesen nicht bestehen kann. Sonst wird die Autorität bald weiter sinken, nicht bloß im Volke, sondern auch in den Kreisen der eigenen Beamten und bei allen denen, welche sich frei von Byzantismus einen weiten Blick für die Kritik der Zustände und ein warmes Herz für das Wohl des Staates bewahrt haben. (Beifall links.)

Hg. von Jellish (fr.): Es bestand ein Mißstand darin, daß das preussische Ministerpräsidium vom Reichsfinanzrat getrennt war. Das ist beseitigt worden. Wenn von einer Fiskalpolitik gesprochen wird, so kann man das nicht auf die Reichspolitik beziehen. Man hat in der demokratischen Presse die Fiskalpolitik als eine Wendung nach links dargestellt, während es sich nur um eine Epifode handelte; es wurde von der Reichsregierung festgehalten an dem Schatz der nationalen Arbeit und nach dieser Episode, nach dieser Abweichung vom richtigen Kurse, wird der alte Kurs wieder fortgesetzt. Die Agrarier zehren nicht am Mark des Staates. Ein gesunder Mittelstand bildet das feste Bollwerk gegenüber der Sozialdemokratie. Eine Proletarisierung des Mittelstandes würde die Gefahr der Sozialdemokratie vergrößern. Redner bringt seine auf die Zuckerbesteuerung bezüglichen Wünsche und fährt dann fort: Die Gemeinden sind nicht in der Lage, jetzt mehr zu leisten als früher. Der Staat muß helfen, dazu fehlt es aber an Mitteln, so lange das Reich nicht selbst für seine eigenen Ausgaben sorgt. Vielleicht wird bei der Revision der Stempelsteuer ein kleiner Mehrertrag erzielt. Bei den Ausgaben sind für die Förderung gewerblicher Schulen und für die Förderung der Landwirtschaft kleine Vermehrungen eingetreten. Aber wenn ich den ganzen Etat durchsehe, so finde ich, daß, wie in früheren Jahren, zu Abstrichen kaum eine Gelegenheit zu finden sein wird, im Gegentheil, man wird auf Mehrausgaben drängen, und man wird dazu kommen müssen, wenn wir nicht bei der Förderung der Kultur Ausgaben zurückbleiben sollen. Was bleibt denn übrig? Wenn wir nicht wieder neue Schulden machen wollen, müssen wir die eigenen Einnahmen Preußens vermehren, wenn das Reich nicht für die Einzelstaaten sorgt. Ich habe bedauert, daß von der Förderung eines festen Reichszuschusses an die Bundesstaaten

abgesehen worden ist. Die Ueberweisungen an die Einzelstaaten bilden die Voraussetzung der Bewilligung der indirekten Steuern des Jahres 1879 und auch der Bewilligung der Brauntweinsteuer. Die Ueberweisungen haben zur Aushebung der unteren Stufen der Klassensteuer und zur Uebernahme von Schullasten auf den Staat geführt. Gewährt das Reich keine Mittel mehr, so liegt die Frage nahe, ob wir die Freilassung der Einkommen unter 900 M. noch aufrecht erhalten können. (Sehr richtig! bei den Freikonservativen.) Dann werden die unteren Klassen an ihrem Leibe fühlen, ob sich die Lasten leichter tragen, als direkte Steuern oder als Zugabesteuern — denn das ist doch die Tabaksteuer im Grunde genommen. (Sehr richtig! rechts.) Die besitzenden Klassen sind durch die Einkommensteuer stärker herangezogen worden und mit Recht; denn sie haben durch ihr Wahlrecht einen größeren Einfluß auf dieses Haus, und wenn der Appell wieder an uns ergeht, das zu thun, was nothwendig ist, so werden wir es an uns nicht fehlen lassen. (Zustimmung rechts.)

Finanzminister Miquel: Ich habe schon oft meine Bewunderung darüber ausgesprochen, daß Männern wie Herr Richter, die sich so eingehend mit unserem Finanzwesen beschäftigen, immer wieder dieselben Mißverständnisse begehen. Diese 40 Millionen, von denen Herr Richter sprach, sind dem Fiskus nicht zu gute gekommen, auch nicht, so lange sie thesaurirt wurden, sondern sie lagen verschlossen in einem Schrank und der Finanzminister konnte an diese 40 Millionen nicht herankommen. Ueber die Zinsen aus dreimal 40 Millionen ist disponirt zu Lasten der Staatskasse und zu gunsten der Schule. Auf die lex Huene hatten wir bei der Bilanz im Jahre 1891 nur 24 Millionen gerechnet, und die Bilanz bei der Steuerreform konnte nur einigermaßen hergestellt werden, dadurch, daß wir jetzt in diesen Etat 34 Millionen eingestellt haben. Wenn wir den Durchschnitt des Einkommens aus der lex Huene berechnen, so kommen wir noch lange nicht auf 34 Millionen. Herr Richter sagt, der Staat hat sich jetzt steigende Steuerquellen geschaffen, während die abgegebenen Steuerquellen dagegen völlig todt liegen; bei der Grundsteuer ist das richtig, bei der Gewerbesteuer und Gebäudesteuer ist das gerade Gegenteil der Fall. Steuern auf die Brutto-Einnahme sind viel schwerer zu legen als auf den Nettogewinn. Die Gebäudesteuer ist viel schneller gestiegen als die Einkommensteuer, und dasselbe würde mit der Gewerbesteuer der Fall sein nach der neuen Grundloge, die man ihr gegeben hat. Bei meiner ganzen Rechnung sind aber die 6 Millionen aus der Revision der Gebäudesteuer überhaupt noch nicht berechnet. Schläge man diese hinzu, so würde das Facit für den Staat noch viel ungünstiger werden. In bezug auf die Entlastung hat Herr Richter meine Zahlen nicht bestritten können.

Daß im Uebergangsjahr nicht alles glatt ablaufen konnte, liegt auf der Hand. Nach 5, 6 Jahren wird sich das Kommunalsteuerwesen dem Prinzip des Kommunalabgaben-Gesetzes schon mehr angegeschlossen haben als jetzt. Allerdings hindern die Interessengegenstände, namentlich die, welche das Verhältnis der Realsteuern zu den Personalsteuern noch vielfach betreffen.

Es ist eine ganz neue Richtung in das Kommunalsteuerwesen gekommen. Die Anschauung über die Gerechtigkeit der Vertheilung der Kommunalsteuern bringt durch, wir haben ganze Regierungsbezirke, in denen man mit der Neuordnung schon sehr zufrieden ist.

Herr Richter schildert die Finanzlage glänzend, weil wir in den letzten Jahren 100 Millionen Schulden getilgt haben. Seit 1880 haben wir noch nicht einmal 1/2 pCt. Schulden ohne zu wachsenden Zinsen getilgt, und unsere Schuld beträgt heute sechs Milliarden. Unsere Betriebsverwaltungen verfahren mit voller Vorsicht und Solidität. Wir haben die neun Millionen für neue Betriebsmittel auf alten Bahnen nicht in den Etat eingestellt, um das Defizit zu vergrößern, sondern weil das hohe Haus selbst es verlangt hat. Kommt uns das Reich nicht zu Hilfe, dann können wir, allerdings mit schweren Opfern, das Gleichgewicht wieder herstellen. Herr Richter hat im Reichstag das Verhältnis falsch dargestellt; es kommt nicht auf die augenblickliche Bilanzierung des Reichsetats an. Es ist leichter eine Finanzverrettung entstehen zu lassen, als sie zu beseitigen. Thun wir jetzt nicht das Nothwendige, in 5 bis 6 Jahren wird es vielleicht gar nicht mehr möglich sein. Richter sprach davon, daß Mehreinnahmen aus einer Reform der Eisenbahntarife zu erzielen sein würden. Ich wäre der erste, der eine Einnahmevermehrung akzeptiren würde, aber die Reform würde uns Verluste von 20-30 Millionen bringen. (Widerspruch links.) Die Beamten wenden sich an die Regierung, aber mit Unrecht, denn andere verschulden, daß man ihren Ansprüchen nicht gerecht wird. (Zuruf des Hg. Richter: 40 Millionen Liebesgabe!)

Hg. Sattler (mt.): Der Etat im ganzen ist durchaus klar und entspricht den Anforderungen, welche das Haus stellen muß, um sein verfassungsmäßiges Recht ausüben zu können. Wenn eine solche Vereinfachung beim Etat der Eisenbahnverwaltung durchgeführt ist, warum gelingt es dem Finanzminister nicht, mit den anderen Ressorts sich zu einigen über ein Stabilitätsgesetz? Die andern Ressorts wollen, das ist ein offenes Geheimnis, von einem solchen Gesetz nichts wissen, weil sie dadurch in der Verwaltung ihrer Nebenposten beeinträchtigt werden. Von der Neuorganisation der Bauverwaltung ist auch seit Jahren die Rede, ohne daß etwas geschehen wäre. Der Finanzminister hat die Vermehrung der Ausgaben für das gewerbliche Schulwesen hervorgehoben; wir haben ihm Beifall gespendet, der Beifall wäre aber vielleicht schwächer gewesen, wenn er die Zahlen richtig angegeben hätte. Denn die Verstaatlichung der Baugewerkschulen hat dem Staat eigentlich gar keinen Groschen gekostet, weil entsprechend der Steigerung der Ausgaben auch eine Steigerung der Einnahmen erfolgt ist. Beim Bergwerks- und bei den Stempelabgaben hat sich eine Verminderung der Einnahmen herausgestellt, lediglich der Frachtverkehr der Eisenbahn hat sich geboden. Da müssen wir die Frage aufwerfen, was thut die Regierung, um die wirtschaftliche Lage des Landes zu heben? Redner empfiehlt nach dem Ruf der Umsiedlungskommission die Sehaftmachung der Arbeiter und die Förderung der Verkehrsanlagen. Durch die Verstaatlichung der Eisenbahnen hat der Staat die ganze Privatthätigkeit auf dem Gebiete des Verkehrswesens lahm gelegt; deshalb sollte er die schlechten Zeiten gerade benutzen, um mit dem Bau von Bahnen und Kanälen vorzugehen. Ebenso muß ich im Namen meiner Freunde nach dem Schicksal des Lehrerbefoldungs-Gesetzes fragen. Zwischen der Eisenbahn und der Finanzverwaltung muß ein Vertrag geschlossen werden, daß dem Staat ein Unternehmensgewinn von 2 pCt. etwa zufließt; was darüber ist, soll zu Tarifreformen, Abschreibungen u. s. w. verwendet werden. Aber es muß endlich einmal ein Schritt gemacht werden, wie man dem Reiche gegenüber einen solchen Schritt machen will, daß das Reich niemals mehr Multilateralbeiträge erbebt, als die Ueberweisungen ausmachen, denn sonst kommen wir aus den schwankenden Finanzverhältnissen nicht heraus. Es wird ja vielleicht möglich sein, den Reichsetat zu balanciren. Aber wird das im nächsten Jahre auch der Fall sein? Wenn man den Umsturzbefrebungen gegenüber etwas braucht, so ist es die Autorität der Regierung.

Vizepräsident des Staatsministeriums v. Wittlicher: Die Vorschläge über die Befegung der erledigten Ministerposten

haben der Beratung des preussischen Staatsministeriums unterlegen. Herr Richter meinte ferner, dass auch bei der Verabschiedung des Ministerpräsidenten und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten eine Zuziehung des preussischen Staatsministeriums nicht stattgefunden habe. Ich kann mir denken, dass unter Umständen, namentlich in Fällen tiefergehender politischer Zerwürfisse innerhalb des Kollegiums des Staatsministeriums, es sehr nützlich sei, wenn über den Abgang von Ministern das Staatsministerium in Beratung tritt, wenn aber, wie im vorliegenden Fall, die beteiligten Personen selbst die Entlassung aus ihren Aemtern nachsuchen und wenn der König, der nach der Verfassung allein berechtigt ist, die Minister zu berufen und zu ernennen, geneigt ist, diesen Entlassungsgesuchen stattzugeben, wenn also ein vollkommenes Einverständnis zwischen der Krone und den beteiligten Ministern besteht, so ist mir nicht klar, was eine Beratung des Staatsministeriums über solche Entlassungsgesuche für einen Zweck hat. Der Abg. Richter meint weiter, die Art, wie die neuen Minister in das Kollegium eingetreten seien, gebe keine Gewähr für die Solidität und das Einverständnis über die einzuschlagende Politik innerhalb des Staatsministeriums. Bei der Berufung der neuen Minister hat eine Aussprache zwischen dem Kollegium des Staatsministeriums und den neuen in Aussicht genommenen Kandidaten vorher nicht stattgefunden, allein jeder einzelne von den Herren, die eingetreten sind, hat sich mit dem Ministerpräsidenten über die einzuschlagende Politik verständigt und seine Annahme des Postens nicht eher erklärt, als bis er sich überzeugt hatte, dass er diese Politik von ganzem Herzen und aus voller Ueberzeugung mitmachen könnte. Es ist also nicht der mindeste Anlass für die Behauptung vorhanden, dass ein Konglomerat politisch heterogener Elemente im Ministerium vorhanden sei, sondern ich kann versichern, dass wir alle über die einzuschlagende Politik einig sind.

Abg. Richter sprach auch von den Krisengerüchten in der Presse in der letzten Zeit. Ich war selbst durch diese Krisengerüchte überrascht, denn nichts hätte mich auf den Gedanken bringen können, dass Se. Majestät beabsichtige, meinen Posten in andere Hände zu legen. Wenn das der Fall wäre, würde ich das ruhig hingenommen haben und ich kann nur wünschen, dass auch alle übrigen, Beteiligten und Unbeteiligten, sich lediglich an Artikel 45 der Verfassung halten. Es ist das Recht des Königs, die Minister zu ernennen und zu entlassen, und wir haben alle die Pflicht, namentlich, so lange die Ansicht der Krone zu berechtigten Ausstellungen keinen Anlass bietet, uns dabei zu beruhigen.

Abg. Graf Limburg-Silrum (L): Der beste Beweis für die Nothlage der Landwirtschaft sind die Nachträge bei der Domainverwaltung. Im großen und ganzen hat der Staat bei der Steuerreform sein Geschäft gemacht, sondern eher einen Nachtheil erlitten; denn er hat feste, sichere Steuern aufgegeben und dafür die unsicheren Ertragnisse der Zölle und der Einkommensteuer und die festbegrenzte Vermögenssteuer eingetauscht. Die Methode der Veranlagung der Ertragsteuer war nicht die richtige. Wir haben ein Interesse daran, dass die Verwaltung nicht getrennt wird von den Landrathämtern. Die Frage der Eisenbahnverwaltung gehört vor die Budgetkommission. Wir wollen die Eisenbahnen nicht schädigen durch die Konkurrenz der Kanäle. Die Verstärkung des Ordinariats der landwirthschaftlichen Verwaltung hat uns mit Verdrüssung erfüllt, aber damit ist noch lange nicht soviel geschehen, wie für Handel und Industrie; eine außerordentliche Leistung liegt also nicht vor. Unter meinen politischen Freunden besteht ein großes Mißbehagen über die großen Dispositionsfonds des Kultusministeriums und über die Art der Verwaltung derselben. Wir wünschen, dass die Lehrer auskömmlich besoldet werden im Verhältnis zu den ihnen gleichgehenden Beamten, aber man soll den Gemeinden gegenüber nicht schablonenmäßig verfahren. Ich bedauere trotzdem, dass man davon abgesehen hat, Mehrzuweisungen von Reichs zu verlangen. Die Mehrtheil des Reichstages ist dagegen. Wir haben gegen die Verschleierung des Reichs im Reichstage vergeblich angekämpft. Es fehlen die Mittel für wissenschaftliche Kulturbedürfnisse, das wir uns nicht mit einer solchen ärmlichen Finanzgebährung begnügen können. Wenn der Reichstag in seiner ablehnenden Haltung beharrt, so wird im Volke das Gefühl entstehen, dass der Reichstag nicht ein Förderer, sondern ein Schwergewicht am Körper des Reiches ist. (Zuruf Richter's: Abschaffen!) Nicht abschaffen, aber dem Lande die Ueberzeugung beibringen, dass die jetzige Reichstagsmehrheit nicht im Dienste des Landes steht. (Beifall rechts.) Auf dem Gebiete der Taxen könnte schnell und prompt etwas für die Landwirtschaft geschehen. Wir wissen kein besseres Mittel als den Antrag des Grafen Kanitz. (Beifall rechts.) Wir stützen die Regierung gern, aber wir sehen es auch gern, dass die Regierung selbständig und kraftvoll dasicht und sich nicht hineinreden lässt. (Beifall rechts.)

Darauf wird die weitere Debatte um 4 Uhr bis Dienstag 11 Uhr vertagt.

## Tokales.

**Achtung, 4. Wahlkreis, Osten!** Die regelmäßige Versammlung des Stralauer Bezirks findet heute, Dienstag, Abend 8 Uhr in Reiter's Festsälen, Koppstr. 29, statt. Die Parteigenossen werden um zahlreiches Erscheinen ersucht.  
Der Vorstand.

## Freie Volkshühne.

Das Volkshauspiel „Rein Hühner“ von H. Jahnke und M. Schirmer, eine Bearbeitung des gleichnamigen Epos Fritz Reuters, ist bereits vor vier Jahren in der „Freien Volkshühne“ mit ganz außerordentlichem Erfolge gegeben worden. Später ist mehrfach und lebhaft von Mitgliedern des Vereins der Wunsch geäußert worden, das aberaus wirksame Stück zu wiederholen. Der Wunsch hat diesem Wunsch nach längerem Zaudern nachgegeben. „Rein Hühner“ ist im „Nationaltheater“ neu einstudirt und am Sonntag Nachmittag für die 1. Abtheilung aufgeführt worden.

Die sehr seit jener ersten Aufführung die Leidenschaftlichkeit, mit der sich die Mehrzahl der Mitglieder den von der Bühne her auf sie wirkenden Eindrücke überließ, einer ruhigeren Stimmung gewichen ist, das trat am Sonntag in recht interessanter Weise zu Tage. Damals entsetzte das Stück, vor allem die Katastrophe, einen Beifallssturm, der auch den ältesten Zuhörer mit fortreißen mußte. Die Neuaufführung hat solche Ausbrüche einer überschaumenden Empfindung nicht hervorgerufen. Aber ich glaube, es wäre ganz und gar falsch, daraus den Schluss ziehen zu wollen, das Stück habe inzwischen an Wirkung eingebüßt. Es hat die Zuhörer ganz gewiß nicht weniger gepackt und erschüttert als damals. Ich meine sogar, daß die Wirkung diesmal tiefer und nachhaltiger sein muß. Die größere Mäßigung und Besonnenheit, mit der die meisten von uns jetzt an das Stück herantreten, mindert vielleicht den Eindruck dieser oder jener äußerlich effektvollen Scene, aber sie ermöglicht dafür ein tieferes Eindringen in die Schönheiten und den Gehalt der Reuter'schen Dichtung.

Ich sage: der Reuter'schen Dichtung; denn die Verfasser des Schauspiel haben sich, vom Schluss abgesehen, so eng an Reuter angelehnt, daß nicht eigentlich von „freier Benutzung“, sondern stellenweise eher von einer mit der Schere ausgeführten „Bearbeitung“ für die Bühne gesprochen werden muß. Fast alles, was das Schauspiel an vorzügen Schönheiten und großen, packenden Gedanken enthält, ist auf diese Weise aus dem Epos herübergenommen worden. In vielen Stellen klingen die schlichten, tiefinnigen Verse des Originals fast unverändert in

**Achtung!** Den Vorstandmitgliedern, Abtheilungs- und Bezirksleitern des Wahlvereins 6. Reichstags-Wahlkreis zur Nachricht, daß die Besprechung über die Anträge des Vorstandes heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr im Lokal von Gröndel, Brunnenstraße, stattfindet.  
Der Vorstand.

**Achtung, Parteigenossen der Schönhäuser Vorstand!** Die bei Schneider, Belfortstraße, am 28. Dezember v. J. abgehaltene Volksversammlung wählte in der Zeitungs-Redaktions-Angelegenheit folgende Genossen in die Revisions- und Beschwerdelommission: Jul. Bräs, Potringerstraße 41, Aug. Knappe, Schönhöferstr. 5, Otto Schmidt, Schwedterstr. 22. Diese Kommission hat den Genossen Jul. Bräs zu ihrem Obmann bestimmt, und sind bei letzterem die Expedition betreffenden Beschwerden u. dgl. anzubringen.

**In der Vertretung, welche uns das Eisenbahn-Betriebsamt Stettin zum Abdruck in der Sonntagsnummer zugehelt hat, haben wir die folgende Vertretung zu bringen:**

Die Mittheilung des Eisenbahn-Betriebsamts Stettin, daß infolge der durch die Witterung bedingten Einschränkung der Bahnunterhaltungsarbeiten die Arbeiter abwechselnd aussetzen müssen, ist dahin zu korrigieren, daß diese Bestimmung bereits am 25. Oktober v. J. getroffen worden ist, ohne daß sie zu dieser Zeit mit der am 29. November erfolgten Kündigung in irgend welchem Zusammenhang getradet worden wäre. Als die Kündigung am 29. November erfolgte, wurde, soweit zu konstatieren war, auch keinem einzigen der Arbeiter ein Wort davon gesagt, daß nach Ablauf der Kündigungsfrist ihre Weiterbeschäftigung erfolgen solle. Vielmehr waren sämtliche Arbeiter, über die die harte Maßregel der Kündigung ausgesprochen war, untröstlich in der Sorge, was denn jetzt, zur Winterzeit, aus ihnen werden solle. Wenn später eine derartige Einrichtung getroffen wurde, so mag das zwar als löblich bezeichnet werden, aber bei der Kündigung verlaute, wie gesagt, nichts davon.

Das Königl. Eisenbahn-Betriebsamt Stettin ist übrigens im Irrthum, wenn es anführt, daß die Kündigung nur über 40 Arbeiter ausgesprochen wurde. Ganz richtig hat der „Vorwärts“ in dem erst nach Verlauf von fast sieben Wochen veröffentlichten Artikel vom 5. Dezember v. J. mitgeteilt, daß etwa 50 Mann die Arbeit gekündigt worden ist. Es erhielten am 29. November etwa 45 Streckenarbeiter, 2 Zimmerleute, 2 Schmiede und 1 Schlosser ihre Kündigung. Wichtig ist, wenn das Eisenbahn-Betriebsamt behauptet, daß die meisten der gekündigten eine Woche um die andere weiter arbeiten; von einer offiziellen Mittheilung in dieser Hinsicht ist diesen Arbeitern jedoch nichts bekannt, formell besteht für sie noch die Kündigung weiter. Wichtig ist auch wohl, daß die ausgeschiedenen Arbeiter nur einige Monate über ein Jahr im Eisenbahndienst thätig waren und daß diese ausgeschiedenen im Lebensalter von 25—42 Jahren liegen, sowie daß keine Invaliden bzw. bei dem Eisenbahndienst beschädigte Arbeiter sich unter den Ausscheidenden befinden.

Aber seltsam ist ja auch gar nicht im „Vorwärts“ behauptet worden, konnte gar nicht behauptet werden, da der betr. Artikel am 5. Dezember, also vor der am 9. Dezember fälligen Entlassung gebracht wurde und selbstverständlich nur von gekündigten handeln konnte. Und da ist das, was der „Vorwärts“ in seiner Nummer 283 vom vorigen Jahre schrieb, Wort für Wort aufrecht zu erhalten; und des besseren Verständnisses halber mögen die in betracht kommenden Ausführungen dieses Artikels daher wörtlich wiederholt werden:

„Unter den gekündigten“, so hieß es, „befinden sich auch Invaliden der Arbeit, Leute, die im Bahnbetrieb zu Schaden gekommen sind, und die nun mit ihren zerquetschten Gliedern schwerlich daran denken können, anderwärts Arbeit zu bekommen. Was ferner noch schwer ins Gewicht fällt, ist die Thatsache, daß unter diesen zur Entlassung kommenden Arbeitern manche graubärtige Leute im Alter bis zu 59 Jahren sind; etwa acht derselben mögen anfangs oder Mitte der fünfziger Jahre sein.“

Es wurden am 29. November von älteren Arbeitern gekündigt: Streckenarbeiter Sasse im Alter von 59 Jahren, welcher im Alter von ca. 54 Jahren, Zimmermann Glauer ebenfalls in den fünfzigern, Arbeiter Sydow im selben Alter, ferner die Streckenarbeiter Baumann, Kunert, Kautsch, Gerede. Die sämtlich so ziemlich als die ältesten Arbeiter im dortigen Betrieb gelten. Ferner erhielten am 29. November folgende Invaliden der Arbeit ihre Kündigung: Streckenarbeiter Bebr, der im Bahnbetrieb beim Bremslegen sich die Hand derart zerquetschte, daß er an ihrem ferneren freien Gebrauch verhindert ist, Zimmermann Richter, der sich gleichfalls im Betriebe beim Heben einen Bruch herangeholt hat; desgleichen hat der schon vorhin genannte Streckenarbeiter Kanitz bei den Arbeiten am Rollwagen einen Bruch davon getragen, dieser Arbeiter liegt zur Zeit noch krank daheim.

Zur Erhärtung der Mittheilung, daß die gekündigten bis zu 15 Jahren im Bahnbetriebe thätig waren, sei angeführt, daß der am 29. November gekündigte Arbeiter Nidel mindestens 15 Jahre bei der Bahn beschäftigt ist; ferner sind die an diesem Tage gekündigten Arbeiter Baumann und Gerede bislang etwa acht Jahre dort thätig. Daß diese älteren Arbeiter und die Invaliden der Arbeit unter den ihnen nach dem 9. Dezember dargebotenen ungünstigen Bedingungen bei der Bahn in Arbeit blieben — wen würde das Wunder nehmen? Wo sollten diese Leute hin, wer würde sie im Alter beschäftigen?

Schließlich sei noch auf einen Umstand hingewiesen, den das Eisenbahn-Betriebsamt Stettin zu seinen Gunsten anführt. Es heißt bekanntlich die Angelegenheit so dar, als ob „im

Reim und Maß an unser Ohr. Die Bearbeiter haben nicht einmal eigenes dramatisches Talent nöthig gehabt; auch im Aufbau der Handlung konnten sie sich in der Hauptsache an das von Reuter Gegebene anschließen. Daß sie ihre Aufgabe meist richtig erkannt und fast überall einen unverfälschten Reuter zu geben sich bemüht haben, das ist ihr eigentliches Verdienst. Leider haben sie es sich aber dadurch erheblich geschmälert, daß sie, nachdem sie dem Dichter ohne Scheu bis zur Katastrophe gefolgt waren, plötzlich ihre eigenen Wege gingen und ihrem Schauspiel einen Abschluß gaben, der von dem des Epos gänzlich verschieden ist.

Das Stück spielt in Mecklenburg im Jahre 1851. Es behandelt das tragische Geschick zweier Liebenden, des Großknechts Johann Schärt und der Großmutter Marie Brand, die durch die launische Willkür und Tyrannei ihres Onkels, aber im übrigen im Einklange mit den bestehenden gesetzlichen Einrichtungen von einander getrennt und zu Grunde gerichtet worden. Johann darf seine Marie nicht freien, weil der Gutsherr, der Baron von Granzow, es nicht gestattet. Der Baron will auf seinen Gütern die Knechte überhaupt nicht heirathen lassen, weil sie ihm dadurch „zu theuer“ und „bummelig“ werden, und er will namentlich den Johann seine Marie nicht brinsführen lassen, weil er diese nach altem Herrentrecht für sich beansprucht. Er verweigert ihnen das Niederlassungsrecht. Johann's Absicht, anzukommen und sich im Auslande ein Heim zu gründen, stößt bei Marie auf Widerstand; sie vermag ihren alten kranken, dem Tode nahen Vater nicht zu verlassen. Die fortgesetzten Weigerungen des Barons und der brutale Hohn, mit dem er den bald demüthig bittenden, bald trotzig sich anbahnenden Johann behandelt, treibt diesen zur Wuth und wildem Haß. Der Tod des alten Brand scheint Johann's Pläne mit einem Schlage der Verwirklichung nahe zu rücken, wenn auch Marie zunächst noch nutzlos den Gedanken an Auswanderung und an die Möglichkeit, das Glück in der Fremde zu finden, zurückweist. Da überrascht Johann den Baron, wie er sich in der Trunkenheit an Marie vergreift. Er stößt ihn, vom Jähzorn übermannt, mit der Fingel ab nieder und muß ohne Marie, die sich entsetzt von ihm abwendet, nach Amerika fliehen.

Winter, namentlich bei Frostwetter die bei der Bahnunterhaltung beschäftigten Arbeiter wegen der durch die Witterung bedingten Einschränkung der Bahn-Unterhaltungsarbeiten nicht vollständig dauernd beschäftigt werden können.“

Dem gegenüber sei bemerkt, daß andere Betriebsämter, so das der Stadt- und Ringbahn Berlins, durchaus nicht durch den Winterfrost an der Weiterbeschäftigung ihrer Arbeiter behindert werden. Warum war das, was hier möglich ist, nicht auch vom Eisenbahn-Betriebsamt Stettin ausführbar, namentlich da zur Zeit der Kündigung von Frost und Winterwetter überhaupt noch keine Rede sein konnte? Es giebt so manche Einrichtungen, die gerade im Winter die Arbeitskraft der Streckenarbeiter besonders in Anspruch nehmen, wie Schienenregeln, Weichenreinigen und Schneefegen, so daß aus Reiter's Managel die Kündigung der Arbeiter zur Weihnachtszeit unseres Erachtens wahrlich nicht zu erfolgen brauchte.

Es stellt sich also nach allem so dar, daß nicht die Mittheilung des „Vorwärts“ vom 5. Dezember, sondern die Vertretung des Egl. Eisenbahn-Betriebsamts Stettin „in ihrem wesentlichsten Theil thatäclich unrichtig ist“.

Wir bedauern dies in hohem Maße.

**Auf dem „Königlichen“ Leibamt in Berlin hat, wie aus den Erläuterungen zum Staatshaushalts-Etat für 1895/96 ersichtlich ist, der Verkehr im Jahre 1893/94 weiter abgenommen.** Es ist jetzt gerade ein Jahr her, daß der Staatssekretär v. Bötticher im Reichstag in seiner Antwort auf die Reichthands-Interpellation unserer Genossen die schon 1892/93 eingetretene Verminderung der Verkaufungen als Beweis gegen das Vorhandensein eines Nothstands anführte. Wahrscheinlich würde die weitere Verminderung gegebenenfalls auch in diesem Jahre so angelegt werden. Es ist jedoch klar, daß wenigstens der Nothstand der Arbeiterklasse daraus nicht wegbewiesen werden kann, und zwar einfach deshalb, weil die Arbeiterbevölkerung nach Lage der Sache das „Königliche“ Leibamt nur verhältnismäßig selten benutzen kann. Das „Königliche“ Leibamt hat drei Geschäftshäuser, die in der Jägerstraße, Klosterstraße und Linienstraße, also nicht in eigentlichen Arbeitervierteln liegen und nur von 9—3 (Sonn- und Feiertags überhaupt nicht) geöffnet sind. Dagegen giebt es hunderte von Privat-Handelshäusern und Kauflaufgeschäften, die vorzugsweise in den Arbeitervierteln liegen und von früh bis spät offen gehalten werden. Danach läßt sich erweisen, welchen Werth es hat, wenn in den oben erwähnten Erläuterungen mitgeteilt wird, daß an den 3000 ersten im Oktober 1893 abgeschlossenen Pfandgeschäften beteiligt waren: 23 Pfandweiber und Kommissionäre, 1648 Handwerker, Gewerbes- und Handeltreibende (einschließlich Gehilfen), 895 Tage- und Fabrikarbeiter, 20 Rentiers und Grundbesitzer, 41 Künstler, 23 Studierende, 8 Militärs, 49 Gelehrte, 133 Beamte, 665 Wittwen. Diese Ermittlungen könnten zur Beantwortung der Frage, ob ein Nothstand unter den Arbeitern herrscht und wie groß er ist, selbst dann nicht beitragen, wenn es nur „Königliche“ Leibämter gäbe und nur diese von Arbeitern benutzt werden könnten. Die Verursachung findet nur bei einem ganz kleinen Theile der Pfandgeschäfte, — bei 8000, während z. B. für 1893/94 219 291 Pfänder abgegeben werden — außerdem nur einmal im Jahre und obendrein zur allergeringsten Zeit statt. Im Oktober hat der Arbeiter eine längere Periode besseren Verdienstes hinter sich, die ihm nicht nur Abzahlung der im letzten Winter gemachten Schulden und Einlösung der Pfänder, sondern in günstigen Fällen sogar Zurücklegung eines Nothgroschens für den kommenden Winter ermöglicht. Die Zahl derjenigen, die zum Versehen als dem letzten Rettungsanker greifen, muß also um diese Zeit verhältnismäßig niedrig sein. Aber auch für die Beamten, die eben ihr Gehalt bekommen haben, und für die Handwerker, Handel- und Gewerbetreibenden, denen eben ihre Rechnungen bezahlt worden sind, dürften die Tage nach einem Quartals-Erhen am wenigsten eine Zeit des Besessers sein. Ende März würde sich zweifellos ein anderes Bild des Volkswohl-Verkehrs ergeben. Die Arbeiter würden freilich auch dann nicht zahlreich unter den Pfandgebern vertreten sein. Sie können, wie gesagt, das „Königliche“ Leibamt aus verschiedenen Gründen, z. B. auch deshalb, weil es nur bessere Sachen annimmt, überhaupt wenig benutzen. Will man dagegen aus dem Verkehr auf die wirtschaftliche Lage jener interessanten Bevölkerungsschicht schließen, die, zur bestehenden Klasse nicht mehr gehörend und zur beschaffen noch nicht gehörend wählend, sich „Wittelekan“ nennt, so ist das eher zulässig, aber natürlich auch nur unter gewissen, durch die Unvollkommenheit des Ermittlungsverfahrens bedingten Einschränkungen. Fraglich bleibt dabei immer noch, ob die Verschiebungen der letzten Jahre dadurch zustande gekommen sind, daß sich die Lage der früheren Pfandgeber geboben hat, oder dadurch, daß diese infolge Verschlechterung ihrer Lage in die Privat-Pfandleihen gedrängt und (vorläufig und theilweise) durch Zuzug aus bisher besser gestellten Kreisen ersetzt worden sind. Bemerkenswerth ist, daß der Antheil der niederen Metalle, Kleidungsstücke, Wäsche u. s. w. am gesammten Pfänderbestand, der im Januar jedes Jahres aufgenommen wird, auch im vergangenen Jahre, wie seit langer Zeit, weiter gesunken ist. Er betrug 1884 noch 49, aber 1894 nur noch 32 pCt. (1893: 34%). Der Antheil der Uhren war 1884: 11, 1894: 18 pCt. (1893: 18 pCt.). Ist also im letzten Jahrzehnt bedeutsam gestiegen. Gehtien ist auch der Antheil der Gold- und Silbersachen, zwar mit mehrfachen Schwankungen, aber doch in der Grandrichtung. Er war 1884:

Reuter läßt, nachdem Marie ein Kind geboren und später in Geistesmüdigkeit sich selbst getödtet hat, nach einer langen Reihe von Jahren Johann zurückkehren und seinen herangewachsenen Knaben nach Amerika herüberholen, damit er im Lande der Freiheit lebe. Jahnke und Schirmer lassen Johann ebenfalls noch einmal in seine Heimath zurückkehren. Aber inzwischen ist es anders geworden in Granzow. Johann's Knabe ist mit dem Edknechten des erschlagenen Barons zusammen erzogen worden, beide haben gemeinsam am Kriege 1870 und 71 theilgenommen, der Sohn des Knechts hat dem Sohn des Herrn das Leben gerettet, und dann haben beide bei dem Kaiser und dem Großherzog die Begnadigung für Johann erwirkt. Herr und Knecht haben „sich gefunden“ und wollen nun „als Menschen zu einandersehen“. Und Johann bleibt in der Heimath, um mit seinem Sohne auf einem ihnen großmüthig geschenkten Gute zu leben.

Die Verfasser des Schauspiel haben, wie man sieht, nicht den Muth gehabt, die ganze herbe Tragik des Schicksals, das Reuter seinem Helden ansetzt, mit aus dem Epos herüberzunehmen, und daß Reuter sein Werk so wenig persönlich schlichten läßt, das scheint ihnen vollends unerträglich gewesen zu sein. Sie halten die Lösung, auf die sie verfallen sind, für eine befriedigendere, und sie mag in der That auf manchen verführerischen wirken. Sie ist jedoch unwahr; und da sie nach ihrer Tendenz dem Geiste der Reuter'schen Dichtung, dem die Bearbeiter des Stückes in allem übrigen treu gelieben sind, geradezu widerspricht, so ist sie einfach unmöglich. Es ist beinahe unbegreiflich, wie die Bearbeiter zu einem solchen Abschluß den Muth finden konnten.

In der „Freien Volkshühne“ hat man die Achtung vor dem Verfasser des Schauspiel verlesen müssen, um dem Dichter des Epos wenigstens theilweise zu seinem Rechte zu helfen. Man hat die grobe Verhöhnung gegen den Geist der Reuter'schen Dichtung dadurch gut zu machen gesucht, daß man den letzten Akt einfach wegließ und das Stück mit der Flucht Johann's schloß. Das war gewaltig, aber notwendig, und die größere Hälfte der Schuld an dieser Gewaltthat fällt nicht auf den Auswähler, sondern auf die Verfasser selber. Ich zweifle übrigens nicht, daß es auch unter denen, die Reuter's „Rein Hühner“ nicht

597, 1894: 46 1/2 pSt. (1893: 44 1/4 pSt.) Der Antheil der Schmachten und Zuwelen schließlich nach 1894: 1 1/2, 1894: 3 1/4 pSt. (1893: 2 1/4 pSt.). Die winzige Anzahl von verpöndelten Papieren kommt selbstverständlich nicht in Betracht. Auch aus dieser Betrachtung ergibt sich, daß es nicht die Kernkraft sein können, die die Hilfe des „Königlichen“ Beamten in Anspruch nehmen. Wie weit übrigens die daraus ersichtliche Minderung in der Zusammensetzung des Pöndelbestandes auch auf eine etwaige Minderung der Verleumdungsprozesse zurückzuführen ist, vermögen wir nicht zu beurtheilen.

**Die Orts-Krankenkassen unter Verwaltung sozialdemokratischer Beamten.** Ueber dies Thema weiß der Verwaltungsbericht der Gewerbe-Deputation aus dem Jahre 1893/94 eine recht interessante Mittheilung zu bringen, die von der bürgerlichen Presse eifrigst nachgedruckt wird. Es heißt da in diesem „freisinnig“ behördlichen Gutachten: „Wenig günstig für eine gedeihliche Entwicklung der Kassen dürfte es sein, daß sich bei vielen Kassen innerhalb ihrer Organe, sowohl im Vorstande, wie in der Generalversammlung die politischen Gegensätze mehr und mehr ausgeprägt haben. Vielfach haben die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, darunter bekannte Agitatoren, die ausschließliche Verwaltung und Leitung der Kasse an sich gerissen; die Organisation der Kassen wird verwendet, um ein Feld für die Parteipropaganda zu gewinnen und ein neues Stadium für die Genossen zu schaffen. . . . In geschlossenen Reihen rücken die Genossen in die Generalversammlung, unversehrt und ohne Widerspruch die den Kassenmitgliedern zu finden, fordert ein Vertreter der Kasse die übrigen in der Generalversammlung auf, nach Kräften dafür zu sorgen, daß nur „Gefinnungsgenossen“ in den Vorstand oder als besoldete Beamte in die Kassenverwaltung gewählt werden. Wir finden, daß den politischen Tendenzen dieser Partei entsprechend beispielsweise bei der Orts-Krankenkasse für das Schuhmachergewerbe die sechs Kassendirektorenposten, von der verantwortlichen Stellung des Mandanten herab bis zu der nebensächlichen Thätigkeit des jüngsten Hilfschreibers in gleicher Höhe honorirt werden. Der Bericht stellt fest, daß die Aufsichtsbehörde gegen eine den Interessen der Kasse nicht entsprechende Verwaltung wenig ausrichten könne. „Nur der Umstand, daß der Vorstand gemäß § 42 des Krankenversicherungsgesetzes für pflichtmäßige Verwaltung des Kassenvermögens wie Vormünder ihren Mandateln haften, giebt bei Uebermaß in der Festsetzung der Gehälter der Aufsichtsbehörde eine Handhabe, einzuschreiten. Unstreitig ist die Entwicklung der Kasse und die Erfüllung der ihr vom Gesetzgeber gestellten Aufgabe durchaus abhängig von der mehr oder weniger tüchtigen und sparsamen Verwaltung. Nicht jeder ist der Führung der vorgeschriebenen Journale und Kassendbücher, der Leitung und Beaufsichtigung eines oft größeren Kassenpersonals gewachsen, am seltensten ein aus der Mitte seiner Berufsgenossen erwählter Beamter. Trotzdem gerade in Berlin tüchtige, kaufmännisch gebildete und darum in erster Linie für die Kassen- und Rechnungsführung geeignete Personen in großer Zahl und zu bescheidenen Bedingungen gewonnen werden können, verlanen die Vertreter der Kassen-Mitglieder beziehungsweise die Vorstands-Mitglieder oftmals das Interesse der Kasse und wählen ihre Kassen-Beamten aus der Mitte ihrer Berufsgenossen, bei welchem Vorstand und General-Versammlung die ihnen obliegende Kontrolle der Kassen-Verwaltung naturgemäß nicht so streng und rücksichtslos auszuüben in der Lage sind, wie bei den ihnen fernstehenden Beamten. Allerdings giebt es bei den hiesigen Kassen auch Beamte, welche aus den Berufsgenossen hervorgegangen, gut vorgebildet, praktisch, unterstützt von dem Vertrauen und Wohlwollen ihrer Berufsgenossen, mit Umsicht und anerkanntem Geschick die Kasse verwalten; allein diese Fälle sind die Ausnahme, und das Gegentheil ist die Regel.“

Es ist uns seit langem bekannt, daß der Magistrat eine stille Sehnsucht hegt nach größerer Bevormundung der Krankenkassen. Ein Versuch nach der Richtung ist erst vor kurzem in Sachen der „freien Arztwahl“ unternommen, vom Regierungspräsidenten, aber vorläufig unterdrückt worden. Die Behauptung, daß in der Regel die Verwaltung von unseren Parteifreunden schlecht gehandhabt wird, entbehrt jeder Begründung; es läßt sich nichts anderes vermuten, als daß bei der Abgabe dieses Urtheils auch die Gewerbe-Deputation nicht ganz frei war von der in bürgerlichen Kreisen allgemein vorhandenen Antipathie gegen unsere Partei. Unregelmäßigkeiten, die bei einem so großen Verwaltungsapparat, wie ihn die Berliner Krankenkassen aufweisen, schon vorkommen können, sind uns in dem Berichtsjahr des Magistrats nicht zur Kenntniß gekommen. Und wir sind überzeugt, wären sie vorhanden, wir hätten nicht auf den Bericht des Magistrats zu warten brauchen, sondern die bürgerliche Presse hätte solche Vorkommnisse in parteipolitischen Interesse ausgenutzt. Ueber die Vorgänge unter der früheren streng behördlichen Beaufsichtigung während der Sozialistenregie, wollen wir dem Magistrat die Vorgänge in der „Tischlerkass“ in Erinnerung rufen, in der trotz der behördlichen „Fürsorge“ drei Beitragssammler jahrelang Unterschlagungen ganz bedeutender Summen begangen konnten. Die Unterschlagungen eines ehemaligen Gemeindebeamten in Weiskensee, der die Krankenkasse vermalte, sind doch auch noch in frischem Gedächtnis.

Nun noch ein Wort über die Orts-Krankenkasse der Schuhmacher. Nach näherer Information wurden dort folgende Gehälter bezahlt: Bis zum 1. April 1894 erhielten vier Beamte 120 M. und zwei Beamte 100 M. monatlich. Vom 1. April bis 1. Oktober 1894 betragen die Gehälter gleichmäßig 120 M. Von

innen, nur wenigen entgangen wäre, wie schlecht der Gedanke einer solchen Ausgleichung der sozialen Gegensätze zu dem Jörn und glühenden Haß passen will, der sich — es ist merkwürdig und muß anerkannt hervorgehoben werden — selbst in das Schauspiel mit Händerzittern vermischt hat.

Die Darstellung schien mir diesmal etwas ungleich. Den Johann gab Carl Funf (vom Schiller-Theater). Seine Auffassung dieses Charakters war geeignet, die unselige That des Großnechts ausreichend zu motiviren. Er verlieh dem Johann einen unbändigen Jähorn, eine fast thierische Wildheit, die bei der geringsten Reizung heiß in ihm aufkochte und ihm alle Besonnenheit raubte. In manchen Momenten hat er mich freilich wieder sehr wenig befriedigt; aber ich zweifle nicht, daß die Mängel, welche seiner Leistung noch anhaften, allein darauf zurückzuführen sind, daß Herr Funf seine umfangreiche und schwierige Rolle erst zwei Tage vorher übernommen hatte, nachdem der anfangs dafür in Aussicht genommene Darsteller an der Mitwirkung verhindert worden ward. Die Marie gab Bertha Arco. Ich kenne die mecklenburgischen Mägde nicht, aber ich kann mir nicht denken, daß sie so aussehen, wie es uns diese Schauspielerin glauben machen möchte. Auch der Baron von Granzow, von Julius Wessels dargestellt, schien mir zu farblos und für einen mecklenburgischen Krautjunker verhältnismäßig zu anständig. Eine sehr anerkenntnenswerthe Leistung bot Robert Wach in der Rolle des scheinheiligen Pastors, der den Knechten und Mägden des Barons und den übrigen Bewohnern von Granzow durch strenge Kirchenzucht den rebellischen Geist austreiben will, den ihnen die Feindschaft des Barons bisher nicht auszutreiben vermocht hat. Herr Wach verzichtete auf jedes Unterstreichen und Ueberstreichen; er brachte eben dadurch den ägenden Spott, mit dem die Verfasser des Schauspiels, die von Reuter eigentlich nur flüchtige Gestalt weiter ausführend, diesen Charakter im Götterkleid erfüllt haben, erst zu voller Geltung. Auch die Figur des alten Pferdehock Daniel haben die Verfasser voller angefaßt. Sie haben den gemüthvollen Humor, der diese rührende Gestalt zu der sympathischsten im ganzen Epos macht, durch einige lächerliche Episoden noch erhöht. Herr Wach Sam fand in der Rolle dieses Daniel Gelegenheit, seine Fehler als

da an ist das Gehalt des Mandanten auf 140 M. erhöht. Also von der Absicht einer Gleichmächerei ist gar nicht die Rede. Sind diese Gehälter dem Magistrat zu hoch, so scheint er allerdings den Mandant der Besoldung seiner unteren Beamten anzulegen; und dagegen müßten wir uns allerdings mit Entschiedenheit wehren, daß die Arbeiter solche Hungerlöhne ihren Beamten zahlen. Uns erscheinen diese Gehälter geradezu sehr dürftig.

Das Recht der Verwaltung werden sich die Arbeiter nicht nehmen lassen, und daß sie denjenigen ihr Vertrauen schenken, die ihnen auch auf anderen Gebieten des Lebens nahe stehen und mit ihnen fühlen, daß ist so selbstverständlich, daß es nicht erst besondrer Begründung oder gar entschuldigend zu werden braucht. Die Arbeiter betrachten es als Pflicht und Schuldigkeit sich und ihren Institutionen gegenüber, Leute ihres Vertrauens zu Kassenbeamten zu wählen und davon wird sie die gebällige und tendenziöse abgefätschte Beurtheilung ihrer Thätigkeit seitens der Gewerbe-Deputation gewiß nicht abhalten.

**Ueber die Einschränkung der Vergnügungen, welche behördlicherseits im Kreise Nieder-Barnim beliebt wird, haben wir unsere Leser in letzter Nummer kurz informiert; auch theilten wir mit, daß eine in Pankow abgehaltene Gastwirths-Versammlung beschloß, gegen die behördlichen Maßregeln Stellung zu nehmen und in einer Petition an den Minister auf deren Beseitigung zu dringen.**

Ueber diese Gastwirthsversammlung bringt der „Solal-Anzeiger“ einen Bericht, der in seiner Art denn doch zu bezeichnend die Zustände schildert, als daß wir ihn in seinem interessantesten Theile hier nicht wiedergeben sollten. Danach hat der Amtsvorsteher von Pankow den dortigen Wirthen die Mittheilung zugehen lassen, daß infolge höherer Anordnung von jetzt ab an dem ersten Feiertage der drei hohen Feste, Weihnachten, Oheim und Pfingsten, keinerlei Lustbarkeiten, sie mögen einen Namen haben, welchen sie wollen, weder öffentliche noch von Privatgesellschaften veranstaltete, mehr abgehalten werden dürfen. Das ist recht interessant. Interessanter ist aber noch die Stimmung der Gastwirths-Versammlung, die der Bericht des „S.-A.“ in folgenden Worten wiedergiebt: (Große Bewegung. Rufe: „Sind das die Erleichterungen, die man uns für die Verweigerung der Säle an die Sozialdemokraten versprochen?“)

So, so! Danach war also von einer Art Tauschgeschäft die Rede, welches die Gastwirthe mit den Behörden abzuschießen geachteten und die per se Saalverweigerung, mit der die Mehrheit der Wirthe in der Umgegend Berlins sich als Kämpfer für Ordnung, Religion und Sitte dicke thun, war eingeleitet von dem Gedanken, bei dem Herrn Amtsvorsteher gut angeschrieben zu stehen! Das ist zwar nichts Neues und in allen Vororten spielen die Spagen diese Beweggründe von den Dächern, aber sein Wuthes hat es doch für uns Sozialdemokraten, weiten Kreisen wiederum einen Beleg dafür bringen zu können, wie es mit der sogenannten Moral gewisser besonders qualifizierter Ordnungsbefehligen aussieht. Wir können daher auch nicht sagen, daß wir sehr betrübt sind über die Quittung, welche den braven Sozialistenbüchern jetzt von den Behörden gegeben worden ist. Wir wünschen ihnen eine recht vergnügliche Staatsreise!

Die einzelnen Redner aus den verschiedenen Ortschaften, so heißt es weiter von der Versammlung, schickten nun in recht drastischer Weise, wie sie von den Amtsvorstehern infolge der höheren Anordnung „drangsaliert“ werden. In einer Ortschaft sind Maskenbälle garnicht gestattet. Öffentliche Lustbarkeiten sollen überhaupt gänzlich eingeschränkt und Privatgesellschaften nur unter ganz besonderen Umständen an den Sonntagen gestattet werden, damit die Landleute, wie Herr Landrath von Baldow einem der Herren mittheilte, des Sonntags nicht vom Kirchenbesuch abgehalten werden. Die Einschränkung der Vergnügungen soll auf Wunsch der General-Synode erfolgt sein.

Die guten Landleute, die im Kreise Niederbarnim auf so sinnreiche Weise zur Frömmigkeit animirt werden sollen, werden nicht verzeihen, über diese behördliche Fürsorge dadurch zu quittiren, daß sie bei der nächsten Wahl den vermaledeiten Sozialdemokraten mit noch größerer Majorität als 1893 in den Reichstag hineinwählen.

**„Mit Rücksicht auf die Verdringung des Bockfotts“** haben die Delegirten des Verbandes der Gast- und Schankwirths-Bereine Berlins in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den Antrag an die Berliner Brauereien zu richten, den Flaschenbier-Handel an das Publikum gänzlich einzuführen. Bei Begründung des Antrages wurde, wie die Fachpresse berichtet, hervorgehoben, daß vor dem Bockfott theilweise Aussicht auf Erfolg in dieser Hinsicht bestanden habe, durch das Eintreten einiger großer Gastwirths-Bereine für die Brauereien sei diese Aussicht dann wieder illusorisch geworden.

**Für die ausgesperrten Brauerei-Arbeiter** ist bei der unterzeichneten Kommission vom Arbeiter-Zitlerklub „Einigkeit“ durch Bloßky der Betrag von 88,20 M. eingegangen. Die Kommission der Brauer und Brauerei-Hilfsarbeiter.

**Vorsicht! Nicht aufstehen!** Weithin leuchtende Schilder mit dieser Aufschrift werden gegenwärtig an verschiedenen Stadtbahnbrücken angebracht, unter welche Verkegungen der Pferdebahn oder Omnibusse hindurchfahren. Die betreffenden Brücken sind, wie beispielsweise diejenige in der Neuen Promenade so niedrig, daß Reithauptpassagiere bei Annäherung an die Brücke sich eines leichten Gruselns nicht erwehren können. Verschiedentlich schon sind Fahrgäste Verletzungen nur mit genauer Noth entgangen.

Vorzüge zu verwerthen; er hat mich zum ersten Male voll befreidigt. Von Nebenrollen möchte ich die der Mühlenbesitzerin hervorheben, für die Anna Machow einen salzichten, herzlichen Ton fand; daneben die augenverdrehende Baronin (Julia Behje), den ehrlichen Inspektor (Siegm. Klinger) und den rebellisch gesinnten Dorfschmied (Leo Steineruth).

## Theater.

**Im Lessing-Theater** wurde Julia's Lustspiel „Die wilde Jagd“, das vor etwa fünf Jahren die Kunde über die deutschen Bühnen machte, am Sonntagabend wieder aufgeführt. In dem Stück ist bekanntlich in einer für heutige Verhältnisse besonders geistreichen Satire dargelegt, wie schlimm doch unsere Bourgeoisie mit der ihr zur Verfügung stehenden Zeit daran ist, und wie sehr sie sich zum Leide durch die bei ihr beliebtesten Vergnügungen dreht, einzig zu dem ungewollten Zweck, nichts zu werden. Die Moral dieser Leidensdarstellung ist, daß die wilde Jagd durch sogenannte Genüsse und sogenannte Vergnügungen, welche die besten Gegoten salzliehlich einander einstreifend, nicht taugt und an innerem Werth weit hinter der lieben Postulirtheit zurückstreben muß. Spielbürgerliche Satire und spielbürgerliche Moral! Bei der neuen Darstellung dieser Julia'schen Weisheit gab Herr Sucke vortrefflich den Vertreter dieser alten Zeit, den Sanitätsrath Ebermann und ein liebes Töchterlein war ihm Fräulein Meta Jäger. Die Darstellerin der mit Haß durch Kunst und Vergnügen rennenden Valerina war Fräulein Reichenhofer. Die bedeutende Künstlerin schien sich in dieser Rolle nicht besonders behaglich zu fühlen und war außerdem ein wenig indisponirt. Ihr nach dem Proffortitel sogenannter Ehemann wurde von Herrn Schönfeld mit dem bei diesem Künstler geübten Humor gegeben. Wenig sympathisch war Herr Sauer als Liebhaber; glaubwürdiger als die Hergensöhne wirkte er seine kühlen und beschränkten Kaufmannsreflexionen von sich zu geben. Herr Waldow gab seinen Bankier mit viel Behagen; einige Zweifel stiegen in uns auf bei der Erörterung der Frage, ob es denn gerade Fräulein Tilly Waldow sein mußte, die seinen unschuldsvollen Engel von Tochter gab.

**Eine Ausstellung von modernen Seidenstoffen** und Stoffdrucken ist im Kunstgewerbe-Museum bis zum nächsten Sonntag unentgeltlich zu besichtigen.

**Das Fortbestehen des Casan'schen Panoptikums** soll augenblicklich in Frage gestellt sein. Obwohl der Miethekontrakt zwischen den Gebrüder Casan und dem Hausbesitzer noch mehrere Jahre läuft, ist eine Auflösung des Casan'schen Panoptikums nicht unwahrscheinlich. Die bisher benutzten großen Räumlichkeiten sollen dann, wie es heißt, zu Restaurationszwecken demütigt werden. Die Gebrüder Casan haben vor einigen Tagen ihr ganzes Etablissement der Direction des Passage-Panoptikums zum Kauf angeboten. Der Aufsichtsrath der Passage hat aber in seiner Sitzung vom Sonnabend den Ankauf abgelehnt. Gegenüber einem in dieser Angelegenheit erfolgten Dementi wird noch mitgetheilt, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrathes, Bankier Leopold Friedmann, auf Grund des Angebots der Gebrüder Casan sich zu ihnen begeben und Einsicht in die Geschäftsbücher genommen habe. Die Bilanz habe ihm aber so wenig gefallen, daß er dem Aufsichtsrath von dem Ankauf zu den angebotenen Bedingungen abgerathen und dadurch die Angelegenheit erledigt.

**In der Angelegenheit der Geschäftsbücher** unserer Theateragenten ist jetzt das Polizeipräsidium in Berlin von dem Präsidium der deutschen Bühnengenossenschaft ersucht worden, im Schema B die Worte Gesandtenmitglied in Theateragenten, Dienstherr in Theaterunternehmer, Personen in Bühnengehörige und Lohn in Gehalt umändern zu wollen. Wird dieser Antrag berücksichtigt, so ist nach Auffassung des Präsidiums der deutschen Bühnengenossenschaft für die Bühnengehörigen die Angelegenheit erledigt.

**Ueber die sittliche Analtät einiger der vornehmsten Kämpfer** für Ordnung, Religion und Sitte gegen die Parteien des Umsturzes giebt die folgende Solal-Korrespondenz eine recht bezeichnende Auskunft: Die Ständekronik, so heißt es, ist seit Anfang dieses Jahres bereits um mehrere recht interessante Fälle vermehrt worden. Nachdem die urplötzlich Abreise des Grafen B. von einer hier akreditirten ausländischen Gesandtschaft bereits gemeldet, hat ein anderer Kavallerist, ein Baron von C., nachdem er im Juni während der letzten Wintermonate das respektable Einkommen von 450 000 M. „alle gemacht“, bei Nacht und Nebel auf Anordnung seiner Angehörigen Berlin verlassen und sich auf seine Wohnung an der russischen Grenze zurückgezogen. Die hier kontrahirten Schulden sollen bereits zum größten Theile von seinem sehr reichen Vater bezahlt sein resp. schweden noch Verhandlungen, um alles auf friedlichem Wege zu arrangiren. Ein anderer Kavallerist, der bis vor kurzem noch einem hiesigen Garde-Kavallerieregiment angehört, ist, nachdem er Blanco-Altepte über tausende von Mark ausgegeben und mit einer „Theaterprinzessin“ hunderte verschwendet, auf Wunsch seiner Angehörigen unter Kuratel gestellt und plötzlich nach Wien abgedampft. Diese Affäre dürfte noch ein Nachspiel vor dem Strafrichter finden, in dem ein Pseudokavallerist, ein angeblicher Graf S., der die Altepte untergebracht hat, verwickelt werden dürfte. Sämtliche Fälle scheinen dadurch zum Klappen resp. zur Kenntniß der Angehörigen gekommen sein, da die bekannten Geldheiber infolge der jetzt schwelenden Bucherprozesse nicht mehr helfend bespringen wollen.

Bei solchen biedereren Kämpfen aus der Schaar der Edelsten und Besten müßte man an der sittlichen Kraft des deutschen Volkes verzweifeln, wenn der grandiose Faschings-Feldzug gegen den „Umsturz“ nicht der Sozialdemokratie Erfolge über Erfolge brächte.

**Die Masken** grassiren unter der Kinderwelt in den Ortschaften um Berlin in ganz besonders starker Weise. In verschiedenen Dörfern haben die Schulen bereits geschlossen werden müssen, in andern müssen etwa zwei Drittel der Kinder dem Unterricht fern bleiben, jedoch auch hier der Schulschluß bevorsteht. Zum Glück nimmt die Krankheit aller Orten einen gutartigen Verlauf, die Ansteckungsgefahr ist aber bei der jetzigen Witterung eine sehr große. Todesfälle sind nur dann zu verzeichnen gewesen, wenn eine andere, gefährlichere Krankheit hinzugetreten war.

**Die Ober-Postdirektion** hat das Gesuch der Wilmersdorfer Gemeindebehörde, die für einzelne Vororte und auch für einen Theil von Wilmersdorf geltende Fortvergnügung, für den Verkehr mit Berlin auf den ganzen Ort auszuweihen, abschlägig beschieden. Die Bewohner der vom Berliner Postamt W. 50 bestellten Straßen werden daher nach wie vor auch für sogenannte Doppelbriefe von und nach Berlin nur 10 Pf. zu entrichten haben, während die übrigen Wilmersdorfer 15 Pf. zahlen müssen.

**Stellunglos!** Den letzten Gruß in Form einer Postkarte sandte der 26-jährige Kaufmann Hermann R., Oranienstraße wohnhaft, am Sonntag seinen Angehörigen. Der junge Mann war in einem früheren Geschäft als Buchhalter angestellt gewesen, war jedoch im vorigen Oktober entlassen worden und die jetzt ohne Broterwerb geliebten. Am Donnerstag vergangener Woche entfernte sich Hermann R. aus der Wohnung seiner Geschwister, mit denen er zusammenlebte, und am Sonntagabend Morgen traf eine Postkarte aus Nauen bei denselben ein, worin der Verschwendene mittheilte, daß er bei Anlangen des Schreibens in Berlin nicht mehr unter den Lebenden weile. Man solle keine Nachforschungen nach ihm anstellen, seine Leiche liege tief im Wasser und werde nie zum Vorschein kommen. Der Bruder des Lebendigen fuhr sofort nach Nauen und hat daselbst Nachforschungen angestellt, die jedoch bis jetzt vergeblich waren.

**Die Polizei und das soziale Elend.** In jämmerlichem Zustande wurde am Sonntag Abend zu später Stunde ein Knabe in der Charlottenstraße aufgefunden und von der Polizei nach der Charite gebracht. Dort wurde er als der 10 Jahre alte Sohn Theodor der Arbeiter Joseph'schen Eheleute aus der Falkenstraße festgestellt, der körperlich völlig erschlaft war und sich einen Fuß durchgelaufen hatte. Der Knabe hat bei seiner Vernehmung ausgelegt, daß er von seinen Eltern mit wenigen Pfennigen ausgerückt worden sei, um Wachsstreichhölzer zu kaufen und mit Vortheil auf der Straße wieder abzusehen. Falls er nicht die Summe von zwei Mark nach Hause bringe, seien ihm Schläge in Aussicht gestellt worden. Bei dem Versuche, das Geld zu verdienen, sei er zusammengebrochen. Seine Mutter stellt die Sache anders dar und behauptet, daß ihr Sohn sich umhertreibe und tagelang in die elterliche Wohnung nicht zurückkehre. Die Angelegenheit wird der Polizei unterbreitet und auf die Nichtigkeit hin geprüft werden, bevor weitere Maßnahmen getroffen werden. Im Vertrauen auf die Polizei wird der fette Ordnungspolizist sich denn auch betreffs dieses Falles mit Seelenruhe zu Bett legen.

**Verhafteter Cafetier.** Der seltene Fall, daß der Besitzer einer Wirthshaus für Menschenfleisch von der Polizei beim Krugern genommen wird, ist dieser Tage passiert. Der Inhaber des an der Ecke der Koch- und Charlottenstraße gelegenen „Casé Savaria“, Lauritz, ist verhaftet worden. Das Café war am Tage und in den Abendstunden wenig besucht; erst in der vorgeschrittenen Nachtzeit füllten sich die Räume mit Prostituirten, die ihren Leib feilboten, und mit Personen, die im Glücksspiel ihren Erwerb suchten. Der Mann ist denn auch nicht in seiner Eigenschaft als Prostituirten-Cafetier, sondern weil er Pazardspiel duldet, verhaftet worden. Anständige Arbeiter-Lokale dürfen bekanntlich überhaupt nicht zur Nachtzeit offen gehalten werden, sondern müssen um 10 oder 11 Uhr geschlossen sein.

**Durch die Unredlichkeit** seines Bureauvorstehers ist ein Köpenicker Rechtsanwalt um einen größeren Betrag gebracht worden. Es soll sich um fortlaufende Unterschlagungen kleinerer Summen handeln, von denen bereits über hundert Fälle entdeckt sind. Der kürzlich aus seiner Stellung entlassene junge Mann ist in seiner Primath Dingelstädt verhaftet und von dort nach Köpenick in Untersuchungshaft abgeführt worden.



## Lokalliste von Berlin und Umgegend.

**Achtung, Parteigenossen!** Hiermit bringen wir zur allgemeinen Kenntnis, daß mit dem Aufhören des Bierboottotts die Saalperre für die Berliner Arbeiterschaft nicht erledigt ist. Wir ersuchen, nach wie vor nur die auf untenstehender Liste verzeichneten Säle zu benutzen und es der Lokalkommission zu überlassen, mit denjenigen Saalbesitzern zu verhandeln, welche ihre Säle zu allen gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterversammlungen hergeben wollen und sich verpflichten, bei Abhaltung von Arbeiterfestlichkeiten in ihren Räumen das Bedienungspersonal und die Musiker von dem Arbeitsnachweis der betreffenden Organisationen zu entnehmen.

Wie uns bekannt ist, haben bereits verschiedene Gefangenenvereine, Vergnügungsvereine und Gewerkschaften mit Lokalfestlichkeiten abgefeiert, deren Säle wir uns nicht auf die Lokalliste gesetzt sind. Wir müssen dieses Vorgehen auf das Entschiedenste verurteilen und fordern die Genossen auf, nur die von uns auf die Liste gesetzten Lokale zu benutzen.

- 1. Wahlkreis. Köllig, Neue Friedrichstr. 44. Feenpalast, Burg- und Wolfgangstraßen-Ecke.**
- 2. Wahlkreis. Zubeil, Lindenstraße 106. Specht, Markgrafstr. 23. Kray, Schönleinstr. 6. Sasse, Kurfürststr. 31.**
- 3. Wahlkreis. Mähring, Admiralsstr. 18c. Tuhauer, Admiralsstr. 38. Schneider, Annenstr. 16. Wienecke, Alte Jakobstr. 88. Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a. Lange, Leutenichthaus Konzerthaus, Alte Jakobstr. 87. Schmiedel's Festhalle, Alte Jakobstr. 92. Arminhallen, Kommandantenstraße 20. Dranienhallen, Dranienstr. 51. Stehmann, Melchiorstraße 15.**
- 4. Wahlkreis (Osten). Rebin, Langestraße 108. Tempel, Langestr. 65. Niefert, Weberstr. 17. Wolzmann, Eichenbergerstr. 16. Heise, Eichenbergerstr. 21. Fiebig, Große Frankfurterstr. 28. Breuer, Große Frankfurterstr. 74. Busch, Große Frankfurterstr. 85. Albrecht, Memelerstr. 67. Wilke, Andrastr. 26. Cysium, Landsberger Allee 40/41. Schneider, Landsberger Allee. Feindt, Weinstr. 11. Robert Schneider, Prokauerstraße. Gesellschaftshaus, Müdersdorferstraße. Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72. Keller, Koppensstraße. Freischütz, Fruchtstraße. Lips, Friedrichshain. Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11/13.**
- 4. Wahlkreis (Süd-Osten). Hoffrich, Waldemarstraße 75. Rau, Saligierstr. 126. Hoffmann, Oranienstraße 180. Sanssouci, Kottbuserstr. 4a. Koll, Adalbertstraße 21. Saueremann, Adalbertstr. 8. Henke (Reiz), Raumynstr. 27.**
- 5. Wahlkreis. Bräuning, Rosenthalerstr. 12. Neumann, Altkönigsstr. 33. Schäfershaus, Linienstr. 5.**
- 6. Wahlkreis. Jägerhaus, Schönhauser Allee. Frölig, Schönhauser Allee. Kelle, Schönhauser Allee 28. Schneiders Gesellschaftshaus, Belfortstraße 14. Stämke, Uckerstr. 128. Neumann, Tonhalle, Pasewalkerstraße 8. Sübner, Swinemünderstr. 35. Road's Festhalle, Brunnenstr. 16. Grindel, Brunnenstr. 188. Feig, Brunnenstr. 196. Behlig, Bergstr. 12. Reichert, Mallerstraße 7. Kolberger Salon, Kolbergerstraße. Wille, Dochstraße. Kranz, Viktoriagarten, Badstraße, Gesundbrunnen. Hochstadt-Kasino, Gerichstraße. Viktoria-Salon, Perlebergerstr. 18. Moabit. Wedding-Kasino. Schärer, Seefstr. 30. Lange, Stromstr. 28.**

Obige Saalbesitzer stellen der Arbeiterschaft ihre Säle unentgeltlich zur Verfügung.

Alle Zuschriften, die Lokalfrage betreffend, sind an den Unterzeichneten zu richten.

Die Lokalkommission.  
J. A.: Carl Scholz, Wangelstr. 32.

**Friedrichsberg-Sichtenberg** sind folgende Lokale frei: Nische, Zum Fürsten Wolfgang, Dorfstraße. Fuchs, Dorfstraße 2. Neumann, Nammelsburgerstr. 23.

**Nixdorf.** Witzing, Anebebedstr. 71. Apolt, Anebebedstr. 16. Kummer, Berlinerstr. 136. Mitschke, Steinwegstraße. Maas, Viktoriasäle, Hermannstr. 45.

**Nieder-Schmiede.** Kein Saal. Zu empfehlen Restaurant Stredner, Grünauerstr. 5.

**Johannisthal.** Kluge's Park-Restaurant. Senfleben's Volksgarten. Schöneberg.

**Nieder-Schöneberg.** Thiem's Bindergarten, Vindenstraße 25.

**Neu-Treptow (Baumschulenweg).** D. Lange, G. Herrmann, Restaurant.

**Charlottenburg.** Bismarckhöhe, Wilmersdorferstraße 99. Thierstein's Salon, Sophie-Charlottenstr. 94. S. Krause, Bismarckstr. 84. Reichenkron, Spreerstr. 3a. Bredlow, Augustenstraße 78.

**Grünau.** H. Burgerle, Friedrichstr. 1. Duchaufour, Köpnickstr. 78. Lindenhayn, Friedrichstr. 2. Rigemann, Köpnickstr. 108.

**Schmargendorf.** Bierthaus Schmargendorf, Warnemünderstr. 6. Restaurant Sanssouci, Kuhlauerstraße. Restaurant Walter, Breitestraße, Ecke Spandauerstraße.

**Deutsch-Wilmersdorf.** Volksgarten, Berlinerstr. 40. — Zu empfehlen sind: Stabinski, Badenscheferstr. 18. Nick, Gieselerstr. 14. Siebelt, Gängestr. 89. Zepher, Uhländstr. 125. Blümel, Pariserstr. 11. Bahr, Uhländstraße 154. Land, Berlinerstr. 47. Thärichen, Rauhheimerstraße (Rheingau). Feig, Ringbahnstr. 269.

**Halenec.** Rurgan, Weßhägerstr. 39. Wänsche, Weßhägerstr. 44. Allenburg, Kurfürstendamm 132.

**Steglitz.** Schellhase, „Zum Gambinus“, Ahornstraße 16a.

**Friedenau.** Spremberg, Kurhaus, Rhein- und Ringstraßen-Ecke.

**Reinickendorf.** Glür, Amendestr. 1. Gäbler, Provinzstraße 49/50. — Zu empfehlen sind: Malin, Residenzstr. 101. Appel, Residenzstraße 117. Weigt, Gesellschaftstraße 2. Hartmann, Gesellschaftstr. 12. Theil, Scharnweberstr. 15. H. Wenz, Spandauerweg 4.

**Schönholz, Kolonie.** Witthor, Bogard.

**Stralau.** Alte Laverne, Dorfstr. 25.

Die nachstehenden zwei Ortschaften haben diejenigen Lokale angegeben, welche für die Arbeiterschaft gesperrt sind.

**Uberschhof.** Folgende Lokale sind gesperrt: Schwabe's Gesellschaftshaus, Bismarckstr. 10. Gaupmann, Grünauer Chaussee. Steppeloh, Oppenstraße.

**Friedrichshagen.** Friedenstraße: Kaiserhof, Fr. Zsche, Seefstraße: Haldeparth (Fr. Brand), Badstraße: v. e. Scharnweberstraße: Fr. Pöhn von. Rahndorferstraße: Pöhnmann. Köpnickstraße: Pöhnmann.

## Versammlungen.

In der Agitationsversammlung der Arbeiter-Bildungsschule behandelte Frau von Gyzki in einem Vortrage das Thema: Die Frau in der Gegenwart. Die Vortragende gab ein im allgemeinen zutreffendes Bild der Frauenbewegung in den verschiedenen Ländern, ihrer Ursachen und ihrer nächsten Ziele. Die deutsche (bürgerliche) Frauenbewegung stehe der englischen und amerikanischen hinsichtlich ihrer Ausdehnung und auch in ihren Zielen nach. Welche Erfolge besonders die amerikanischen Frauenrechtlerinnen schon errungen, beweise die große Zahl der dort in den belehrten Berufen und im Beamtenstande thätigen Frauen — bei uns herrsche das Philistertum in der öffentlichen Meinung. Die haarsträubende Unwissenheit des deutschen Philisters lasse ihn in jeder aufgellärten Frau seine Zofenbild erblicken. Daß die Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Leistung und Recht der Organisation für die weibliche arbeitende Welt unerlässlich sei, folgerte die Rednerin aus der steigenden Fieber der weiblichen Arbeiter. Nach den „Blättern für soziale Praxis“ sei die Zahl der männlichen Arbeiter in Berlin im letzten Jahre um 4000 zurückgegangen, während die Zahl der weiblichen um 6000 gestiegen sei. (Hört, hört!) Frau Dr. Agnes Wulm habe durch Untersuchungen festgestellt, daß die Frauennarbeit sehr erheblich die Kindersterblichkeit beeinflusst: Das Verhältnis der im Säuglingsalter sterbenden Kinder der nicht arbeitenden Klasse sei zu dem der arbeitenden Klasse wie 8:30. Die arbeitenden Frauen und Mädchen, deren Zahl im Jahre 1882 schon fünf Millionen betrug, könnten sich selbstverständlich nicht mit der alten Auffassung vom „Berufe“ der Frau als Gattin und Mutter zufrieden geben, eine große Zahl werde ja auch durch die Einrichtungen der Gesellschaft von diesem ihren Beruf, der sich in den höheren Kreisen fast in nichts von der Prostitution unterscheidet, zurückgehalten. Die Ehen unter der Arbeiterbevölkerung seien darum meist glücklicher als die in den Bourgeoiskreisen, weil dort gleiche Interessen und ein größeres Maß von Selbstständigkeit vorherrschen. An treffend gewählten Beispielen zeigte die Referentin, daß durch die totale Verbildung der Mädchen der besseren Kreise eine ideale Ehe oft unmöglich gemacht werde. Gegenüber den tiefen Zuständen, der offenen und geheimen Prostitution, der geistigen Knechtschaft in der das Weib systematisch gehalten werde, der schamlosen Ausbeutung der Arbeitskraft — die Rednerin schildert die Thätigkeit der einzelnen Berufe in lebhaften Farben — sei das Verlangen nach Abhilfe ein durchaus berechtigtes. Man solle die Stimmen erheben und Arbeiterschutzgesetz, in deren Einführung die Schweiz mit gutem Beispiel vorangegangen sei, verlangen, für weibliche Fabrikinspektoren tritt die Vortragende auch ein, ebenfalls für Zulassung zu allen gelehrten Berufen. Eben das neue bürgerliche Gesehbuch mit seinen rückständigen Anschauungen solle man rechtzeitig Protest erheben. Eine durchgehende Forderung sei aber erst dann zu erzielen, wenn die Frauen den Männern auch politisch gleichgestellt sind, wenn ihnen das gleiche Stimmrecht verliehen werde: das sei das A und O der ganzen Frauenbewegung. Die Einwände der Gegner, daß die Frau inferior sei u. d. z., fertigt Frau v. Gyzki kurz und treffend ab; sie hat die Hoffnung, daß durch das Eingreifen der Frauen in das öffentliche Leben dem Fortschritt auch insofern gebiet sei, daß sich der Kampf der Geister in milderen Formen vollziehen werde. (Lebhafte Beifall.)

Frau Hohlaad hob hervor, daß die bürgerlichen deutschen Frauen mit der proletarischen Frauenbewegung bislang wenig Berührungspunkte hatten; sie sprach ihre Anerkennung aus über die freimütige Kritik der Vorrednerin und über das Zugeständnis betreffend die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren, von denen man allerdings erwarte, daß sie aus den Reihen der Arbeiterinnen genommen werden. Der Parole der Referentin: Kampf für das politische Recht, helle sie die Devise: Kampf gegen das Kapital entgegen; was die Angebeulenen beider Geschlechter zusammen halte, sei das Klasseninteresse. Die Ausführungen der Rednerin und die der nach ihr sprechenden Genossen Kiesel, Freithaler und der Frau Weisler wurden stark applaudiert. Frau von Gyzki stellte in ihrem Schlusswort richtig, daß sie nur die ergiebiger Wirkung des gleichen Wahlrechtes betonen wollte, sie wisse, daß die Befreiung des Weibchens nicht davon abhängig sei. Dem Verlangen der Diskussionsredner, die sozialdemokratische Frauenbewegung zu unterstützen, da jeder Sozialdemokrat eo ipso Vertheidiger der Frauenrechte sei, wolle sie (die Rednerin) nach Kräften nachkommen; man möge das Mißtrauen gegen die, welche der Bewegung ohne Vorurteil gegenüber treten, etwas zurückdrängen. Im Hinblick auf den Widerstand, den die bekannte Petition der Frauenrechtlerinnen an den Reichstag in der Versammlung erfuhr, versprach die Referentin dahin wirken zu wollen, daß man statt der Bitte um Gewährung von Rechten das der Situation mehr angemessene Verlangen aussprechen werde, damit keine Frau sich abhalten lasse, die Petition zu unterzeichnen.

Der Vorsitz der Schule, Platow, beauftragte im Anschlusse an das Referat die hohe Bedeutung derselben auch für die Emancipation des weiblichen Geschlechts und forderte die in großer Zahl anwesenden Frauen auf, die praktischen Konsequenzen aus dem Vortrage zu ziehen und der Schule beizutreten.

In der Arbeiter-Bildungsschule sprach am 13. Januar Dr. Heymann über das Thema: Der Kampf ums Recht. Von einer Diskussion wird Abstand genommen und sogleich zur Besprechung der Vereinsangelegenheiten übergegangen. Der Obmann macht darauf aufmerksam, daß die Schule mit dem heutigen Datum ihr 4jähriges Bestehen feiert, wobei er die Entwicklung derselben mit kurzen, kräftigen Worten darlegt, um sodann die Mahnung an die Anwesenden zu richten, die Schule durch Beitritt zu unterstützen, wo sie Gelegenheit hätten, sich zu guten Kämpfern für die Partei in der uns bevorstehenden reaktionären Zeit auszubilden.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den fünften Berliner Reichstagswahlkreis hielt am 17. d. M. eine vierteljährliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Drescher gab den Bericht des Vorstandes. Dem Vereine sind 83 neue Mitglieder beigetreten, die Gesamtzahl beträgt 3.708. Nicht erstattet wurde das Kassenericht. Derselbe wies an, die Einnahme einschließlich übernommener Bestand 771,40 M., eine Ausgabe von 239,73 M. auf, sodas ein Bestand von 431,67 M. verblieb. Der Kassier wurde beschien, dem Vertrauensmann wurden 300 M. überwiesen. In Sachen Fleischer und des Buchdruckers Auer ist der Vorstand zu dem Beschlusse gelangt, beiden das Recht, Vertrauensämter zu bekleiden, abzuschreiben, in Sachen Goldschmidt, denselben aus dem Wahlverein auszuschließen. Die Vorstandsberichte zeitigten eine längere Erörterung. Die Vorstandsbeschlüsse fanden Bestätigung durch die Generalversammlung. An Stelle Auer's wurde Sassenbach als Kassier, als Bezirksführer Kasper und Krüger gewählt. Piepmann, Gläsenkamp und Rertens wurden zu Revisoren gewählt.

Zu dem Nichtenchaftsbericht, der in der letzten Versammlung des Wahlvereins für den vierten Wahlkreis gegeben wurde,

ist in betreff der Mitgliederzahl ein Irrthum unterlaufen. Der Verein zählt jetzt 2700 Mitglieder.

Die Vorstände der hiesigen Verwaltungsstellen der freien Hilfsklassen, die dem Verband Hamburg angehören, hielten am Sonntag, den 13. d. M., eine Versammlung ab, um über die Verzeugsfrage zu beraten. Vom Verbandsvorstand waren hierzu die Herren Blume und Jaffe erschienen; das Referat hielt der Verbandsvorsitzende Herr Blume. Derselbe führte zunächst aus, daß die im Juni vorigen Jahres in einer Versammlung von Vertretern der freien Klassen festgesetzten Bedingungen betreffs Ermäßigung des Arzthonorars durch die hierzu gewählte Kommission nicht erfüllt seien. Da eine Ermäßigung des Arzthonorars nicht herbeigeführt sei, habe der Verbandsvorstand sich entschlossen, die Sache selbst in die Hand zu nehmen; zu diesem Zweck habe er die Herren Tischler Köhn und Maurer Voll bestimmt, die sich als dritte Kommission Herr Schuhmacher Pappe hinzugezogen haben. Diesen sei es nun auf der Suche nach billigeren Ärzten gelungen, 171 Ärzte zu finden, die zwar größtentheils Ärzte der Pleyer'schen u. a. Ordnen sind. Die Kommission habe mit diesen billigeren Ärzten nicht abschließen wollen, sondern habe den Sach von 8 M. pro Versicherungspflichtigen Mitglied und pro Jahr mit ihren alten Ärzten beibehalten. Die Tischler-Kasse hätte sich für 250 M. erklärt; ihm sei dieser Betrag noch sehr hoch; auch dürfe nicht mit einem Verein, sondern nur mit jedem einzelnen abgeschlossen werden, er gäbe der Kommission die Schuld, daß sie nicht einig gewesen sei, denn sonst hätte sie eine Verbilligung erzielt und dadurch das Eingreifen des Vorstandes nicht notwendig gemacht. In späteren Ausführungen erklärte der Redner, daß die Kommission ihren Anschlag am Verbands nicht statutengemäß vollzogen habe und bisher als nicht hinzugehörig betrachtet werden müsse, auch seien diese Ärzte den hiesigen Mitgliedern nicht ausgetrogt, sondern nur in Vorschlag gebracht.

P. Schneider, Buchbinder, führt aus, daß nach den Beratungen des Ausschusses mit den Ärzten die letztere gerechtfertigt gewesen seien, die Einzelversicherten für 8 M., die Doppelversicherten für 2 M. pro Jahr zu behandeln, da hätten nun aber die Tischler erklärt, mit einem Verein der Ärzte nicht mehr abzuschließen, sondern nur mit jedem einzelnen Arzt, und als die Ärzte dies zu thun sich geweigert, hätten die Tischler ihren Austritt erklärt. Daraus hätte die Kommission den bisherigen Vertrag auf ein Jahr verlängert. Redner tritt namens der Kommission für eine menschenwürdige Behandlung der Kassenzugehörigen ein, die diese billigen Ärzte denselben unmöglich zu theil werden lassen können. Diese Ausführungen werden durch mehrere folgende Redner geteilt, u. a. führt einer an, daß diese 171 Ärzte bereits ca. 90 000 Mitglieder zu behandeln hätten, wenn nur die freien Klassen mit ca. 24 000 Mitgliedern noch hinzukämen, könne sich ein jeder die Behandlung wohl vorstellen. Stolzenberg (Schneider) und Weutler (Tischler) stimmen in ihren Ausführungen ziemlich überein, daß Herr Blume durch die Berichte ein falsches Bild gewonnen habe und zur genaueren Information näher mit der Kommission hätte verhandeln müssen. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückweisend, erklärt Herr Köhn hierauf, daß er nur aus Abneigung gegen die hier beschickte freie Arztwahl auf den Vorschlag des Vorstandes eingegangen sei; man solle nicht mit dem Verein der Rosenärzte verhandeln und sei berechtigt, eine Verbilligung des Honorars zu beanspruchen. Da die beiden Verbandsvorstands-Mitglieder mit einer zu wählenden Kommission die Grundlagen eines neuen Vertrags berathen wollen, wird nach einer längeren Debatte ein Antrag angenommen, der besagt, die bisherigen Vertreter der Klassen als Kommission zu belassen und zu einer schleunigen Sitzung zu berufen, Daraus wird mit großer Majorität folgende Resolution angenommen:

Die Vertreter und Vorstandsmitglieder der dem Verband Hamburg angehörenden freien eingeschriebenen Hilfsklassen, erkliden in dem rigorosen Vorgehen des Verbandsvorstandes eine Vergeßlichkeit der den freien Hilfsklassen gebührenden Selbstbestimmung und erheben hiermit entschieden Protest gegen ein derartiges Vorgehen des derzeitigen Verbandsvorstandes.

Die freie Vereinigung der Militärmittelmacher hatte am 12. Januar ihre Generalversammlung einberufen. Nach dem Bericht des Vorstandes über seine Geschäftsführung unterbreitete der Kassier der Versammlung den Kassenericht. Derselbe weist eine Einnahme von 87,00 und eine Ausgabe von 37,35 M. auf; mit einem vorhandenen Bestand beträgt das Vermögen des Vereins 116,25 M. Die hierauf vollzogene Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Fischöder erster, Kramer zweiter Vorsitzender; Diegard erster, Stockhaus zweiter Schriftführer; Hoffmann erster, Gollowski zweiter Kassier; Hinz, Weisner; Reissoren, Müller, Wende und Walthar. Ein Antrag Wang, die Sperrre über die Verhätten Schläter, Seelig und Franke aufzuheben, soll der nächsten öffentlichen Versammlung unterbreitet werden. Diese Versammlung findet am 26. Januar statt.

Der Fachverein der Klempner hatte in seiner Sitzung am 18. Januar eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen, die der Besprechung von Vereinsangelegenheiten gewidmet war. Nach dem Bericht der Kommission und der Wahl von drei Mitgliedern für den Arbeitsnachweis verließ der Kassier den Kassenericht, der einen Baarbestand von 290,23 M. aufweist. Dem Mitglied Müller wird das Amt des Bibliothekars übertragen, und hierauf für Anschaffung neuer Werke 50 M. bewilligt. Zu Revisoren wählt die Versammlung die Mitglieder Gerlich und Klein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Eine Bezirks-Versammlung fand am 13. Januar für den Westen bei Sach, Kurfürststraße 31, statt. Der Vortrag wurde des schwachen Besuches wegen abgesetzt. Zu „Verständens“ theilt Kollege Köster mit, daß er gewillt sei, sein Amt als Bezirksführer nieder zu legen. Doch war er damit einverstanden, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gesetzt wird. Vertrauensmänner-Versammlungen finden statt: Dienstag, den 22. Januar bei Grube, Mariendorferstr. 5, und am Mittwoch, den 23. Januar bei Behrend, Blumenthalstr. 5.

Eine öffentliche Generalversammlung sämmtlicher Berliner Maurer, welche sehr gut besucht war, tagte am 13. Januar im Louisenstädtischen Konzerthaus. Die Hauptaufgabe dieser allgemeinen Versammlung war, Delegirte in die Gewerkschafts-Kommission zu senden, ohne Rücksicht zu nehmen auf deren Stellung im Streite um die Organisationsform. Delegirte der Maurer, die in besonderen Versammlungen der lokalen, wie der zentralen Richtung gewählt worden waren, hatte der Ausschuss der Gewerkschafts-Kommission mit der Erklärung zurückgewiesen, nur Delegirte der Maurer überhaupt, nicht aber solche der zentralorganisirten und andererorts solche der lokalorganisirten Maurer anerkennen zu dürfen. Legeler (Maurer) und Faber (Vorsteher des Gewerkschafts-Bureaus) legten dies der Versammlung dar. Knöppchen sprach sich dann gegen jede Theilnahme an der Gewerkschafts-Kommission aus, wobei ihm verschiedene Mißverständnisse unterlegte, die Faber berichtete. Die Versammlung beschloß, Delegirte zu wählen. Belegentlich der Debatte über die vorgeschlagenen Kandidaten kam es zu einer längeren Auseinandersetzung über Vorwürfe, die dem ebenfalls

vorgeschlagenen Maurer Blaurock gemacht wurden. Einen Antrag, die Angelegenheit Blaurock durch eine Kommission gründlich untersuchen zu lassen, nahm die Versammlung an. In die Gewerkschaftskommission delegierte man Hempel und Panzer. Nachdem Silber Schmidt dafür eingetreten war, daß sich nun auch jeder bei der Aufbringung der notwendigen Mittel beteiligen möge, bedauerte Behrendt, daß unter den Berliner Maurern der Geist des Zwiespalts herrsche, und forderte zu einheitlichem Vorgehen auf. Darauf hielt Dr. Luz unter lebhafter Zustimmung einen interessanten Vortrag über: „Klassenkämpfe vor 300 Jahren“.

In einer Versammlung der Freien Vereinigung der Bauarbeiter referierte am 13. Januar Genosse Adolf Hoffmann über das Thema: „Das moderne Maurerthum“. Hieraus ergab sich die Abrechnung vom vierten Quartal 1894 zur Verlesung, die einen Bestand von 179,06 M. aufweist. Zur Verhandlung steht sodann ein Antrag Bernau betreffs Anschluß an den Zentralverband. Es wurde beschlossen, zu diesem Zweck eine Generalversammlung auf Sonntag, den 10. Februar, nach dem Swinemünder Gesellschaftshaus einzuberufen.

Die Kürschner hielten am 14. Januar ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. Zunächst unterbreitet der Kollege Schreitmüller den Bericht des Arbeitsnachweises, wobei er die Bitte ausspricht, die Kollegen möchten den Arbeitsnachweis mehr als bisher in Anspruch nehmen. Hieraus wurde von den Kollegen Kegel und Wittmann der Streit der Kürschner Kollegen nochmals besprochen und dabei die Handlungsweise des Juristeneidgenossen Lindner in Röhra besonders kritisiert. Es erging an die Anwesenden die Aufforderung, die streifenden Kollegen besser als dies bisher geschehen zu unterstützen. Im Verhältnis zu der Zahl der Berliner Kollegschaft sind die bisherigen Leistungen viel zu geringe. Sehen die Röhraer Kollegen ihre Forderungen nicht durch, so ist das gleichzeitig ein Schlag für die ganzen Juristen der Leipziger Umgegend. Hieraus wurde vom Kassier Hübner die Abrechnung vom 3. Quartal zur Verlesung gebracht und demselben Decharge erteilt. Ein Antrag, der eine längere Debatte zeitigte, lautete: „Wie stellen wir uns zu einer bevorstehenden Lohnbewegung der selbständigen Mähermacher“. Die Redner äußerten sich dahin, daß die Selbständigen es hätten vermeiden sollen, den Arbeitern im Jahre 1893 bei ihrem Streit entgegen zu treten, sondern vielmehr mit ihnen Hand in Hand gegen die Fabrikanten Stellung nehmen mußten. Durch gemeinschaftliches Vorgehen wäre für beide Theile etwas zu erreichen. In diesem Jahre ist die Lage so, daß man in eine Lohnbewegung nicht eintreten kann, da die Organisation finanziell sehr schwach gestellt ist und die wenigen organisierten Kollegen auch nichts ausrichten können. Zudem ist auch die Geschäftslage eine derartig traurige, daß eine Aussicht auf Erfolg nicht vorhanden ist. Herr Thomien (Selbständiger) bemerkte u. a. daß der Kampf ein sehr schwerer sein wird, da auch von den Selbständigen nur sehr wenige organisiert sind. Zwar verbreitet sich ja auch schon unter ihnen die Ansicht, daß sie durch eine Organisation eine Besserung ihrer höchst traurigen Lage herbeiführen können. Darauf wurde eine Resolution angenommen, die vorläufig keine bestimmte Stellung zur Frage nimmt, sonst aber den Standpunkt der Diskussionsredner einnimmt. Nach Erledigung einiger Wahlen verlas Kollege Kegel einen Brief der Stülffer Kollegen, die einen Bericht über ihren Streit geben. Ein Brief aus Hamburg, wo die Firma Bromberg Lohnreduktion vorgenommen hat, theilt mit, daß die Kollegen auch hier gezwungen sind, die Arbeit einzustellen. Redner erwähnt die Kollegen, beide Orte zu meiden, um den Kampf nicht zu erschweren.

In einer Versammlung der Möbelpolier, die am 14. Januar tagte, sprach Genosse Kurth in einem interessanten Vortrag über Gerhard Hauptmann's Weber. Unter Vereinsangelegenheiten wird den Mitgliedern bekannt gegeben, daß für den Norden ein Arbeitsnachweis bei Schibistki, Antlamerstr. 32, eröffnet ist. Nach Entgegennahme der Abrechnung erfolgte der Schluß der Versammlung.

Der Fachverein der in der Lederwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter hielt am 14. Januar eine Mitgliederversammlung ab. Von einem Vortrag wurde Abstand genommen und sogleich zum zweiten Punkt der Tagesordnung übergegangen: Besprechung über die Vertrauensmännerfrage. Nach einer längeren Debatte wird beschlossen, in jeder Werkstatt einen Vertrauensmann zu wählen, und sollen zu diesem Zweck die Arbeiter der einzelnen Werkstätten besonders eingeladen werden. Der Arbeitsnachweis wird nach dem Lokal des Herrn Max Schulz, Oranienstraße 16, verlegt.

Die Freie Kranken- und Begräbniskasse der Schuhmacher und Berufsangehörigen des Vereins (G. N. 27) hielt am 14. Januar die jährliche Generalversammlung ab mit der Tagesordnung: Kassenbericht, Wahl des Vorstandes und des Ausschusses. Die Kasse hat ein Gesamtvermögen von 13 353,54 M. Die Zahl der Mitglieder beträgt 450. Der wöchentliche Beitrag ist 40 Pf. Als Krankenunterstützung wird an die versicherungspflichtigen Mitglieder 10,50 M. sowie Arzt und Medizin gewährt, nichtversicherungspflichtige Mitglieder erhalten 15 M. 22 1/2 Pf. die Woche ausbezahlt und bezahlen Arzt und Medizin selbst. Herzogwahl ist für alle Mitglieder vollständig frei. Der seitherige Vorstand wurde wiedergewählt. Das Kassenlokal befindet sich Annenstraße 16.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 14. d. M. eine Generalversammlung bei Reigmüller, Alte Jakobstr. 48a, ab. Zunächst nimmt die Versammlung die Abrechnung vom IV. Quartal entgegen. Diefelbe ergab eine Einnahme von 601,40 M., wofür eine Ausgabe von 840,15 M. gegenüber stand, mithin ein Ueberschuß von 261,25 M. Mit dem Bestand vom III. Quartal ergibt dies ein Vermögen von 1067,88 M. Der Jahresbericht ergab folgendes Resultat: Einnahme 2665,81 M., Ausgabe 2377,98 M. Sodann erteilte die Versammlung dem Vorstande die Sanction über die ausgezahlten Gelder zur Unterstützung der Streikenden mit der Bestimmung, weitere künftige Gelder zu demselben Zweck der Kommission zu überweisen. Hieraus wurden die Wahlen der Werkstattdirektoren, Arbeitsvermittlungs- und Rechtsschutz-Kommissionen vollzogen, sowie einem Antrag zugestimmt, die Maßregelungsunterstützung wieder auf 18 M. zu erhöhen. Ein Antrag, die Streikbrecher bei Görs und Kallmann aus dem Verein auszuschließen respektive nicht in den Verein aufzunehmen, wird nach gebührender Würdigung dieses unsolidarischen Benehmens, angenommen. Besonders wurde das Verhalten des Herrn Gräß kritisiert, welcher erst vor kurzem Unterstützungen vom Verein bezogen hatte und nun als Streikbrecher in die erwähnte Fabrik gegangen ist. Weiter wurde bekannt gemacht, daß über die Brauche Zusammenkunft in der Fabrik von Kunze, Blumenstraße, die Sperre in einer öffentlichen Versammlung verhängt worden ist. Zum Schluß weist der Vorsitzende auf den Maskenball hin, der am 2. Februar stattfinden wird.

Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter tagte am 13. Januar in den Arminhallen eine Braucherversammlung der Metallarbeiter, in der Genosse Schöpflin einen Vortrag hielt. Referent entledigte sich seiner Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit der Anwesenden, und schloß mit dem Appell fest und treu zur Organisation zu halten. Zum dritten Punkt der Tagesordnung: der Streit bei der Firma Edwy und Söhne, wurde, wie schon bereits im „Vorwärts“ mitgeteilt, für erledigt erklärt, und zwar zu gunsten der Kollegen. Die weiteren Verhandlungen wendeten sich den Verhältnissen von Ehrig, Gräß, Schwinger und Gräß zu. Ueber die Angelegenheit bei Schwinger und Gräß soll noch nähere Information eingegeben werden. Zum Schluß spricht der Vorsitzende seinen Dank aus für die Unterstützungen, die dem verunglückten Kollegen Besch zu theil geworden sind.

Der Gauverein der Berliner Bildhauer tagte am 15. Januar. Nach Regelung einer internen Angelegenheit wird seitens der Revisoren der Rechenschaftsbericht verlesen und dann Verwalter und Kassier Decharge erteilt. An den Rechenschaftsbericht anschließend bringt Kollege Winkler eine vergleichende Uebersicht der Jahresberichte von 1890-94, aus welcher zu ersehen ist, daß die Jahreseinnahmen und Ausgaben seit 1890 auf das dreifache gestiegen sind. Der Mitgliederstand nahm von 1890-92 etwas ab, stieg dann wieder stetig und ist am Schlusse 1894 fast so hoch wie 1890. Hieraus findet die Neuwahl des Vorstandes statt. Es werden gewählt zum 1. Vorsitzenden Pohlmann, 2. Vorsitzenden Brachwitz, Schriftführer Paulin und Kohl, Beisitzer Pott und Walter, Verwalter Stöber, Kassier Meyer. Sandvoß und Hagenstein, welche als Revisoren ausgeschieden sollten, werden im Amte belassen und zwei neue Revisoren an Stelle der sämmtlichen gewählt. Die Wahl fällt auf die Kollegen Götz und Kugelowski. Nachdem noch einige Ergänzungswahlen zu den Kommissionen erledigt sind, wird noch beschlossen, die Versammlung am 29. Januar zu gunsten einer öffentlichen Bildhauer-Versammlung ausfallen zu lassen.

Der Zentralverband der Glaser und verwandten Berufsangehörigen hielt am 15. d. M. eine Generalversammlung ab. Nach Erledigung der Vorstandswahl und des Kassierberichts, der eine Einnahme von 278,06 M. und eine Ausgabe von 132,80 M. ergab, machte der Bevollmächtigte bekannt, daß der Verbandstag in Berlin an den beiden Oster-Festtagen in den Arminhallen, Kommandantenstraße, stattfinden wird. Da Anträge zum Verbandstag bis zum 15. Februar an den Zentralvorstand eingereicht sein müssen, findet Anfang Februar eine Versammlung mit entsprechender Tagesordnung statt. Die Mitglieder werden gebeten, darauf zu achten.

Die Freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche Beschäftigten hielt am 15. Januar eine Generalversammlung ab. Der Kassier verlas zunächst den Kassenbericht vom vierten Quartal. Demnach betragen die Einnahmen inkl. Kassenbestand vom dritten Quartal 691,90 M., die Ausgaben 351,45 M. Der gesammte Kassenbestand beträgt am 1. Januar 1895 1066,15 M. Im verflochtenen Jahre wurden 12 Versammlungen und 15 Vorstandssitzungen abgehalten. Vom Arbeitsnachweis der Stahlbranche haben 30, von dem der Bandagisten 67 und von dem der Gürtler 12 Personen Arbeit erhalten. Außerdem sind am 25. durchreisende Kollegen Unterstützung gezahlt worden. Darauf wurde Giesert zum ersten und Meng zum zweiten Vorsitzenden, Schuster zum ersten und Bodin zum zweiten Kassier, Süßig zum ersten und Langbein zum zweiten Schriftführer, Mautrich, Nädiger und Scherle zu Beisitzern in den Vorstand gewählt. Zu Revisoren wurden Heise, Barisch und Fendius und zu Bibliothekaren Krause und Trapp ernannt. Die Arbeitsnachweise übergab man Tschornitz, Berner und Behne zur Verwaltung. Im Anschluß hieran wurden den streifenden Instrumenten-Arbeitern von Görs u. Kallmann 50 M. bewilligt. Ferner wird aufgefordert, in kurzer Zeit die Brannerlisten abzuliefern. Am 10. Februar, mittags 1 Uhr, findet in der „Aramia“ eine Vorstellung statt.

Vor einer Mitgliederversammlung der Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigten Personen (Zentrale „Nord“) sprach am 15. Januar Genosse Winter über „Die Arbeiter und der Kapitalismus“. An der Diskussion beteiligten sich einige Kollegen im Sinne des Referenten. Alsdann verlas der Kassier die Abrechnung vom 4. Quartal, welche für richtig befunden wurde. Kollege Kronhage II wurde als Revisor gewählt. Ferner soll eine Hilfs-Zahlstelle beim Kollegen Gaede, Restauration, Genstr. 17, errichtet werden. Nach der Meinung der Versammlung soll die nächste Generalversammlung „Pingsten“, und zwar in Hamburg abgehalten werden. Die Mitglieder wurden ersucht, sich am dem am Sonntag, den 26. Januar, stattfindenden I. Stiftungsfest in Duhle's Lokal, Grenadierstr. 33, recht rege zu beteiligen.

Die Orts-Krankenkasse der Barbier hielt in der Nacht zum 15. d. Mts. in den Parlamentshallen eine Generalversammlung ab. Der Redant Kofler referierte über die gegenwärtige Geschäftslage der Kasse. Er bemerkte, daß die Kasse im laufenden Geschäftsjahr mit einem Defizit von 1600-2000 M. abschließen würde. Durch die Ueberschüsse, welchen die Kasse ausgesetzt gewesen sei, erwachsen derselben in zwei Fällen allein über 2000 M. Unkosten, worin aber gerichtlicher Entscheid beantragt ist. Die Gehälter der Beamten seien für das laufende Jahr um 600 M. gekürzt. Die Mitgliederzahl betrug sich auf 1500, jezt nur noch ungefähr auf 500. Denn jedes Mitglied, welches bei einem Innungsmeister anfangs zu arbeiten, werde durch die Privilegien der Innungsstelle gezwungen, derselben beizutreten. Bei diesem Uebertritt verbleiben der Ortskasse aber meist die Kranken, wodurch derselben bedeutende Kosten entstehen. Redner kommt dann auf die öffentliche Versammlung zu sprechen, welche von den Gehilfen einberufen war mit der Tagesordnung: „Der Schandrian in der Verwaltung der Orts-Krankenkassen“, und erklärt, daß alle Anschuldigungen, die hier erhoben seien gegen die Verwaltung, jeder Basis entbehren. Er schloß mit der Mahnung, daß alle für die Kasse eintreten und das Mißtrauen gegen die Verwaltung fallen lassen müßten, da sonst die Beiträge erhöht, oder aber die Ortskasse der allgemeinen Arbeiterkasse zugetheilt werden müsse. Rechtsanwalt Bauer als gerichtlicher Beistand der Kasse legte die Fälle klar, welche ihm von der Kasse übertragen seien und drückte die Hoffnung aus, daß die Kasse wieder zu ihrem Gelde gelangen werde. Daß als Revisor erkannt die Buchführung als eine korrekte an, bemängelt aber einige Ausgaben. Meyer wendet sich gegen die Verwaltung der Kasse, welche die Versammlungen immer zu einer Zeit einberufe, wo die Arbeitnehmer im Geschäft sein müßten, folglich bewillige die Generalversammlung auch alles. Das Mißtrauen der Mitglieder sei natürlich, wo nur Arbeitgeber im Vorstand gewesen seien, darunter auch Innungsmeister, deren Gehilfen der Innungskasse angehören. Hieraus wurde die Versammlung um 2 Uhr nachts geschlossen.

Am 15. Januar tagte eine von ungefähr 400 Personen besuchte öffentliche Versammlung der Bäcker. Zur Beratung standen die Anträge zu dem am 20. und 21. Februar dieses Jahres stattfindenden Wädertage und Wahl der Delegirten. Der Vorsitzende Bäcker Pfeifer schilderte zunächst den Zweck des Kongresses und führte aus, daß die Bäcker in erster Linie zwei Punkte im Auge behalten müßten, und zwar, da die Regierung den Maximal-Arbeitstag immer weiter in die Ferne rückt, die zwangsweise Einführung desselben und zweitens Abschaffung des Kommissionärwesens. Haben wir erst diese beiden Forderungen errungen, dann werden wir auch weiter kommen. Gewählt als Delegirte wurden Pfeifer, Most und Scholz, als Ergänzungsmänner Schläfer und Dally. Allgemein wurde bedauert, daß der Referent, Reichstags-Abgeordneter Mollenhuth, nicht erschienen war. Zum Schluß ergab folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung der Bäcker-Arbeiter erklärt sich mit dem Vorgehen der Regierung in betreff des Maximal-Arbeitstages nicht einverstanden und ersucht hiermit die Regierung, sobald als möglich den Maximal-Arbeitstag im Bäckergewerbe einzuführen, damit die schlimmsten Zustände, welche bei uns herrschen, beseitigt werden.“

Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter hielt am 16. d. Mts. eine Verbandversammlung für den Norden ab. Genosse Schöpflin sprach an stelle des am Erscheinen verhinderten Genossen Wiedemann über das Thema: „Gott Mammon und sein Paradies“. Im Punkt „Geschiedenes“ rügte der Vorsitzende die Nachlässigkeit der Kollegen im Besuch von Versammlungen. Ferner wurde zur fleißigen Benutzung der Verbands-Bibliothek aufgefordert. Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten schloß der Vorsitzende mit der

Mittheilung, daß am 4. Februar die Generalversammlung stattfindet, die Versammlung.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirth Berlin und Umgegend hielt am 18. Januar im Lokal von Henke, Naunynstr. 27, eine stark besuchte Mitgliederversammlung mit sehr reichhaltiger Tagesordnung ab. Der Vierteljahres-Bericht des Kassiers Köpcke wies mit dem vorigen Bestand von 2043,27 M. eine Einnahme von 2971,27 M. und eine Ausgabe von 463,00 M. auf, mithin blieb ein Bestand von 2508,27 M. Die Extra-Unterstützungskasse enthält 76,24 M. Nach Ertheilung der Decharge erstattete Genadi den Bericht der Rechtsschutz-Kommission, wobei er konstatarie, daß nach den vielen einkaufenden Gesuchen um Gewährung von Rechtsschutz, der „neueste Kurs“ auch bereits auf das Gastwirthsgewerbe seinen unheilvollen Einfluß geltend mache. In der Debatte über diesen Bericht beklagte Trittelwisch die Unvollkommenheit des Rechtsschutz-Reglements. Wendi kritisierte das Verhalten der Kommission ihm gegenüber. Lorenz und Zubeil trachteten die Kommission bzw. widerlegten die Beschwerden als unbegründet. Ueber einen Vortrag des Vorsitzenden Lorenz: „Rechte und Pflichten der Mitglieder“, entspann sich eine längere Diskussion. Es wurden verschiedene Wünsche um Aenderungen des Statuts und des Rechtsschutz-Reglements laut, doch schließlich ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen. Rummel erhielt Gastwirthsgelübte Schröder das Wort, der verschiedene Mitglieder des Vereins beschuldigte, daß sie bei Bedarf an Reklamen u. nicht den Arbeitsnachweis der organisierten Gastwirthsgehilfen benützen. Die benannten Personen stellten dies entschieden in Abrede und verwahrten sich auch dagegen, daß sie nicht die tarifmäßigen Lohnsätze bezahlten. Schröder wurde im Laufe der längeren, unermüdlichen Debatte von allen Seiten heftig angegriffen, ebenso auch die Organisation, die er vertret, bis endlich ein Schlußantrag gestellt und angenommen wurde. Der 6. Punkt der Tagesordnung betraf: Stellungnahme zu dem Artikel des „Vorwärts“ vom 3. Januar: „Nachklänge vom Bierbockott“, den Gärtnher unter sehr geringer Aufmerksamkeit und bei großer Anruhe der Versammlung verlas. Wegen der Wichtigkeit dieser Tagesordnung verlangten Dillert und Zubeil die Einberufung einer neuen außerordentlichen Mitgliederversammlung, die auch schließlich für den nächsten Freitag festgesetzt wurde und in demselben Lokal stattfinden soll. Der Gastwirth Kelle (Schönhäuser Allee), der seinen Hausdiener mißhandelt hat und deshalb verschiedene „Anpassungen“ ausgeführt war, ließ durch den Vorsitzenden seinen Austritt aus dem Verein verkünden. (Ironisches Bravo!) Eine von Gärtnher gestellte Resolution: „Die v. Versammlung beschließt, aus denjenigen Brauereien, welche andere als a. u. g. e. s. p. e. r. t. e. Brauer, Brauereihilfsarbeiter und Böttcher einstellen, resp. die bei Beendigung des Bierbockotts gestellten Bedingungen nicht einhalten, kein Bier zu beziehen“, fand einstimmige Annahme.

Stralsund. Unter rege Theilnahme wurde hier am 18. d. M. im „Schweizerhäuschen“, Markgrafendamm 19, eine Volksversammlung abgehalten, in der Genosse Theodor Rehner über „Die politische Lage“ sprach. Anschließend an den mit Beifall aufgenommenen Vortrag erstattete die Lokalkommission Bericht. Namens derselben betonte Philipp, daß mit der Aufhebung des Bierbockotts keineswegs auch die Saalsperr aufgehoben sei. Dem vorläufigen Bedürfnis genüge das zur Verfügung stehende Schweizerhäuschen, nach anderen Sälen sei gar kein Verlangen vorhanden. Eine Ausnahme sei jedoch mit der „Alten Laverne“ zu machen. Der Inhaber, Gastwirth Schröder, eingesezier Oekonom einer boglottirt gewesenen Brauerei, habe i. J. infolge seiner Abhängigkeit von der Brauerei den Saal sperren müssen. Nach Aufhebung des Bierbockotts habe sich Herr Schröder wieder an die Lokalkommission gemandt und sich der Arbeiterkass zur Verfügung gestellt, sich auch auf die bekannten Forderungen der Arbeiterkass verpflichtet. In Berücksichtigung aller in betracht kommenden Umstände befürworteten die Lokalkommission und sämmtliche Diskussionsredner die Annahme des Schröder'schen Anerbietens und wurde einstimmig beschlossen, die „Alte Laverne“ wieder in die Lokalliste aufzunehmen. Auf weitere Säle wurde dankend im voraus verzichtet und ausdrücklich beschlossen, Säle nur bei Volksversammlungen über die Aufnahme von Sälen in die Lokalliste zu befinden haben. Das Anschlagswesen in den Bortenzeitige hierauf eine längere Erörterung. Wie mitgetheilt wurde, ist Rummelsburg seit kurzem mit 15 Anschlagssäulen beglückt worden. Pächter derselben ist der Buchdruckereibesitzer Herrgott, welcher den Buchdruckertarif nicht bezahle. Bemängelt wurde demzufolge, daß Plakate zu Volksversammlungen u. die bei Herrgott gedruckt seien, die Anschlagssäulen zielen. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß mit dem Insulbretzeln der Anschlagssäulen das Ankleben an anderen Orten als an den Säulen der hohen Obrigkeit verboten sei. Die Säulen müßten also benutzt werden. Würden anderweitig gedruckte Plakate zum Anschlag an die Säulen gebracht, so würde Herrgott hierfür einen hohen Preis fordern, wodurch die Arbeiter benachtheiligt würden. Andererseits spreche hier der Umstand mit, daß der Gastwirth Bommel für Veranstaltungen in seinem Lokale die Plakate liefere, sich aber vorbehalten habe, die Plakate drucken zu lassen, wo er es für gut befände. Daß seine Wahl nun gerade auf Herrgott gefallen sei, sei allerdings bedauerlich. Wie ein Genosse aus Weihensee mittheilte, besthe dort in bezug auf das Anschlagswesen genau dieselbe Katastrophe wie in Rummelsburg. Die Genossen zu Weihensee seien nun sehr praktisch zu Werke gegangen, indem sie sich nicht der Anschlagssäulen, sondern der Handzettel zur Bekanntheit von Versammlungen u. bedienen. Sie hätten mit diesem Verfahren nach jeder Hinsicht gute Erfahrungen gemacht und wurde dasselbe auch den Genossen in Rummelsburg empfohlen. Da diese in dieser Angelegenheit nur zuständig sind, so wurde ein Beschluß nicht gefaßt.

Mariendorf. Hier tagte am 13. Januar eine Volksversammlung, die leider nur schwach besucht war. Auf der Tagesordnung stand: Wahl der Vertrauensmänner und Lokalkommission. In einer vorausgegangenen Versammlung konnte nur der Vertrauensmann für Mariendorf gewählt werden. Leider konnten auch in dieser Versammlung die Wahlen nicht erledigt werden. Die Genossen werden deshalb noch einmal energisch an ihre Pflicht erinnert und aufgefordert, in der am 27. Januar in Mariensfeld bei Teufschtein stattfindenden Volksversammlung Mann für Mann zu erscheinen, damit die traurigen Zustände in unseren Ortschaften aufhören.

Die Umfuryvorlage war das Thema, über welches der Reichstags-Abgeordnete Friß Zubeil in der Volksversammlung für Schöneberg am 17. d. M. sprach. Die Parteigenossen waren, dank der Fürsorge der Polizei, welche, nachdem ca. 120 Personen Einlaß gefunden hatten, das Lokal absperrte, sehr schwach im Saale vertreten, während draußen noch viele vergeblich um Einlaß gebethen. Der Referent erläuterte der Versammlung in eingehender Weise die Bedeutung der Umfuryvorlage. In einigen Beispielen zeigte der Redner, welche drakonischen Strafen auf die harmlosesten Aeußerungen nach den neuen Paragraphen verhängt werden können, wenn die Vorlage in dieser Fassung angenommen würde. Mögen die herrschenden Parteien machen was sie wollen, so schloß der Redner seinen oft von Beifall unterbrochenen Vortrag, wir werden uns danach richten, gehts auf eine Weise nicht, so auf eine andere. Wir werden nicht eher ruhen, bis das sozialdemokratische Banner gesetzt, bis der Ruf: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ zur Wahrheit geworden ist. Eine Diskussion fand nicht statt wegen der vorgerückten Zeit. Die Berliner Resolution wurde einstimmig angenommen. Genosse Köster bespricht hierauf die Handhabung des Vereins- und Verammlungsgegesetzes seitens der Schöneberger Behörde. Trotzdem erst kürzlich eine Strafammer vom Landgericht II entschieden hat, daß öffentliche Ver-

sammlungen sich nicht an die Polizeistunde zu kehren haben, möge man sich heute wieder die Praxis ansehen. Wegen der Sperrung des Lokals müsse unbedingt die Besprechung eingestellt werden. Nachdem noch mehrere Redner in dieser Angelegenheit gesprochen, löste der überwachende Beamte die Versammlung wegen Eintritt der Polizeistunde auf.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Brief und Nachname oder eine Stadt) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.  
S. S. Sie müssen zunächst Ersatz des Schadens leisten, den Sie durch Ihren Diebstahl dem Manne zugefügt haben.

S. S. 7. Wenn die Operation notwendig ist und Ihnen keinen weiteren Schaden zufügen kann, ja. Darüber hat der Arzt zu befinden.

S. N., Budapest. Distriktparagraph wird in Elßb-Lothringen der § 10 des Verwaltungs-Gesetzes für Elßb-Lothringen, das am 30. Dezember 1871 erlassen wurde, genannt. Durch Gesetz vom 4. Juli 1879 wurden diese Nachbefugnisse auf den Statthalter übertragen. Als Hohenlohe und Köller nach Elßb-Lothringen kamen, war der Distriktparagraph schon in Kraft.

Treichel. Die Erben des Miethers sind nach dem Tode desselben noch ein halbes Jahr lang, von dem Ablauf desjenigen Quartals, in welchem der Tod erfolgt, an dem Vertrag gebunden.

Hoffnung. Eine heimliche Trauung giebt es überhaupt nicht, die Ehe wird gültig vor einem Standesbeamten geschlossen. Kirchlicher Trauung bedarf es nicht. So lange Ihre Eltern leben, haben Sie von denselben gar nichts zu beanspruchen.

M. S. Rein.  
S. 44. Geben Sie den Sachverhalt an.  
S. S. Ihre Fragen sind nicht verständlich.  
Joachimthal. Die Adoption erfolgt durch einen schriftlichen Vertrag und bedarf der Bestätigung durch das Amtsgericht.  
T. M. 7. Dazu war ein Gastwirt nicht verpflichtet.  
S. W. Zuchthaus bis zu 5 Jahren verurteilt in 15 Jahren.  
Frage 2 ist unverständlich.  
S. S. Ihre Frage ist nicht verständlich.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber die Verantwortung.

### Theater.

Dienstag, den 22. Januar.  
Opernhaus. Hänsel und Gretel.  
Mata.  
Schauspielhaus. Nathan der Weise.  
Deutsches Theater. Klein Goliath.  
Berliner Theater. Der Kompanjon.  
Festung-Theater. Ohismond.  
Neues Theater. Demi-Monde.  
Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt.  
Theater Unter den Linden. Der Brodelkuch.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Die Hebermänn.  
Schiller-Theater. Sagar's Sohn.  
Selbstheilung-Theater. Mein junger Mann.  
Central-Theater. O! diese Berliner.  
Adolph Ernst-Theater. Ein fideles Korps.  
Alexanderplatz-Theater. Das Privatlogis. Die Dilettante.  
National-Theater. Undine, die Fürstin der Wellen.  
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.  
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.  
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.  
Santmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

### Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)  
Wallner-Theaterstrasse.  
Dienstag, 22. Januar, abends 8 Uhr:  
Sagar's Sohn.  
Mittwoch, 23. Januar, abends 8 Uhr:  
Sagar's Sohn.  
Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr:  
Sagar's Sohn.  
Freitag, 25. Januar, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male: Der zerbrochene Krug, Lustspiel in 1 Akt von Heinrich Heine. Frauenkampf, Lustspiel in 3 Akten von Scribe.  
Sonnabend, den 26. Januar, abends 8 Uhr:  
Der zerbrochene Krug. Frauenkampf.  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
Der Weichensprecher. Abends 8 Uhr:  
Prinz Friedrich von Homburg.

### National-Theater.

Große Frankfurterstrasse 132.  
Undine, die Fürstin der Wellen.  
Großes Ausstattungstück mit Gesang in 4 Akten und einem Vorspiel von Wilhelm. Neu bearbeitet von Dr. Ed. Jacobsohn. Musik von G. Michaelis.  
Regie: Max Samt.  
Aufführung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.  
Gastspiel der Igl. Hofchauspielerin Julia Seibt, des Hrn. Carl Wasselsky vom Stadt-Theater in Hamburg und des Hrn. Ernst Eppstein vom Stadt-Theater in Würzburg.  
Die Braut von Messina.  
Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.

### Central-Theater

Alte Jakobstrasse Nr. 30.  
Emil Thomas u. G.  
Anna Bäckers. Josefina Dora.  
Zum 141. Male:  
O, diese Berliner!  
Große Posse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund.  
Musik von Julius Gindshofer.  
Anfang 1/8 Uhr.  
Morgen:  
O, diese Berliner!

### Adolph Ernst-Theater

Auftreten der Grotesktänzerin Miss Rose Bachelor vom Prince of Wales-Theater in London.  
Zum 28. Male:  
Ein fideles Corps.  
Große Gesangsposse mit Tanz. Nach dem englischen „A Gaiety Girl“ von Jonas Edwin, frei bearbeitet von Eduard Jacobsen und Jean Stern.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Infolge des großen Andrangs bleibt die Halle von Vormittags 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

### Parodie-Theater

Oranien-Strasse 52 (am Moritzpl.).  
Die Weber.  
Vorher: Im Fluge durch die Welt.  
Tanzkünstler. Anfang 1/8 Uhr.

### Kaufmann's Variété.

Maude ist da!  
deshalb täglich ausverkauft.  
Keine Reklame, Thatsache!  
Haben Sie Maude als Pauline vom Ballet gesehen? Nein! Da haben Sie überhaupt noch nicht gesehen, denn es ist die unbegreiflich schönste Schauspieler, die ich je gesehen habe!  
Außerdem 16 Glanz-Arn.

### Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen!  
Die Kissen des dunkeln Erdheils:  
Die Dinka,  
40 Männer, Frauen u. Kinder.  
Das scheckige Mädchen Mariotta.  
Weihnachts-Ausstellung

### Feen-Palast

Gurgelstr. 22, neben der Börse.  
Täglich  
Gr. Spezialität-Vorstellung  
Auftreten von 20 Künstlern allerersten Ranges.  
Entree 30 Pf. (Anfang Wochen- tags 7 1/2 Uhr.  
Sonntags: Concert 6 Uhr. Vorstellung 7 Uhr.  
Der ca. 5000 Personen fassende Saal steht den pp. Vereinen und Gewerkschaften zu Freilichkeiten zur Verfügung. Auch können an allen Tagen bis 8 Uhr nachmittags Versammlungen abgehalten werden.  
Die Direction.

Unter den Linden 21.  
Ben- Jeden Sonntag  
Nachmittags  
Orientalische Familienvorstlg. zu halb. Preisen.  
Zauber und Bey's  
Wunder.  
Täglich Anfang 1/8 Uhr.

### Circus Renz

Carlstrasse.  
Dienstag, den 22. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Extra-Vorstellung. Besonders hervorzuheben: 6 Trakehner Rapphengste, in Freiheit vorgeführt von Hrn. Rob. Renz. Das Schulpferd Cromwell; hierauf der Steiger Alop, geritten von Frau Renz-Stark. Jeu de barro, komische Vaudeville. Hr. Franconi, Saltimortale-Neiter. Hr. Clark, als Jongleur. Auftreten des Hrn. Gustav Hüttemann (als Gast) mit seinem Schulpferde Cincinatus. Auftreten des beliebten „August“ Hr. Lavater Leo, sowie der excentrischen Mowms Gobr. Permann u. c. Zum Schluss: Tjo Ni En. (Neu Jahreswechsel in Peking.) Neues Musik-Ensemble.  
Morgen, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr: Große brillante Vorstellung. Tjo Ni En. Herr G. Hüttemann (als Gast). Fr. Renz, Kommissionsrat.  
Nur noch kurze Zeit!  
Circus G. Schumann.  
Friedrich Karl-Ufer.  
Texas Jack's American  
Prairie abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung.

### Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.  
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrer Bahnhof).  
Geöffnet von 5-10 Uhr.  
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.  
Näheres die Anschlagzettel.

### Passage-Panopticum.

Neu! Neu!  
Prof. Frdr. Schwing's  
Wandernde  
Lichtbilder.  
Das Lied  
von der Glocke  
in 15 lebenden Bildern  
mit transparentem  
Hintergrund.  
Musik von Romberg.  
Der Meister: Rob. Biberti  
vom Kgl. Opernhaus in Berlin.

### Böhmisches Brauhaus

Landsberger Allee.  
Jeden Dienstag:  
Stettiner  
Sänger  
(Meysel, Pietro, Britton, Eberius, Steidl, Röhl und Schrader.)  
Anfang 8 Uhr.  
Entree 50 Pf.  
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).  
Zum Schluss:  
Circus-Bilder  
Ensemble von Meysel.

### Berein sämtlicher Arbeiter u. Arbeiterinnen der Wäsche- und Kravattenbranche.

Mittwoch, d. 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Rieft, (Kleiner Saal) Weberstr. 17.  
Versammlung.  
Tagesordnung:  
1. Jahresbericht des Vorstandes. Jahres- und Vierteljahresbericht des Kassiers.  
2. Neuwahl des Gesamtvorstandes.  
3. Wahl von Revisoren.  
4. Verschiedenes.  
5. Verschiedenes.  
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.  
207/6 Der Vorstand.

### General-Versammlung d. Kranken- u. Sterbefälle Nr. 55

am Donnerstag, den 31. Januar cr., abds. 8 Uhr, im Saale des Jahnhanses, Linienstrasse Nr. 5.  
Tages-Ordnung:  
Kassenscheiter-Wahl. Grün-Buch legitimirt. (22766) Der Vorstand.

Am 20. d. Mts., früh 6 1/2 Uhr, entschließ nach langem Leiden mein lieber Mann, meiner Kinder sorgender Vater, Bruder, Onkel und Schwager, der Tischlermeister  
Rodolph Horst,  
im 48. Lebensjahre.  
Dies zeigt tiefbetrubt an  
Martha Horst geb. Haverbeck, nebst Kindern. 2283b  
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 23. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Jakobikirchhofes, Hermannstrasse, aus statt.

### Kranzbinderei u. Blumenhdlg. Robert Meyer,

Nr. 2. Mariannenstrasse Nr. 2.  
NB. Um häufigen Verkehr zu vermeiden, bitte ich meine Freunde und Genossen, genau auf meine Adresse zu achten.

### Achtung! Achtung!

Sozialdemokrat. Wahlverein  
f. d. 6. Berl. Reichstagswahlfr.  
Das Mitglied  
Friedrich Bandelow  
Arbeiter  
wird morgen, Mittwoch, nachm. 3 Uhr, aus Trauerhause, Putzburgerstrasse 18, vom Brauerhau  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
284/12 Der Vorstand.

### Achtung! Achtung!

Filzjah- Arbeiter.  
Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege  
Fritz Bandelow  
am 19. Januar, nachm. 2 Uhr, nach langem und schwerem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 23. d., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Putzburgerstrasse, nach dem Zions-gemeinde-Kirchhofe statt.  
Alle Vereinsmitglieder werden ersucht, sich zahlreich einzufinden.  
Der Vorstand.

### Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Webermeister 22776  
J. Lippmann,  
gestern nachmittags 4 Uhr, verschieden ist. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 23. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, vom Leichenhause des Emmauskirchhofes aus statt.  
Die trauernde Wittwe nebst Kindern.

### Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Versammlungen  
am Dienstag, den 22. Januar 1895, abends 8 Uhr. (Görlitzer Viertel.)  
Im Lokale des Herrn Henke, Rannhuststraße Nr. 27.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Schriftsteller E. Schlaikjer über: „Was haben die Künstler von der Sozialdemokratie zu erwarten?“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Gäste haben freien Zutritt.  
Stralauer Viertel.  
in Keller's Etablissement, Köpenstraße Nr. 29.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen F. Brendel über: „Die Ursachen der modernen Arbeiterbewegung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
80/11 Der Vorstand.

### Gr. Volksversammlung

zum Besten der  
Arbeiter-Bildungsschule  
am Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr,  
in Keller's großem Festsaal, Köpenstr. 29 (an der Frankfurterstrasse).  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wilh. Liebknecht über: Die Freiheit der Wissenschaft. 2. Diskussion.  
Zutritt hat jedermann. Um starke Beteiligung aller Genossen und Freunde der freien Wissenschaft wird ersucht.  
58/1 Der Einberufer.

### Gr. öffentl. Versammlung aller Gewerkschaften Berlins

heute, Dienstag, 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr,  
in Keller's Festsaal (großer Saal), Köpenstraße 29.  
Näheres siehe heute die Anschlagzettel.  
2280b Der Einberufer: Carl Quarder, Kl. Markstr. 20.

### Achtung! Schönhauser Vorstadt!

Mittwoch, den 23. Jan., abends 8 Uhr, in Keller's Salon, Schönhauser Allee 28:  
Große öffentliche  
Volks-Versammlung.  
Tagesordnung: Die Zeitungsfrage.  
Alle hierbei Interessirten sind eingeladen.  
297/10 Der Vertrauensmann, Rich. Augustin.

### Jordan's Bahn-Atelier, Müllerstr. 175, I.

Gehrig Feinstreife.  
Künstliche Zähne zu Klinik-Preisen.  
13042\*

### Todes-Anzeige.

Am 20. d. Mts. verschied nach schwerem Leiden unsere geliebte Mutter, Großmutter und Urgroßmutter im 79. Lebensjahre  
Henriette im 79. Lebensjahre, geb. Hertel. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 23. d. Mts., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgenkirchhofes vor d. Landberger Thor aus statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau 2282b  
Anna Rengelschlag,  
geb. Hahn, am 20. d. Mts., sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. d. Mts., nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle des Dankeskirchhofes statt.  
Der trauernde Gatte  
nebst Kindern.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Bauarbeiter 2287b  
Herrmann Weigt,  
plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 22. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmauskirchhofes aus statt.  
Die tiefbetrübte Wittwe  
Bertha Weigt, geb. Gross, nebst Kindern.

Möbel, gebraucht, kauft Möbel-Handlung Rosenthaler-Strasse 13.  
Inventur-Ausverkauf. Sehr billige Reste am Lager. D. Wurzel, Wangelstrasse 16. 2221b

# Bräuerei Pichelsdorf

Telephon: Amt Spandau Nr. 13.

Telephon: Berlin Amt VI Nr. 1116.

empfehlen ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere.

12453\*

Lagerbier, hell,

Exportbier, dunkel,

Markgrafen-Bräu nach Münchener Art.

Konstanteste Preise.

Niederlage: Berlin, Königin-Augustastraße 1, am Hasenplatz, Ringbahnbogen 1-8.

Prompteste Bedienung.

**Achtung!**  
Zahnerfabrik, auch Theilzahl., wöchentl. 1 Mark. Guckel, Lausitzer Platz 2, Elbasserstr. 12.

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für Cigarren-Fabrikanten **!! billigster Einkauf!!**

W. Hermann Müller

Berlin

Alexanderstr. 22.

Streng reelle Bedienung.

Creditgewährung nach Uebereinkunft!!

Ein Jeder mache den Versuch.

## Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königl. 59, vorn I., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit vertriehen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M. Theilzahlung gestattet. Brautleute ohne Anzahlung. Kleiderschränke 15, Küchenschränke, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Nussbaum-Kleiderschränke 30, Stühle 3 Mark, hochfeine Nussleiderschränke 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Cylindertische, Schreibsekretäre 13 Mark, Garderobenschränke, Paneele, Sophas 75, Buffets, Trumeaus 65 M., Betten, Konsistentische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlin zu besichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

## Bierdruck-Apparate

Lager flüssiger Kohlensäure zu herabgesetzten Preisen (1906L)

H. Reinhardt,

113 Brunnenstr. 113.



**Halb und Halb.**  
Mamppe mit Pomeranzen  
Feinste Likörmischung  
Champagnerflasche Mark 1,25  
Carl Mamppe  
Berlin, Veteranenstr. 24.  
Überall zu haben!

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. [2145b]

## Rum

anerkannt gut, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen à 10 Pf. billiger. **Echt Stonsdorfer Likör** à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10, —. **Jagber-Likör**, magenstärkend, Literflasche à 1,10, 1,60, 2, —. **Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft**, vorzügl., Literflasche à 1,30. **Ungarwein**, med. süß, 1/2 Ausbruch à Literflasche M. 2,10. Eugen Neumann & Co., Belle-Allianceplatz 6a, Neue Friedrichstr. 81, Oranienstr. 8, Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.



**Neugold-Remontoir-Uhren.**  
Marke **Neugold** gef. geschützt.  
Mit feinstem Schweizer Werk, genau reguliert, von echtem Gold nicht zu unterscheiden.  
3 Jahre Garantie für guten Gang.  
10 Jahre für unveränderliches Aussehen.  
Preis per Stück mit 2 Neugold-Edeln, einem Silberstein, M. 15, mit 2 Neugold-Edeln, Sprungedel-Edelstein, M. 20, Damen-Uhren mit 2 Neugold-Edeln (Sprungedel-Edelstein), M. 21, Neugold-Uhren in modernen Formen für Herren und Damen M. 5 u. 6, Neugold-Ringe für Herren und Damen M. 3,50. Versand durch **Feith's Reibeten-Vertrieb**, Dresden-N., Pirnaischer Str. 54, Berlin C., Stralauerstr. 41. Vertreibt, Wiederverkäufer u. Exporteure geflucht.

## Oswald Grauer's Restaurant

Oranienstrasse 121 (zw. Alte Jakob- u. Alexandrinenstr.)  
Angenehmer Familien-Aufenthalt.  
Vorzügliche Speisen und Getränke. Restaurationsräume mit französischem Billard. Begehbahn. Zimmer für Vereine, Hochzeiten und Festlichkeiten von 30-120 Personen.

Milchfäbel, Siebe, Tafelwaagen, Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen, Buttermeter, Drehrollen.  
Jordan, Al. Marktstr. 23.

1000 Stück **MARIE** M. 7,00 frei Keller.

Senftenberger Presskohlen. Garantirt Prima Qualität. Kleineres Format M. 5,50 frei Keller. O. Schantz, Gneisenaustr. 50, a. d. Hasenb.

## Ausverkauf

v. Möbeln, Spiegeln u. Polsterwaren wegen Aufgabe des Ladengeschäfts zu herabgesetzten Preisen von

**Julius Apelt,** Sebastianstr. 20.

Modistin empfiehlt sich in und außer dem Hause. Hammer, Admiralsstr. 25. 8282R

## Buchhandlung des „Vorwärts“.

Berlin SW., Seuthstraße 2.

Sobald ist erschienen:

## Umsatz und Sozialdemokratie.

Stenographischer Bericht

über die Umsatzdebatte im Reichstag.

1. Hft. 112 Seiten groß Oktav. Preis 15 Pf. Porto 10 Pf.

Wir bitten die Genossen, und insbesondere die Vertrauenspersonen, für die weiteste Verbreitung dieser Broschüre eifrig eintreten zu wollen, weil das unverfälschte Geschehen der Arbeiterpartei nach Hilse gegen die Umsatzdebatte nirgends wirkungsvoller und schlagender als in diesen Reichstagsdebatten auf die einzige Absicht zurückgeführt wird: Politische und wirtschaftliche Fesselung der Arbeiter zwecks ungehinderter Ausbeutung.

Das zweite Hft gelangt Mittwoch, den 22. Januar, zur Versendung und werden die geehrten Besteller, soweit nicht ausdrücklich anders vereinbart ist, in der Bezugshöhe des 1. Hftes geliefert erhalten. 285/3\*

Den Gewerkschaften und Vereinen zur gefälligen Kenntnissnahme, das unterzeichnete Verein von jetzt ab **jeden Freitag**, abends 9 Uhr, in den **Armin-Hallen**, Kommandantenstraße 20, seine Sitzungen abhält. Bestimmungen werden im obigen Lokal jederzeit entgegengenommen. 2507/3  
Telephon: Amt I, 1995.

## Tanzlehrer-Verein „Solidarität“

Der Vorstand.

## Musikverein

(Blasmusik) sucht Mitglieder. Mittwochs 9 Uhr, Mariannenstr. 32 bei Dohrstein. 22135\*

## Blumenhandlung

P. Abromeit, Glückerstraße 69, Berlin SW. 55478\*

Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden u. s. w. Billigste (Markthallen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

## Möbel-

## Kaufgelegenheit

bietet sich Brautleuten etc. im Möbelspeicher, 13648\* **Rosenthaler-Strasse 13, 1.** Dasselbst stehen täglich zum Verkauf: neue gediegene Möbel zu außergewöhnlich billigen Preisen, gebrauchte und vertriehen gewesene Möbel zu wahren Spottpreisen. Theilzahlung gestattet. Kleiderschränke 15, Küchenschränke, Kommoden 12, Sophas 15, Bettstellen mit Matratzen 18 Mark, Nussbaum-Kleiderschränke, Vertikows 30, Stühle 3, Nussleiderschränke 40, Trumeaus 65, Paneele, Sophas 75, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Buffets, Konsistentische, Spiegel, alles staunend billig. Gekaufte Möbel können auf meinem Lagerspeicher bis April kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

**Schwarzer Hund**, halbgeschoren, am Sonnabend auf dem Gesundbrunnen verloren. Dem Wiederbringer gute Belohnung. Dr. Kettler, N., Badstr. 63, 1 Tr.

**6 Pfund Albrecht's** Brot für **Bäckerei**, 50 Pfennig liefert Wrangel-Strasse 8. Langestr. 26, Falkensteinstr. 23.

**Eleg. Maskengarderobe** v. 1,50 M. an. Elzel-Bock, Neanderstraße 34, 1 Tr.

Plüschgarn., Trum., Vertik., Spinde, Auszieht., Schreibt., Paneele, Divan, Buff., Bücherp. Bettst. etc., weg. Aufg. bill. Neue Schönhäuserstr. 1, 1 Treppe.

## Möbel-

## Gelegenheitskauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen. Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Nussbaum- u. Mahagoni-Kleiderschränke u. Vertikows 30 M., einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit Matratze 20 M.; Waschtisellen, Küchenschränke, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.; Sophasische 6 M.; Säulen-Trumeaus 65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.; Paneele, Sophas 60 M.; Buffets, Schreibschranke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel (wenig gebraucht) zu halben Preisen und sollte es Niemand veräumen, wer gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis April kostenfrei aufbewahrt, transportiert und aufgestellt. **Schützenstr. 2, Möbelfabrik.**

Klagen, Eingaben, **Infantjahren**, Putzger, Steglitzerstr. 65

## Warnung

für jeden, der meinem Sohn **Georg** etwas borgt, da er sich heimlich entfernt hat, und ich für nichts aufkomme. 2285b **H. Kleiber**, Bienenstr. 250.

## Moabit.

Empfehle den Genossen mein Milch- und Backwaren-Geschäft. Frühstück sende frei ins Haus; für reelles und gutes Maß wird garantiert. 2279b **H. Glatz**, Stephanstr. 36.

Vertikalschrank Freitag und Sonnabend zu vergeben. 2275b **Louisenstädtisch. Klubhaus**, Annenstr. 16.

## Ein Verein

2286b sucht ein Lokal mit Saal im Osten zur Sonntagunterhaltung. Offerten einzureichen bei **Max Oehl**, Bäcklingstr. 13.

Vereinsszimmer zu vergeben bei **Wildhahn**, Stephanstr. 25. 22785\*

Festfeste **Oranienstr. 180.** Sonnabende und Sonntage zu Versammlungen und Tanz frei. 20136.

**C. Bolzmann's** Gesellschafts-Säle, Lichtenbergerstr. 16. Säle und Vereinszimmer von 20 bis 500 Personen. 15211\*

## Bonkott

ist beendet, führe trotzdem nur **Müsch. Brauhaus-Flaschenbier.** **Plessner**, Lothringstr. 9. 14248\* **Teleph. Amt VII 224.**

**Prinzenstr. 13, 1 Treppe**, eine Badirer-Werkstatt sof. zu vermieten. 2 Läden m. Wohn., sowie kleine u. Mittelwohn. **Hofoderstr. 14.** [20336\*]

Frül. Schlafst. f. 1 Herrn bei **Franz Kainowski**, Sieberstr. 11/12, 2 Tr. I.

## Arbeitsmarkt.

## Achtung, Tischler!

Zugang n. d. Küchenmöbel-Fabrik von **Oskar Springer**, Generalstraße 8, Weissenhof, ist unbedingt sein zu halten. 143/15\* **Die Kontrollkommission.**

## Musikinstrumenten-Arbeiter-Streik!

Die Kollegen der Piano-Fabrik von **Görs & Kallmann** haben infolge Maßregelungen und Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. **Zugang ist strengstens fernzuhalten.** Gleichzeitig ist für die Branche Zusammenseher der Piano-Fabrik **Kauz & Sohn**, Blumenstr. 70, infolge Maßregelung laut öffentlicher Versammlung vom 13. Januar cr. die Sperre verhängt worden. 108/13 **Die Lohnkommission.**

Einen Lehrling verlangt **E. Weidtz**, Bergolder, Bienenstr. 9. 5342R

Anständiger junger Mann, der das **Barbiergewerbe** erlernen will, sucht **F. Bach**, Heiligehilfe, Am Ostbahnhof 3.

Ein **Grundriss** f. Goldleisten verl. **Ruthenberg**, Friedenstr. 10. 2294b

Für einen **Gravirer-Ausfühler** im **6. Wahlkreis** wird eine in Arbeiterkreisen bekannte Persönlichkeit als

## Verkäufer

sofort gesucht. Kautions 1000 Mark. Gest. Offerten unter **N. N.** in der Expedition d. Bl. abzugeben.

## Victoria-Säle Rixdorf, Hermannstr. 45

(Ausschank des Münchener Brauhauses, Act.-Ges. Berlin), bestehend aus

einem großen Saal, ca. 1500 Personen fassend, einem kleineren Saal, ca. 300 Personen fassend, nebst einem Garten für 4-5000 Personen.

Die Säle stehen zu Vergnügungen und Versammlungen jederzeit zur Verfügung.

Die geehrten Vorstände der Vereine werden ergeblich gebeten, sich wegen Abhaltung von Sommervergnügungen baldigst an mich zu wenden.

Pferdebahn-Verbindung vom Moritzplatz 10 Pfennige.

**Maass, Restaurateur.**